

Johannes Streitberger · Emily Ahrens ·  
Helene Franke · Annika Kleinschmitt ·  
Matthias Koch · Alexej Preißler ·  
Iris Schwarzenbacher · Vinzenz Waldmüller ·  
Tobias Rothmund

## Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen

Expertise für das Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport

Oktober 2024

KomRex

Zentrum für Rechtsextremismusforschung,  
Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration

FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA

 **KomRex**

**Inhalt**

Einleitung .....	3
1. Politische Einstellungen .....	4
2. Rechtsextreme Gruppierungen und Kleinparteien .....	15
3. Wahlen .....	22
4. Parlamente .....	28
5. Demokratische Zivilgesellschaft.....	35
6. Wirtschaft.....	41
Empfehlungen.....	45
Abbildungen.....	47
Tabellen.....	47
Literatur- und Quellenverzeichnis .....	48

## Einleitung

Die Demokratie im Freistaat Thüringen ist in ihren Fundamenten weiterhin intakt, steht jedoch vor wachsenden Herausforderungen und Gefährdungen. Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik ist mit der AfD ein rechtsextremer Landesverband stärkste Kraft in einem Landesparlament geworden.<sup>1</sup> Auch bei den Kommunal- und Europawahlen konnte die AfD Erfolge verbuchen – obwohl es ihr verwehrt blieb, außerhalb von Sonneberg den Posten eines Landrats oder einer Oberbürgermeisterin zu übernehmen.<sup>2</sup> Durch diesen Machtausbau wird es in den Parlamenten und kommunalen Vertretungskörperschaften immer schwieriger, Politik zu machen, die sich im Kern an freiheitlich-demokratischen Werten orientiert. Zudem schwindet in der Bevölkerung sowohl die Zufriedenheit damit, wie die Demokratie aktuell funktioniert, als auch das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung. Diese Stimmung versuchen neben der AfD weitere rechtsextreme Akteure für sich zu nutzen, insbesondere auf den mitunter noch immer stattfindenden Montagsdemonstrationen. Die demokratische Zivilgesellschaft gerät zunehmend unter Druck, da sich rechte, rassistische und antisemitische Gewalt auf einem Höchststand bewegt. Zugleich werden in der Wirtschaft Warnungen laut, dass Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ökonomischen Schaden anrichten können. Die Herausforderungen sind also wie in den bisherigen Analysen der Gefährdungen der demokratischen Kultur weiterhin vorwiegend im Bereich Rechtsextremismus zu verorten.<sup>3</sup> Sie sind jedoch größer geworden und scheinen auf absehbare Zeit auch nicht kleiner zu werden.

Die Wahrnehmung einer Krise der liberalen Demokratie ist weder ein historisches Novum noch ein Alleinstellungsmerkmal Thüringens. Der Rechtsruck im Freistaat fügt sich in eine längere und weitgreifende Entwicklung ein, die sich auch in europäischen Nachbarländern vollzieht und andere Bundesländer erfasst hat – in Ostdeutschland in stärkerem Maße. Die vorliegende Expertise im Auftrag des Thüringer Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport analysiert mit einem defizitorientierten Blick die Gefährdungen der demokratischen Kultur<sup>4</sup> in ausgewählten Bereichen in den vergangenen zwei Jahren: Einstellungen der Thüringer Bevölkerung (Kapitel 1), Aktivitäten und Strukturen rechtsextremer Gruppierungen und Kleinparteien (Kapitel 2), Wahlen (Kapitel 3), Parlamente (Kapitel 4), demokratische Zivilgesellschaft (Kapitel 5) und Wirtschaft (Kapitel 6). Diesem Ansatz ist geschuldet, dass Resilienzen und positiv zu bewertende Entwicklungen weniger Beachtung finden. Vielmehr ist der Anspruch, auf Grundlage empirischer Erkenntnisse für Gefährdungen und Gefährdungspotenziale zu sensibilisieren.

---

<sup>1</sup> Der Thüringer Verfassungsschutz stuft den AfD-Landesverbands seit 2021 als rechtsextremistisch ein (Amt für Verfassungsschutz 2022). In der Wissenschaft legen unter anderem Cremer (2021) und Quent (2019) nahe, die Partei als rechtsextrem einzustufen.

<sup>2</sup> Zur besseren Lesbarkeit wird bei Aufzählungen darauf verzichtet, sowohl weibliche als auch männliche Form anzuführen. Stattdessen werden die weibliche und männliche Form abwechselnd verwendet, gemeint sind dabei jedoch immer alle Geschlechter.

<sup>3</sup> Edinger 2010; Quent et al. 2016; Michelsen et al. 2020; Beelmann und Michelsen 2022; Möller et al. 2022.

<sup>4</sup> In Anlehnung an die erste Gefährdungsanalyse (Edinger 2010, S. 6–7) werden folgende Kriterien herangezogen, um die demokratische Kultur zu charakterisieren: 1. Bürgerinnen und Bürger, die sich als Subjekte politischer Prozesse verstehen, akzeptieren die institutionelle Ordnung und Entscheidungsverfahren der Demokratie. 2. Die politische Kommunikation und Interessenartikulation erfolgt gewalt- und diskriminierungsfrei. 3. Der gesellschaftliche und demokratische Pluralismus erfährt eine breite Anerkennung.

## 1. Politische Einstellungen

88 Prozent der Thüringer und Thüringerinnen halten die Demokratie für die beste Staatsform. Viele sind jedoch mit deren Umsetzung in der Praxis unzufrieden und vertrauen der Regierung nicht.

Demokratiegefährdende, undemokratische und menschenverachtende Einstellungen sind nach einem vorübergehenden Rückgang 2020/2021 wieder auf das Niveau der Vorjahre gestiegen oder haben sich sogar verstärkt:

- Knapp ein Fünftel der Bevölkerung in Thüringen berichtet rechtsextreme Einstellungen, ein Drittel rechtspopulistische.
- Etwa zwei von fünf Thüringerinnen und Thüringern teilen fremdenfeindliche und nationalistische Einstellungen.

Empirische Erkenntnisse über die politischen Einstellungen und Einschätzungen der Thüringer Bevölkerung liefert der THÜRINGEN-MONITOR. Die repräsentative Bevölkerungsumfrage wird seit 2001 jährlich durchgeführt, was eine langfristige Beobachtung der (anti-)demokratischen Einstellungen ermöglicht. Wie haben sich die politischen Einstellungen der Thüringerinnen und Thüringer nach der weitestgehend überwundenen Krise, die die Corona-Pandemie ausgelöst hatte, im Angesicht neuer Herausforderungen wie den Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine entwickelt? Um diese Frage zu beantworten, werden auf Basis der THÜRINGEN-MONITORE 2022 und 2023<sup>5</sup> ausgewählte Daten zu politischen Einstellungen als Grundlage der demokratischen Kultur in Thüringen analysiert. Hierzu zählen Einstellungen zur Demokratie, rechtsextreme Überzeugungen und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

### Einstellungen zur Demokratie

Demokratien sind auf die Unterstützung der Bevölkerung angewiesen. Diese Unterstützung beinhaltet nicht nur aktive Handlungen und Beteiligung, sondern drückt sich auch auf der Ebene von Einstellungen aus. Die Demokratiezufriedenheit und -unterstützung zählen dabei zu den zentralen Säulen. **Demokratieunterstützung** erfasst, ob die Menschen die Idee der Demokratie grundsätzlich befürworten. **Demokratiezufriedenheit** misst, ob die Menschen mit der aktuellen Umsetzung und Praxis der Demokratie zufrieden sind. Die Zufriedenheit mit der demokratischen Praxis unterliegt allgemein stärkeren Schwankungen und fällt in der Regel geringer aus als die grundsätzliche Unterstützung für die Demokratie als beste Staatsform.

In Thüringen hält eine über die Zeit stabile und sehr große Mehrheit der Menschen – 2023 waren es 88 Prozent – die Demokratie für die beste Staatsform. Welche Demokratievorstellungen dabei konkret angenommen werden, bleibt jedoch unklar. In der letzten Gefährdungsanalyse wurde anhand der Daten des THÜRINGEN-MONITORS 2021 gezeigt, dass das Verständnis der Demokratie in der Thüringer Bevölkerung sehr heterogen ist. Freiheitsrechte sowie Partizipation werden dabei als bedeutendste Merkmale eingestuft.<sup>6</sup>

Ein klares Gefährdungspotenzial geht von den 12 Prozent der Bevölkerung aus, die die Demokratie nicht für die beste Staatsidee halten. Dies ist zwar kein neues Phänomen, da seit nunmehr über 20 Jahren ähnliche und noch höhere Werte gemessen werden (siehe auch Abb. 1). Vor diesem Hintergrund muss von einer besorgniserregenden Stabilität des

<sup>5</sup> Reiser et al. 2023, 2024.

<sup>6</sup> Möller et al. 2022, S. 8–9.

antidemokratischen Potenzials in der Thüringer Bevölkerung gesprochen werden, auch wenn der langfristige Trend leicht rückläufig ist.

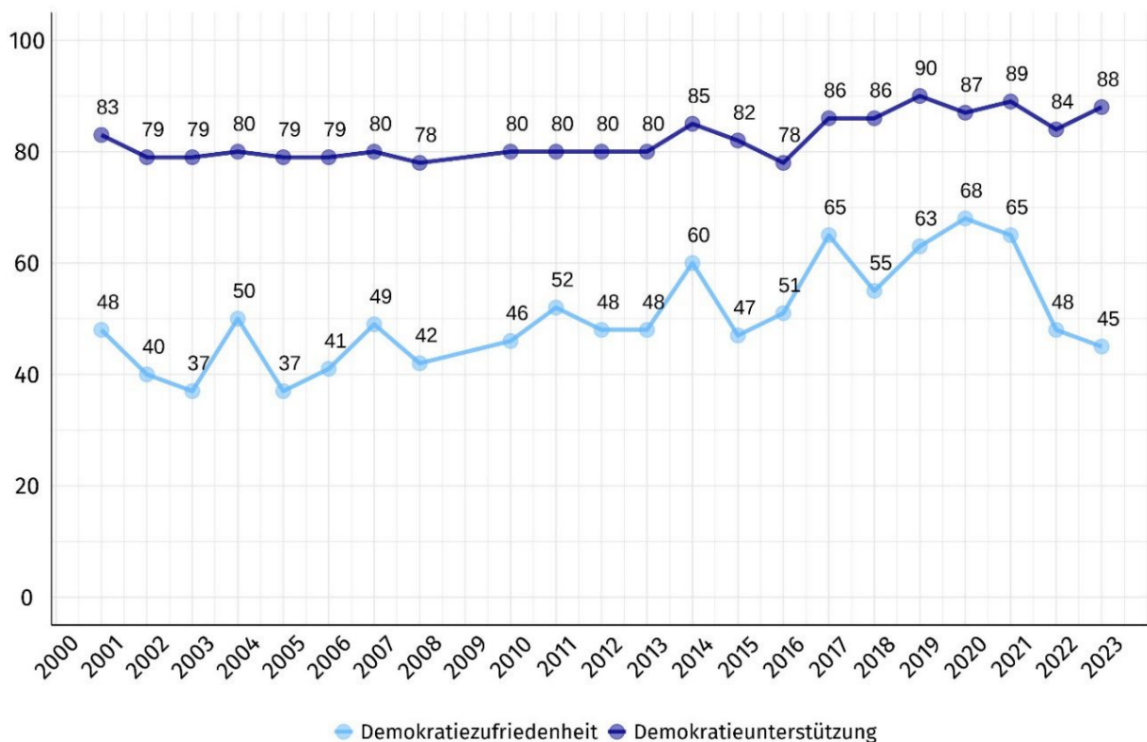


Abb. 1: Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2023 in Prozent<sup>7</sup>

Die Stabilität eines gewissen Niveaus an antidemokratischen Einstellungen zeigt sich auch bei der **Befürwortung autokratischer Gesellschaftsformen**. Die Zustimmung zur Aussage, der Nationalsozialismus habe auch seine guten Seiten gehabt, bleibt recht stabil. 2023 lag der Wert bei 13 Prozent und damit etwas niedriger als der langjährige Durchschnitt (18 Prozent). Eine ähnliche Konstanz zeigt sich bei der Einschätzung, eine Diktatur sei im nationalen Interesse unter bestimmten Umständen die bessere Staatsform. Während der Durchschnittswert hier bei 16 Prozent liegt, befürwortete 2023 13 Prozent der Thüringerinnen und Thüringer diese Aussage.

Bei der Zufriedenheit mit der aktuellen Praxis der Demokratie ist in den letzten beiden Jahren ein deutlicher Einbruch zu verzeichnen: Der Wert fiel um 20 Prozentpunkte auf 45 Prozent und liegt damit 12 Prozentpunkte unter dem Mittelwert der letzten zehn Jahre. 2022/23 war also eine knappe Mehrheit der Thüringerinnen und Thüringer damit unzufrieden, wie die Demokratie gegenwärtig funktioniert.

Die gesunkene Demokratiezufriedenheit scheint mit der wahrgenommenen Leistung von Politik und Wirtschaft zusammenzuhängen. Zwei Drittel derjenigen, die mit dem Funktionieren der Demokratie unzufrieden sind, bewerten die ökonomische Lage als schlecht. Ein kurzfristiger Einbruch der Zufriedenheit muss zwar noch kein Problem für die demokratische Kultur darstellen. Allerdings kann eine anhaltend starke Unzufriedenheit dazu führen, dass Bürgerinnen und Bürger der Demokratie ihre Unterstützung entziehen.<sup>8</sup>

Vergleicht man die Demokratiezufriedenheit in Thüringen mit den bundesweiten Daten des Deutschland-Monitors, zeigt sich: Thüringen liegt zwar unter dem bundesdeutschen

<sup>7</sup> Reiser et al. 2024, S. 66.

<sup>8</sup> Easton 1975, S. 445.

Durchschnitt (57 Prozent), jedoch leicht über dem ostdeutschen (43 Prozent).<sup>9</sup> Die Unzufriedenheit mit der Demokratie ist in Thüringen regional nicht gleichverteilt (siehe Abb. 2). Die Menschen in den Städten Erfurt, Jena und Weimar sind am zufriedensten mit der Demokratie; dagegen sind sie in Sonneberg, im Kyffhäuserkreis, im Ilm-Kreis und in Gera besonders unzufrieden.

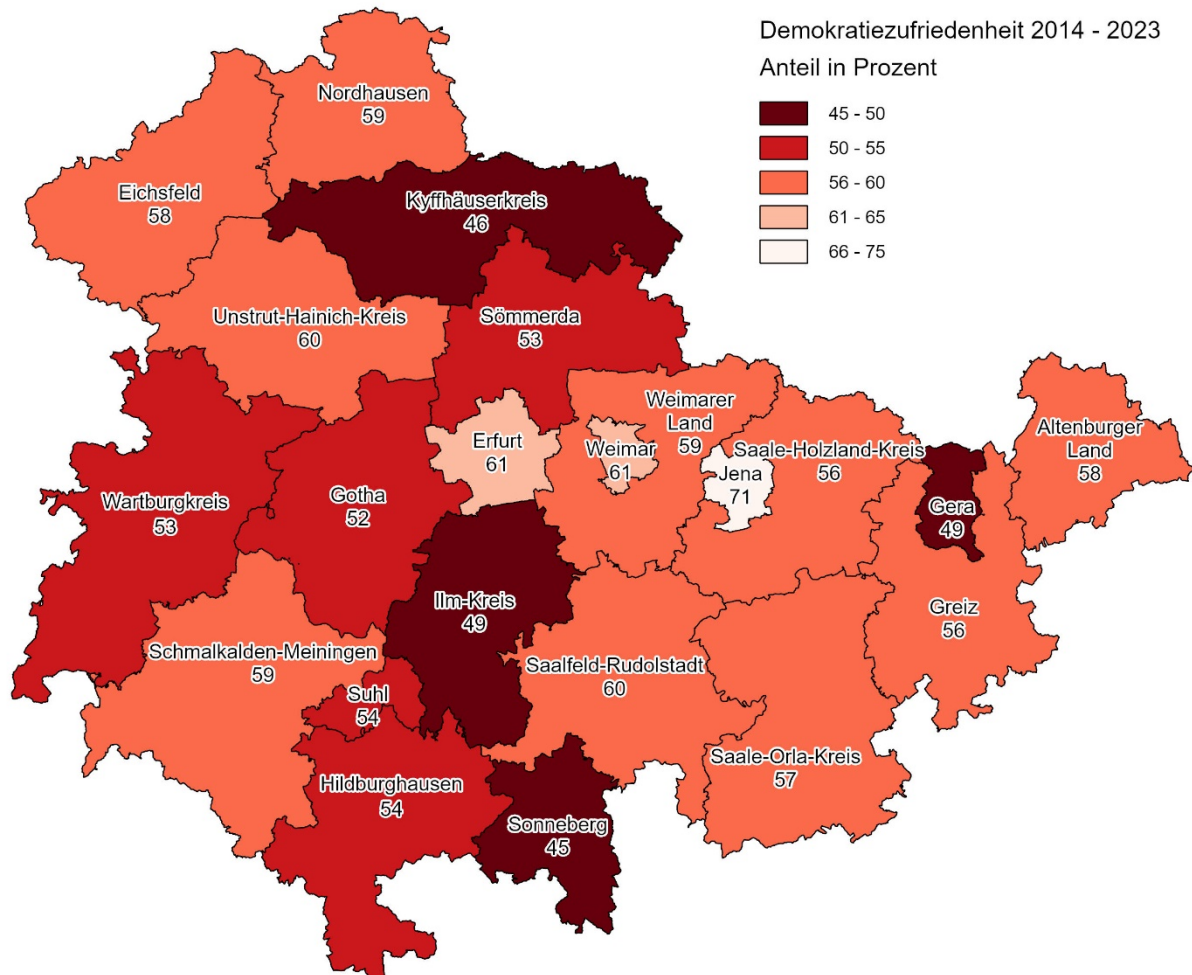


Abb. 2: Demokratiezufriedenheit in den Landkreisen 2014 – 2023 in Prozent

Daten: THÜRINGEN-MONITOR

Der THÜRINGEN-MONITOR ordnet die Befragten jeweils einem von vier **Demokratietypen** zu: den (a) zufriedenen, (b) unzufriedenen oder (c) skeptischen Demokratinnen und Demokraten sowie den (d) Antidemokratinnen und Antidemokraten. Innerhalb der letzten drei Jahre ist der Anteil der zufriedenen Demokratinnen und Demokraten von 65 auf 45 Prozent gesunken, während die unzufriedenen Demokratinnen und Demokraten deutlich mehr geworden sind, deren Anteil von 23 auf 45 Prozent gestiegen ist. Der Anteil der Demokratieskeptikerinnen und Demokratieskeptiker ist leicht geschrumpft auf sieben Prozent. Die Antidemokratinnen und Antidemokraten, von denen das größte Gefährdungspotenzial für die Demokratie ausgeht, blieben hingegen konstant wenige (rund drei Prozent). Die letzten beiden Gruppen zeichnen sich durch ein vergleichsweise hohes Alter und starkes Gefühl der „Ostdeprivation“ aus. Viele von ihnen bewerten die Deutsche Einheit negativ und meinen, dass Ostdeutsche von Westdeutschen als „Menschen zweiter Klasse“ behandelt würden.

<sup>9</sup> Hebenstreit et al. 2024.

Das **Vertrauen in Kerninstitutionen** der Demokratie ist eine weitere zentrale Säule, an der sich die aktuelle Verfasstheit der politischen Kultur ablesen lässt. Parallel zum Einbruch der Demokratiezufriedenheit hat auch das Vertrauen in die Bundes- und Landesregierung massiv gelitten (siehe Abb. 3). Während 2020 noch beinahe die Hälfte der Befragten der Bundesregierung vertraute, war es 2023 nicht einmal jeder Fünfte (17 Prozent). Das stellt den zweitniedrigsten Vertrauenswert dar, der jemals gemessen wurde. Der Landesregierung vertraute 2020 etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung; 2023 nur noch knapp ein Drittel. Das Vertrauen in die Polizei (74 Prozent) und in Gerichte (58 Prozent) blieb dagegen auch im Jahr 2023 auf einem höheren Niveau stabil.

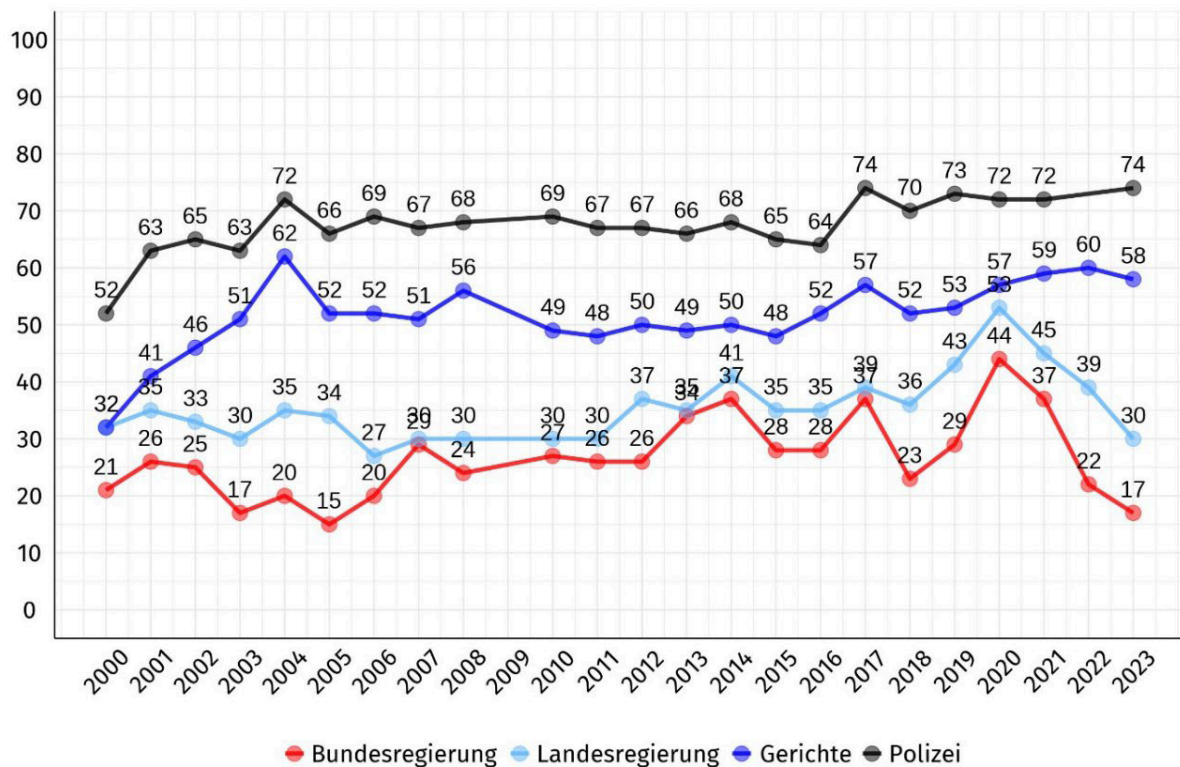


Abb. 3: Institutionenvertrauen 2000-2023 – Angaben in Prozent, „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst<sup>10</sup>

Eine anhaltende Kombination aus sinkendem Vertrauen in die Regierung und steigender Unzufriedenheit kann langfristig dazu führen, dass der Glaube bröckelt, das demokratische System könne die vielfältigen Herausforderungen erfolgreich überwinden. Dies kann dazu führen, dass auch die grundsätzliche Unterstützung der Demokratie schwindet.

<sup>10</sup> Reiser et al. 2024, S. 76.



### Blick auf die Jugend

In einer unveröffentlichten Befragung unter Schülerinnen und Schülern zwischen 14 und 21 Jahren in Ostthüringen ordneten sich 46 Prozent der Befragten politisch eher bis stark rechts ein. Von den 344 Befragten gab bereits im Frühjahr 2024 jeder Dritte an, die AfD wählen zu wollen. Nur wenige waren zufrieden mit der Demokratie in Deutschland (18,1 %). Als politisch interessiert beschrieben sich etwa ein Drittel. Viele Schülerinnen und Schüler zeigten ausgeprägte populistische Einstellungen.<sup>11</sup> Zu ähnlichen Ergebnissen kommt die bundesweite Jugendwahlstudie 2024: Jugendliche und junge Erwachsene zeichnen sich durch eine starke politische Verdrossenheit und Perspektivlosigkeit aus.<sup>12</sup> Bereits 2019 stellte eine Studie unter Thüringer Jugendlichen fest, dass die jungen Befragten den Parteien misstrauen und von der liberalen Demokratie enttäuscht sind.<sup>13</sup>

### Rechtsextremismus und Populismus

**Rechtsextreme Einstellungen** sind in Thüringen wieder stärker verbreitet. Der Rückgang während der Corona-Pandemie hat sich, wie in der letzten Gefährdungsanalyse befürchtet,<sup>14</sup> als ein vorübergehendes Phänomen entpuppt: Laut dem THÜRINGEN-MONITOR 2023 ist beinahe ein Fünftel der Thüringer Bevölkerung rechtsextrem eingestellt (19 Prozent). Das entspricht dem seit 2010 gemessenen Durchschnittswert. Insofern zeigt sich beim einstellungsmäßigen Rechtsextremismus eine alarmierende Stabilität, von der ein kontinuierliches Gefährdungspotenzial für die demokratische Kultur ausgeht. Rechtsextreme Einstellungen können nicht zuletzt im Zusammenhang mit entsprechenden Verhaltensformen wie der Wahl rechtsextremer Parteien oder Gewalt gegen migrantisierte Personen oder politische Gegnerinnen und Gegner stehen.<sup>15</sup>

Der THÜRINGEN-MONITOR misst rechtsextreme Einstellungen auf Grundlage von zehn Aussagen, die aus der sogenannten Konsensdefinition des Rechtsextremismus hergeleitet werden (siehe Tab. 1). Demnach machen Vorstellungen der Ungleichwertigkeit den Kern des Rechtsextremismus aus. Sie äußern sich im Sozialen durch antisemitische, fremdenfeindliche und sozialdarwinistische Einstellungen und im Politischen in chauvinistischen Einstellungen, NS-Verharmlosung und einer Affinität zur Diktatur als Regierungsform.<sup>16</sup>

<sup>11</sup> M = 3.13, SD = 0.48, 5-stufiges Antwortformat (Grunwald 2024).

<sup>12</sup> Maas und Maas 2024.

<sup>13</sup> Brodocz et al. 2019.

<sup>14</sup> Möller et al. 2022, S. 23.

<sup>15</sup> Decker et al. 2018, S. 65. Zum Zusammenhang zwischen rechtsextremen Einstellungen und der Wahl der AfD siehe Kapitel 3. Zum Zusammenhang zwischen (rechts-)extremen Einstellungen und Dissozialität: Beelmann et al. 2021, S. 95–96.

<sup>16</sup> Decker und Brähler 2006.



Tab. 1: Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen in Prozent.<sup>17</sup>

		2023	2022	2021	2011-20	2001-10
Ethnozentrismus	<b>Nationalismus und Chauvinismus</b>					
	„Was unser Land heute braucht, ist ein hartes und energisches Durchsetzen deutscher Interessen gegenüber dem Ausland.“	61	56	48	59	59
	„Andere Völker mögen Wichtiges vollbracht haben, an deutsche Leistungen reicht das aber nicht heran.“	18	20	18	31	33
	<b>Fremdenablehnung bis -feindlichkeit</b>					
	„Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer in einem gefährlichen Maße überfremdet.“	59	47	42	51	53
	„Die Ausländer kommen nur hierher, um unseren Sozialstaat auszunutzen.“	50	41	37	43	50
	„Ausländer sollten grundsätzlich ihre Ehepartner unter den eigenen Landsleuten auswählen.“ (Rassismus)	13	10	9	20	22
Neo-Nationalsozialismus	<b>Sozialdarwinismus</b>					
	„Es gibt wertvolles und unwertes Leben.“	20	17	22	26	30
	„Wie in der Natur sollte sich auch in der Gesellschaft immer der Stärkere durchsetzen.“	15	16	17	20	23
	<b>Verharmlosung des Nationalsozialismus</b>					
	„Der Nationalsozialismus hatte auch seine guten Seiten.“	13	11	11	19	19
	<b>Antisemitismus</b>					
	„Die Juden haben einfach etwas Besonderes und Eigentümliches an sich und passen nicht so recht zu uns.“	5	6	4	11	12
	<b>Unterstützung einer rechten Diktatur</b>					
„Im nationalen Interesse ist unter bestimmten Umständen eine Diktatur die bessere Staatsform.“	13	10	13	16	17	

Die einzelnen Facetten des rechtsextremen Einstellungsmusters lassen sich unter zwei Dimensionen subsumieren: den Neonationalsozialismus und den Ethnozentrismus. Ethnozentrismus bedeutet, dass andere Gruppen ausschließlich aus der Perspektive der eigenen Gruppe bewertet werden, die den Maßstab für Normalität setzt. Dabei wird die eigene Gruppe meist überhöht, während andere Gruppen herabgesetzt werden.<sup>18</sup> Während der Neonationalsozialismus seit 2021 auf einem niedrigen Niveau stagniert, ist der Ethnozentrismus wieder deutlich gestiegen (siehe Abb. 4). Laut dem THÜRINGEN-MONITOR 2023 stimmen etwa vier von zehn Thüringerinnen und Thüringern nationalistischen und chauvinistischen Äußerungen sowie ablehnenden bis feindlichen Aussagen gegenüber Fremden zu.

<sup>17</sup> Reiser et al. 2024, S. 90.

<sup>18</sup> Heyder und Decker 2011, S. 237–238.

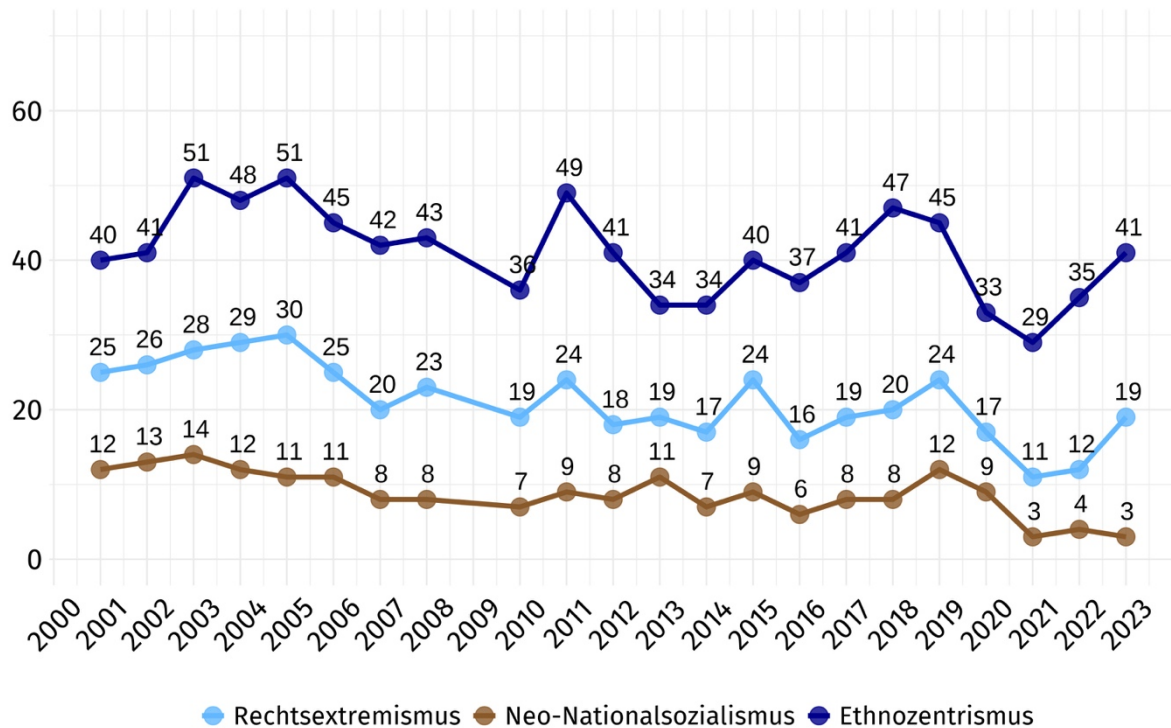


Abb. 4: Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2023 – Angaben in Prozent.<sup>19</sup>

Betrachtet man die regionale Verteilung rechtsextremer Einstellungen (siehe Abb. 5), zeigt sich eine Tendenz zum West-Ost und Stadt-Land-Gefälle. In den großen Städten Erfurt, Weimar und Jena bewegt sich der einstellungsmäßige Rechtsextremismus zwischen 13 und 14 Prozent. Eine Ausnahme ist Gera, wo beinahe jede oder jeder Vierte rechtsextreme Einstellungen teilt. Im Nordwesten und in Schmalkalden-Meiningen sowie Suhl sind rechtsextreme Einstellungen ähnlich weit verbreitet wie in den drei Städten. Die höchsten Werte finden sich dagegen in Ostthüringen. Das Altenburger Land weist mit 24 Prozent den höchsten Wert auf.

<sup>19</sup> Reiser et al. 2024, S. 91.

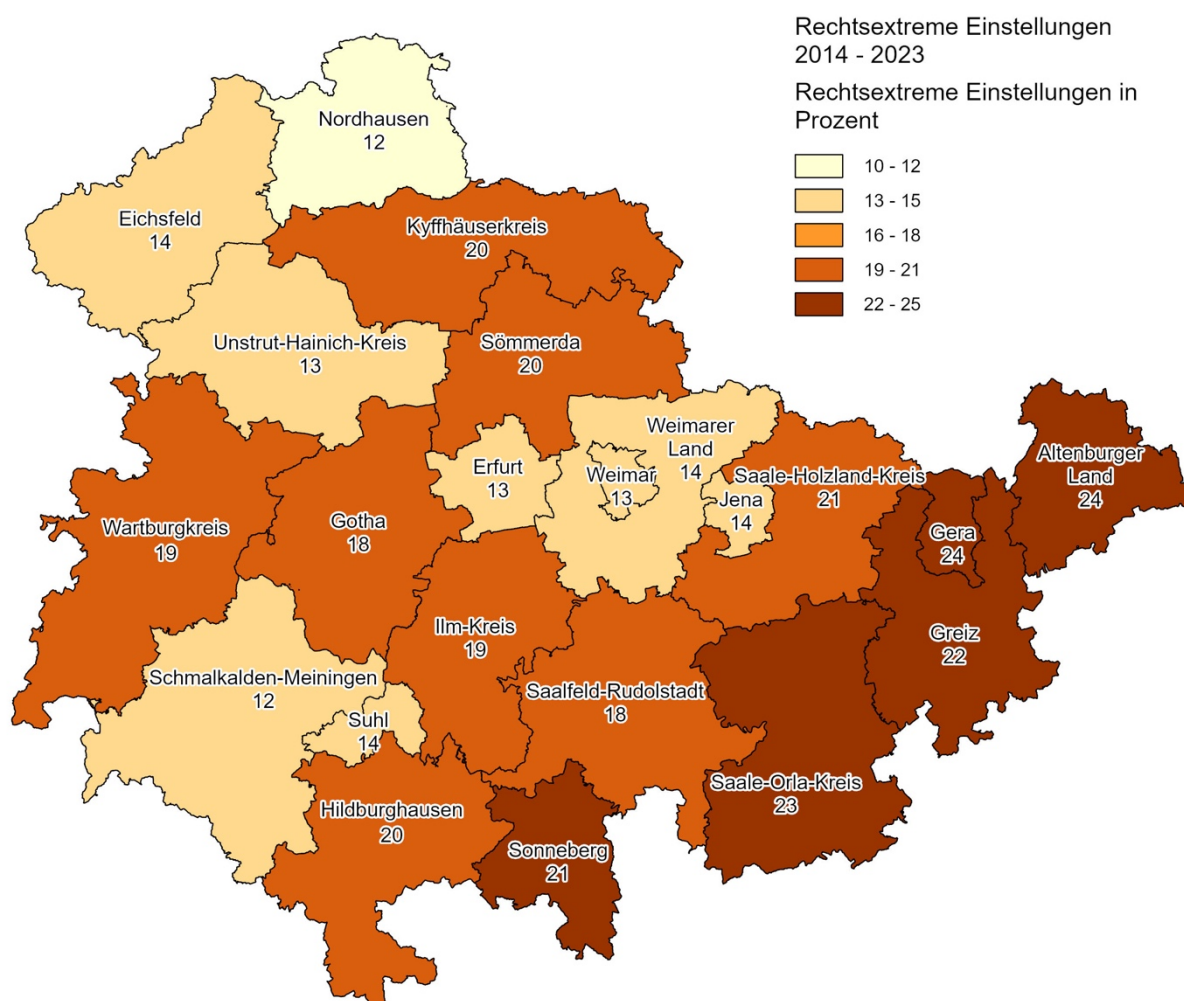


Abb. 5: Rechtsextreme Einstellungen in den Landkreisen 2014-2023 in Prozent

Daten: THÜRINGEN-MONITOR

Neben den rechtsextremen Einstellungen misst der THÜRINGEN-MONITOR auch, wie verbreitet **populistische Einstellungen** sind. Populismus spiegelt eine manichäische Weltansicht wider, in der sich zwei in sich homogene Interessengruppen antagonistisch gegenüberstehen: das moralisch gute Volk und eine böse, korrupte Elite. Populistische Einstellungen sind im Kern antipluralistisch und gegen die liberale Gewaltenteilung sowie gegen repräsentative Demokratie Modelle gerichtet, da Politik als direkter Ausdruck eines einheitlichen Volkswillens begriffen wird.<sup>20</sup>

Populistische Einstellungen sind seit der letzten Gefährdungsanalyse stärker verbreitet. Zwei Drittel der Thüringer Bevölkerung glauben laut dem THÜRINGEN-MONITOR 2023, dass „die Eliten“ gegen die Interessen des Volks handeln würden. Vier von zehn Befragten teilen die Einschätzung, es gebe einen einheitlichen Volkswillen. Insgesamt können sechs von zehn Thüringerinnen und Thüringer als populistisch eingestellt eingestuft werden. Das entspricht einem Anstieg um 12 Prozentpunkte seit 2021.<sup>21</sup> Die Hälfte der populistisch Eingestellten kann außerdem als rechtspopulistisch gelten – 2022 machten sie noch lediglich ein Drittel der

<sup>20</sup> Mudde 2004.

<sup>21</sup> Möller et al. 2022, S. 17.

populistisch Eingestellten aus. Der einstellungsmäßige Populismus ist folglich nicht nur stärker verbreitet, sondern überlappt sich zunehmend stärker mit dem Bereich des Rechtsextremismus, was das ihm innewohnende Gefährdungspotenzial für eine liberale Demokratie in quantitativer und insbesondere in qualitativer Hinsicht verschärft.

### Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit beschreibt feindselige und abwertende Einstellungen gegenüber ethnischen, kulturellen und sozialen Gruppen. Solche Einstellungen und Zuschreibungen der Ungleichheit und Ungleichwertigkeit gefährden die demokratische Kultur, weil sie der Menschenwürde und der Gleichheit als grundlegende Prinzipien der liberalen Demokratie diametral gegenüberstehen. Dennoch sind solche Einstellungen in der gesellschaftlichen Mitte in Thüringen seit Langem weit verbreitet.

Bei der **Feindlichkeit gegenüber Migrantinnen und Migranten** lassen sich nach einem Rückgang während der Hochphase der Corona-Pandemie nun wieder steigende Werte beobachten. Der Aussage „Die Bundesrepublik ist durch die vielen Ausländer überfremdet“ stimmen im THÜRINGEN-MONITOR 2023 sechs von zehn Befragten zu (siehe Abb. 6). Das ist ein massiver Zuwachs und der höchste je gemessene Wert. Eine ähnliche Entwicklung zeichnet sich bei der Äußerung ab, Ausländerinnen und Ausländer würden den Sozialstaat ausnutzen. Dieser stimmt jede bzw. jeder Zweite zu. Insbesondere Menschen mit niedriger formaler Bildung teilen migrantenfeindlichen Einstellungen. Statusverlustängste und das Gefühl, sozial benachteiligt zu sein, sind ebenfalls signifikante Erklärungsfaktoren.

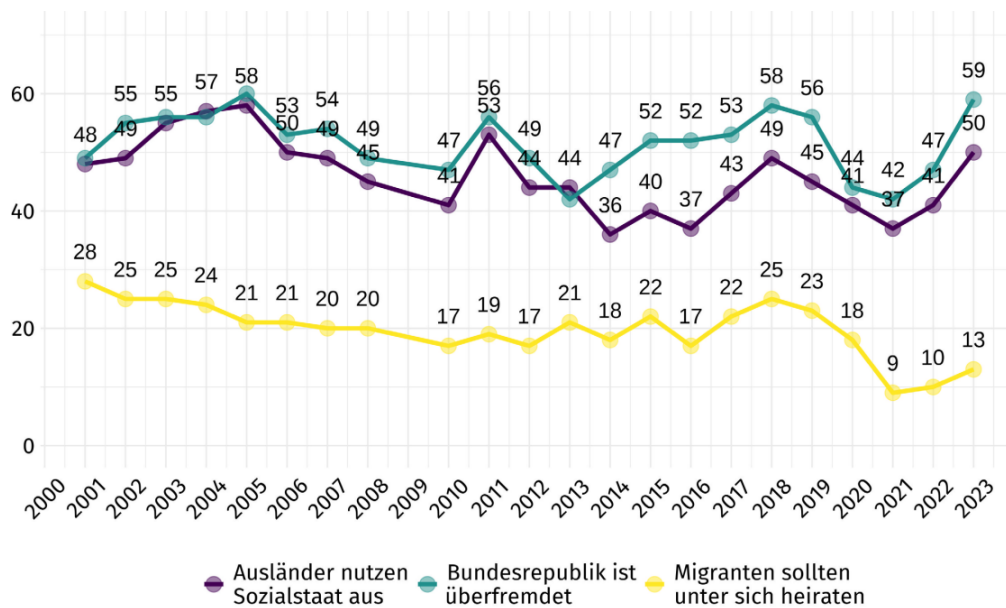


Abb. 6: Feindliche Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten in Thüringen im Zeitverlauf – Zustimmung in Prozent<sup>22</sup>

Die regionale Verteilung der Migrantenfeindlichkeit (siehe Abb. 7) zeigt, dass der Landkreis Sonneberg (62 Prozent) den höchsten Wert aufweist, während sich die mit Abstand niedrigsten Werte in Jena und Weimar (beide 36 Prozent) finden lassen.

<sup>22</sup> Reiser et al. 2024, S. 107.

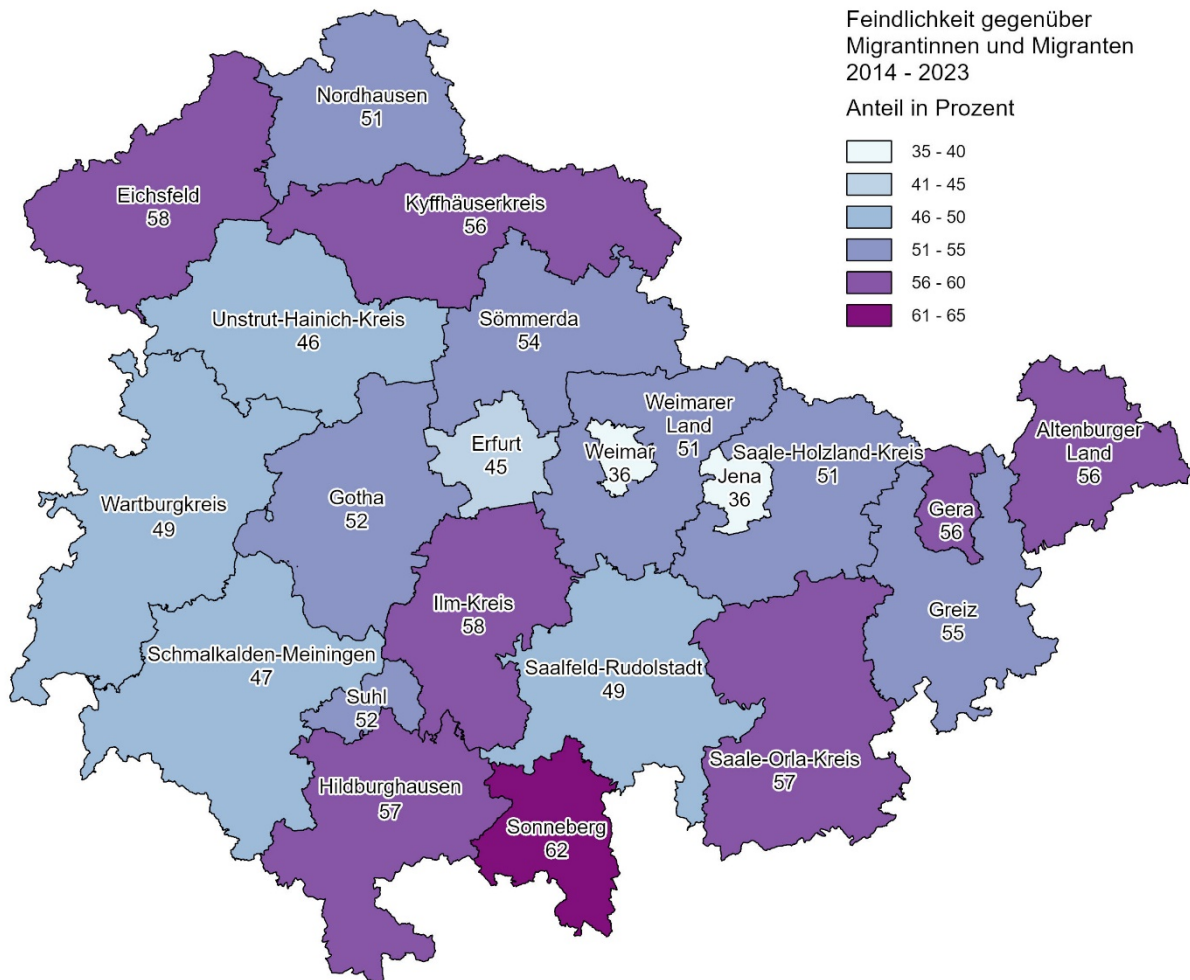


Abb. 7: Feindlichkeit gegenüber Migrantinnen und Migranten in den Landkreisen 2014-2023 in Prozent

Daten: THÜRINGEN-MONITOR

**Negative Einstellungen gegenüber Musliminnen und Muslimen** sind weit verbreitet. So glauben in den letzten Jahren immer weniger Thüringerinnen und Thüringer, muslimische Menschen würden die Werte des deutschen Grundgesetzes akzeptieren. 2023 bezweifelten das über die Hälfte der Befragten. Dieser besorgniserregende Trend einer um sich greifenden Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit ist keineswegs auf Thüringen beschränkt. Eine ähnliche Entwicklung lässt sich bundesweit beobachten.<sup>23</sup>

**Antisemitismus** zeigt sich in allen Bevölkerungsschichten, insbesondere jedoch bei Menschen, die sich als politisch rechts verorten und eine ethnozentrische Einstellung teilen. Der sekundäre Antisemitismus, der sich durch Schuldabwehr und NS-Verharmlosung auszeichnet, ist zwar rückläufig, wird jedoch trotzdem von vier von zehn Thüringerinnen und Thüringer geteilt. Der israelbezogene Antisemitismus schnellte nach einem massiven Rückgang 2022 wieder von 12 auf 19 Prozent hoch. Der primäre, völkisch-rassistische Antisemitismus verharrt mit fünf Prozent auf niedrigem Niveau. Der terroristische Überfall der Hamas auf Israel fiel zwar in den Erhebungszeitraum des THÜRINGEN-MONITORS 2023, schlug sich jedoch noch nicht im Antwortverhalten nieder.

<sup>23</sup> Zick et al. 2023.

**Fazit**

Die Unterstützung für die Demokratie in Thüringen ist weiterhin hoch, nur wenige Menschen lehnen sie explizit ab. Sowohl die Zufriedenheit mit der Demokratie als auch das Vertrauen in ihre Kerninstitutionen, die Landes- und Bundesregierungen, sind in den letzten beiden Jahren jedoch massiv zurückgegangen. Dieser Trend ist Ausdruck einer wahrgenommenen Unzufriedenheit mit aktueller Politik auf Bundes- und Landesebene. Bisher pendelt sich der Rückgang auf dem Niveau von vor der Corona-Krise ein, hält er jedoch an, kann daraus eine Gefahr für die Demokratie erwachsen. Insbesondere, wenn rechtsextreme Akteure wie die Thüringer AfD diesen Unmut gezielt schüren und für ihre antidemokratischen Ziele mobilisieren. Der Anteil derjenigen Menschen, die Demokratie als Regierungsform ablehnen, könnte dann auf lange Sicht substantziell steigen.

Rechtsextreme Einstellungen und die Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sind nach einem Tiefstand während der akuten Corona-Pandemie wieder auf das hohe, langjährige Niveau geklettert. Dieses Plateau an verbreiteten Vorstellungen der Ungleichwertigkeit beweist eine außerordentliche Beharrungskraft. Es ist Teil einer gesellschaftlichen Normalität, der ein kontinuierliches Bedrohungspotenzial für die demokratische Kultur innewohnt und die eine konkrete Gefährdung für alle Menschen bedeuten kann, die im Fokus der Diskriminierung und den rechtsextremen Anfeindungen stehen.



## 2. Rechtsextreme Gruppierungen und Kleinparteien

Die rechtsextreme Szene in Thüringen ist gut vernetzt und lokal verankert. Die Partei „Die Heimat“ erzielt in der Fläche kaum noch Wahlerfolge, obwohl sie sich betont gemäßigt gibt. Sie konzentriert sich daher wie die „Neue Stärke Partei“ und das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ auf die kommunalpolitische Arbeit. Die Reichsbürgerbewegung kann trotz staatlicher Interventionen gegen umstürzlerische Gruppierungen ihr Personenpotenzial und ihre Infrastruktur erweitern.

Das Protestnetzwerk „Freies Thüringen“ organisiert zahlreiche Demonstrationen und mobilisiert ein breites rechtes Milieu. Das bürgerliche Auftreten, die vielfältigen Akteure und die thematische Anpassungsfähigkeit erschweren die Identifizierung der daran beteiligten rechtsextremen Akteure.

Szene-Immobilien, Musikveranstaltungen und Proteste stellen wichtige Ressourcen für die extreme Rechte dar. Sie dienen als multifunktionale Plattformen: zur Vernetzung, zur ideologischen Indoktrination, zur Rekrutierung neuer Anhängerinnen und Anhänger und zur Festigung bestehender Bindungen.

In den 2010er-Jahren spielte Thüringen eine zentrale Rolle in der bundesweiten rechtsextremen Szene. Dies lag vor allem an der strategisch günstigen geografischen Mittellage und an den hier aktiven, ambitionierten Akteurinnen und Akteure und Gruppierungen. Ein Beispiel dafür waren die riesigen RechtsRock-Events, die in dieser Zeit stattfanden. Während der Corona-Pandemie büßten die rechtsextremen Großkonzerte jedoch an Bedeutung ein. Dennoch gibt es weiterhin Ereignisse im Freistaat, die überregionale Bedeutung entfalten. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Ersatzveranstaltung für das Sommerfest des zu diesem Zeitpunkt verbotenen rechtsextremen Compact-Magazins am 27. Juli 2024 in Gera. Neben 320 Gästen waren auch Szene-Größen wie Martin Sellner und André Poggenburg anwesend. Das Treffen ermöglichte der Geraer Neonazi Christian Klar.<sup>24</sup>

Die rechtsextreme Szene unterliegt beständigen Veränderungen: die Schwerpunkte ihrer Aktivitäten verschieben sich, Strukturen werden umgebaut oder aufgelöst und Strategien modifiziert. Welche relevanten Entwicklungen lassen sich in dieser Hinsicht im parteiungebundenen Spektrum der extremen Rechten und bei den rechtsextremen Kleinparteien in Thüringen beobachten? Dazu wird im Folgenden ein knapper Überblick zu ausgewählten Aktivitätsfeldern, Gruppierungen, Kleinparteien und Wählervereinigungen in den letzten beiden Jahren gegeben. Die AfD als etablierte und aktuell stärkste Partei in Thüringen bleibt dabei außen vor. Allerdings nicht, weil ihr Landesverband nicht als rechtsextrem einzustufen wäre, sondern weil ihre Strategien im Kapitel 3 und 4 genauer in den Blick genommen werden. Besondere Aufmerksamkeit erfährt „Freies Thüringen“, da sich an diesem Protestnetzwerk die langfristige Weiterentwicklung neurechter Strategien nachzeichnen lässt.

### **Musikveranstaltungen**

Musikveranstaltungen spielen eine wichtige Rolle in der rechtsextremen Szene. Sie dienen zur ideologischen Indoktrination und bieten eine Plattform für Vernetzung und Vergemeinschaftung. Hier gewinnt die Szene neue Anhängerinnen und Anhänger und festigt die Bindung bei den Übrigen. Nicht zuletzt stellen RechtsRock-Events eine lukrative Einnahmequelle für die Veranstaltenden dar. Im Jahr 2017 war mit „Rock gegen Überfremdung“, als 6000 Teilnehmende nach Themar kamen, ein unrühmlicher Höhepunkt erreicht. Danach machten es behördliche Kontrollen und Auflagen immer schwerer, derartige Großveranstaltungen durchzuführen: Während 2017 28 größere Konzerte stattfanden, waren es 2019 nur noch 16.<sup>25</sup> Mit

<sup>24</sup> ZDFheute 2024a.

<sup>25</sup> MOBIT 2024.



Beginn der Corona-Pandemie brachen die Aktivitäten im Bereich rechtsextremer Musikveranstaltungen fast vollständig ein. Für 2020 und 2021 wurde jeweils nur ein RechtsRock-Event registriert.<sup>26</sup> Im Jahr 2023 kam es zu einem Teil-Comeback rechtsextremer Musikveranstaltungen: Die Zahl der Liederabende stieg sprunghaft auf 40 an.<sup>27</sup> Sie zu organisieren, kostet weniger Aufwand und ist klandestin möglich, sodass behördliche Auflagen und Kontrollen umgangen werden können. Größere RechtsRock-Konzerte gab es 2023 hingegen nur vier, darunter ein Konzert von niederländischen Neonazi-Musikern „Flatlander“ im Eisenacher „Flieger Volkshaus“. An diesem nahmen auch internationale Mitglieder des mittlerweile verbotenen Neonazi-Geheimbunds „Hammerskins“ teil.<sup>28</sup>

### **Neue Stärke Partei**

Die „Neue Stärke Partei“ (NSP) wurde 2021 von einschlägigen Neonazis aus Erfurt gegründet, darunter Enrico Biczysko und Michel Fischer. Beide waren zuvor im „III. Weg“ aktiv und betrieben den Verein „Neue Stärke Erfurt“, der stark in der rechtsextremen Kampfsportszene verankert war. Der Verein musste im September 2020 seine Immobilie räumen, nachdem von dort wiederholt Provokationen und Gewalttaten ausgegangen waren.<sup>29</sup> 2023 standen einige NSP-Mitglieder aufgrund eines Überfalls auf drei Migranten, die dabei schwer verletzt wurden, vor Gericht.<sup>30</sup> Darüber hinaus ermittelt die Bundesanwaltschaft in zwei Prüfverfahren gegen die Partei aufgrund des Verdachts, eine staatsgefährdende Gewalttat vorzubereiten.<sup>31</sup> Diese Vorfälle und die enge Verknüpfung mit der rechtsextremen Kampfsportszene zeigen: Die Partei dient in erster Linie als Plattform für radikalisierte, gewaltbereite Akteure. Sie zählte im Jahr 2023 mit etwa 100 Personen nur wenige Mitglieder.<sup>32</sup> Ihre Aktivitäten konzentrieren sich auf den außerparlamentarischen Raum, bei Wahlen tritt sie nicht an. Die NSP hat ihr Netzwerk von Thüringen auf sechs weitere Bundesländer erweitert, darunter Baden-Württemberg und Sachsen.<sup>33</sup> Ihr vordergründiges Vehikel ist dabei der Kampfsport und die damit in Verbindung stehende Subkultur.

### **Bündnis Zukunft Hildburghausen (BZH)**

Während rechtsextreme Kleinparteien bei den Kommunalwahlen 2024 weitgehend auf eine landesweite Beteiligung verzichteten und punktuell nur mäßige Erfolge erzielten, konnte die Wählervereinigung „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ (BZH) in ihrem Wirkkreis stark zulegen. Das BZH wird vom Neonazi Tommy Frenck angeführt, der sich in den 2010er-Jahren durch überregionale Konzert- und Vernetzungsveranstaltungen einen Namen machte. Der Thüringer Verfassungsschutz stuft das BZH als „führende neonazistische Gruppierung im Landkreis Hildburghausen“ ein.<sup>34</sup> Im Vergleich zu den überregional orientierten Parteien ist das BZH elektoral gut verankert: Bei den Kommunalwahlen konnte die Wählervereinigung ihr Wahlergebnis von 8,6 Prozent im Jahr 2019 auf 11,9 Prozent im Jahr 2024 verbessern. Bundesweit für Entrüstung sorgte die Landratswahl, bei der Frenck im ersten Wahldurchgang ein Viertel der Stimmen erhielt und die Stichwahl erreichte. Bei dieser setzte sich jedoch sein Kontrahent Sven Gregor (Freie Wähler) mit mehr als zwei Dritteln der Stimmen eindeutig durch. Nichtsdestotrotz war dies ein kommunalpolitischer Erfolg für das BZH, der veranschaulicht, wie rechtsextreme Akteure mit starker lokaler Präsenz, gefährlichen Einfluss auf die demokratische Kultur vor Ort haben können.

<sup>26</sup> MOBIT 2024.

<sup>27</sup> MOBIT 2024.

<sup>28</sup> Hemkentokrax 2023.

<sup>29</sup> MDR Thüringen 2023a, 2020.

<sup>30</sup> MDR Thüringen 2023a.

<sup>31</sup> MDR Thüringen 2023a.

<sup>32</sup> Leipziger Volkszeitung 2023.

<sup>33</sup> MDR Thüringen 2023a.

<sup>34</sup> Amt für Verfassungsschutz 2023, S. 30.

## Freies Thüringen

„Freies Thüringen“ hat sich als eines der sichtbarsten Protestnetzwerke im Freistaat etabliert: Regelmäßig werden montags thüringenweit hunderte Menschen zu Demonstrationen und Kundgebungen mobilisiert. Was auf den ersten Blick wie eine bürgerliche Protestbewegung wirken mag, entpuppt sich jedoch bei näherem Hinsehen als ein an der Strategie der Neuen Rechten orientierter Versuch, den gesellschaftlichen Diskurs nach rechts zu verschieben und die Grundlagen der parlamentarischen Demokratie in Zweifel zu ziehen.

Inspiziert durch die rechtsextreme Kleinpartei „Freie Sachsen“, bildet „Freies Thüringen“ ein loses, vorwiegend über den Online-Dienst Telegram organisiertes Netzwerk, in dem Organisatorinnen und Organisatoren von Demonstrationen ihre Veranstaltungen kommunizieren können. Zwischen Mai 2022 und März 2023 wurden mindestens 768 Demonstrationen registriert.<sup>35</sup> Zunächst gegen die Corona-Maßnahmen gerichtet, erweiterte sich das thematische Spektrum der montäglichen Demonstrationen: Ab 2022 standen zunehmend Russlands Krieg gegen die Ukraine und die Energiekrise im Fokus.<sup>36</sup>

„Freies Thüringen“ verbindet verschiedene lokale Akteure und Gruppierungen, die weitgehend selbstständig agieren und nur in einigen Fällen klar dem rechtsextremen Spektrum zugeordnet werden können. Es lässt sich daher als eine „landesweite Vernetzungsstruktur von lokalen Gruppen einer themenbeweglichen rechten Mischszenen“ fassen.<sup>37</sup> Inhaltlich variiert der Grad der Radikalität der Demonstrationen je nach Ort und Veranstaltung. Mehrheitsfähiger Kitt aller Veranstaltungen sind jedoch eine starke Unzufriedenheit, ein massiver Vertrauensverlust in demokratische Institutionen und Medien, die Ablehnung von Migrantinnen und Migranten sowie die Sorge um den Erhalt der deutschen Nation und Kultur.<sup>38</sup> In Gera lassen sich die Aktivitäten aufgrund der Organisierenden, den Rednerinnen und Rednern sowie den Beiträgen als rechtsextrem einstufen.<sup>39</sup> Hier ist der Neonazi Christian Klar die zentrale Führungsfigur. Zum „Fest der Freiheit“ am Tag der Deutschen Einheit 2022 fand in Gera mit mindestens 4.000 Teilnehmende die größte rechtsextreme Demonstration seit 2014 statt. Als Redner traten einschlägige Rechtsextreme wie Martin Kohlmann („Freie Sachsen“), Jürgen Elsässer (Compact-Magazin) oder Björn Höcke (AfD Thüringen) auf.<sup>40</sup>

Grundsätzlich wird die Identität der Organisatoren durch das Etikett „Freies Thüringen“ eher verschleiert. Die Proteste erscheinen deshalb häufig als bürgerliche Initiativen. Diese Vorgehensweise macht es für viele Menschen schwieriger, zu erkennen, dass mitunter Rechtsextreme dahinterstehen. Das senkt die Zugangsbarriere zu Veranstaltungen dieser Bewegungen ab. Damit gehen mehrere Gefährdungen der demokratischen Kultur einher: Erstens können rechtsextreme Ideen weiter in den gesellschaftlichen Mainstream einsickern und an Akzeptanz gewinnen, was zu einer schleichenden Verschiebung des politischen Diskurses führt. Zweitens werden demokratische Werte wie Pluralismus, Toleranz und Gleichheit unterminiert, indem diskriminierende und ausgrenzende Ideologien normalisiert werden. Drittens erhöht sich das Risiko für marginalisierte Gruppen: Sie können durch die Verbreitung von rechtsextremen Ansichten verstärkt zum Ziel von Diskriminierung und Gewalt werden. Viertens kann das Vertrauen in demokratische Institutionen weiter erodieren, wenn rechtsextreme Akteure erfolgreich Zweifel an deren Legitimität säen.

Die Aktivitäten von „Freies Thüringen“ sind nicht das erste Beispiel für ein solches Vorgehen. Bereits in der Gefährdungsanalyse 2016 wurde diese **Mimikry-Strategie** anhand des rechtsextremen Vereins THÜGIDA offengelegt: Nach dem verstärkten Zuzug von Migrantinnen und Migranten 2015 und inspiriert durch den durchschlagenden Erfolg von PEGIDA in den Jahren zuvor, initiierten damals insbesondere NPD-Akteure thüringenweit Protestveranstaltungen.

---

<sup>35</sup> Koch et al. 2024, S. 46; Thüringer Landtag 2023.

<sup>36</sup> Koch et al. 2024, S. 43.

<sup>37</sup> MOBIT 2022.

<sup>38</sup> Freund-Möller et al. 2023, S. 44–45.

<sup>39</sup> Zum Schema zur Einstufung: Koch et al. 2023, S. 15–16.

<sup>40</sup> Koch et al. 2024, S. 35.

Zu ihren asyl- und migrationsfeindlichen Demonstrationen kamen mehrere hundert Menschen, die nicht der rechtsextremen Szene zuzuordnen waren.<sup>41</sup> Diesen Mobilisierungserfolg erzielten die Organisatoren, weil sie ihre rechtsextreme Parteizugehörigkeit verbargen und an verbreitete Sorgen andockten, die im Zusammenhang mit der damaligen Fluchtbewegung und deren vermeintlichen Folgen standen. Die Demonstrationen fanden offiziell nicht im Namen einer rechtsextremen Partei oder Organisation statt, sondern galten als Veranstaltungen von THÜGIDA oder unverdächtigen „Wir lieben [Ortsname]“-Gruppen (zum Beispiel „Wir lieben Gera“). Zudem suggerierten die damals genutzten Schlagworte wie „Asylkritik“ und „Islamkritik“ eine gewisse Rationalität und analytische Distanz, um rechtsextreme Positionen zu entschärfen.<sup>42</sup>

Vor diesem Hintergrund kann „Freies Thüringen“ als eine Weiterentwicklung der Mimikry-Strategie gelten. Es stellt eine Art **Franchise-Modell** dar, bei dem die lokalen Akteure vor Ort die Hauptrolle spielen. Dies ist ein Grund, warum die Proteste von „Freies Thüringen“ stärker als von Bürgerinnen und Bürgern initiierte Veranstaltungen wahrgenommen werden als frühere Bewegungen wie zum Beispiel THÜGIDA. Während die Forderungen bei THÜGIDA offen rassistisch formuliert wurden, werden die Anliegen bei „Freies Thüringen“ deutlich anschlussfähiger und häufig auch weniger radikal kommuniziert. Von „Freies Thüringen“ geht ein Potenzial aus, die demokratische Kultur in Thüringen zu gefährden. Wenn zum Beispiel wie in Gera Rechtsextreme den Ton angeben, werden die Gefährdungen sehr konkret, da die parlamentarische Demokratie sowie Freiheits- und Grundrechte dort offen infrage gestellt werden.

### Die Heimat (ehemals NPD)

Obwohl NPD-Mitglieder die THÜGIDA-Proteste initiierten, war es die AfD, die sich als rechtspopulistische Anti-Asyl-Partei etablierte. Der elektorale Niedergang der NPD zeigte sich bei der Thüringer Landtagswahl 2019, als sie nur noch 0,5 Prozent der Stimmen erreichte. 2014 hatte sie noch 3,6 Prozent erzielt.<sup>43</sup> Die AfD hingegen zog bis Ende 2016 bereits in zehn Landesparlamenten ein.<sup>44</sup> Die NPD passte daraufhin ihre Strategie an, um dem Erfolg der AfD nachzueifern: Sie änderte 2023 ihren Namen in „Die Heimat“. Mit der Umbenennung ging eine Neuausrichtung in der politischen Kommunikation einher. Der Online-Auftritt der Partei wurde umfassend überarbeitet.<sup>45</sup> Der Parteivorsitzende Frank Franz präsentiert sich inzwischen auf TikTok<sup>46</sup> und YouTube<sup>47</sup> mit locker inszenierten Streams und Reaktionsformaten. Daneben führt er auf diesen Plattformen auch Interviews mit Personen aus dem neurechten Spektrum und dem Umfeld der AfD.

Ein entscheidender Unterschied zwischen NPD und AfD liegt in ihrer öffentlichen Wahrnehmung. Während die NPD aufgrund ihres jahrzehntelangen Images als offen rechtsextreme Partei kaum Akzeptanz in der breiten Bevölkerung findet, zeigt sich bei der AfD eine gegenteilige Entwicklung: Obwohl die AfD in Thüringen seit März 2021 vom Thüringer Verfassungsschutz als rechtsextremistische Partei eingestuft wurde, ignorieren oder relativieren viele Wählerinnen und Wähler diese Einstufung und damit den verfassungsfeindlichen Hintergrund des Landesverbands. Die AfD hat offenbar bei einem Teil der Bevölkerung – insbesondere bei denjenigen, die „alternative Medien“ nutzen – eine Deutungshoheit gegenüber der Einschätzung des Thüringer Verfassungsschutzes erlangt. Die AfD und ihr nahestehende Akteure stellen dessen Bewertung als politisch motiviert dar und diffamieren sowohl die darüber berichtenden Medien als auch den Thüringer Verfassungsschutz als parteiisch und als durch die

<sup>41</sup> Quent et al. 2016, S. 49.

<sup>42</sup> Quent et al. 2016, S. 49; Michelsen et al. 2020, S. 37–38.

<sup>43</sup> Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) 2014, 2019.

<sup>44</sup> Jesse 2019, S. 108.

<sup>45</sup> Stör 2023.

<sup>46</sup> Franz 2024a.

<sup>47</sup> Franz 2024b.

Regierungsparteien instrumentalisierte Instanzen gegen die Partei.<sup>48</sup> Damit docken sie an ein bestehendes Misstrauen in demokratische Institutionen an und verstärken dieses weiter.

„Die Heimat“ trat bei der Landtagswahl 2024 nicht mehr an.<sup>49</sup> Sie schien dafür weder strukturell noch personell stark genug aufgestellt gewesen zu sein. Stattdessen setzt sie wie andere rechtsextreme Kleinparteien in Thüringen auch verstärkt auf die lokalpolitische Arbeit. Dadurch lassen sich nicht nur Kräfte bündeln, sondern auch bestimmte Räume in den Fokus nehmen, wo die Parteien aus ihrer Sicht besonders günstige Bedingungen vorfinden. So konzentrieren sich die Aktivitäten der Partei „Die Heimat“ auf Eisenach, wo die Partei mit dem „Flieder Volkshaus“ über eine eigene Immobilie verfügt und in der Kommunalpolitik etabliert ist.<sup>50</sup> Außerdem besitzt der Rechtsextremismus dort eine lange Kontinuität und einen aktiven gewaltbereiten und -tätigen Arm.<sup>51</sup> Nach den Kommunalwahlen 2024 ist „Die Heimat“ in Thüringen deshalb nur noch in zwei Kreistagen und fünf Gemeinde- oder Stadträten vertreten.<sup>52</sup>

### **Flieder Volkshaus und Knockout 51**

Das „Flieder Volkshaus“ in Eisenach war seit der letzten Gefährdungsanalyse 2022 immer wieder Schauplatz verschiedener rechtsextremer Aktivitäten. Die Landesgeschäftsstelle der Partei „Die Heimat“ ist ein Knotenpunkt für rechtsextreme Bestrebungen, von denen massive Gefahren für die demokratische Kultur ausgehen. Obwohl die Immobilie seit 2022 als „kriminogener Ort“ eingestuft ist, was erweiterte polizeiliche Maßnahmen ermöglicht,<sup>53</sup> bleibt sie ein zentraler Ort für rechtsextreme Konzerte und Liederabende.<sup>54</sup> Im „Flieder Volkshaus“ kamen Mitglieder der mittlerweile verbotenen Organisationen „Combat 18“, „Blood & Honour“ und „Hammerskins“ zusammen, um Konzerte abzuhalten, Propagandamaterial zu verteilen und ihre Netzwerke auszubauen.<sup>55</sup> Die rechtsextreme Kampfsportgruppe „Knockout 51“ trainierte hier, um sich auf gewalttätige Auseinandersetzungen mit politischen Gegnern und der Polizei vorzubereiten.<sup>56</sup> Nach einer Serie von Gewalttaten, die mitunter als lebensgefährlich eingeschätzt wurden, wurden mehrere Mitglieder und Unterstützer aus dem Umfeld der als kriminellen Vereinigung eingestuften Gruppierung verhaftet. Darunter auch der „Die Heimat“-Landesvorsitzende Patrick Wieschke. Er soll der Gruppe im „Flieder Volkshaus“ einen Raum zur Verfügung gestellt haben, um Kampfsport zu trainieren und Waffen zu lagern.<sup>57</sup>

### **Reichsbürgerbewegung**

In den letzten Jahren geriet die Reichsbürgerszene wiederholt ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung. Besonders hervorstach die Gruppe um Heinrich Prinz Reuß, die in einem Jagdschloss in Saaldorf (Saale-Orla-Kreis) einen Staatsstreich plante.<sup>58</sup> Weniger Beachtung fanden hingegen beispielsweise die Aktivitäten der selbsternannten „Wahlkommissionen“. Diese Kommissionen vertreten die Auffassung, die Bundesrepublik sei fremdbestimmt, und erkennen die amtlichen Wahlen daher nicht an.<sup>59</sup> Seit Sommer 2022 tauchten thüringenweit wiederholt Plakate dieser „Wahlkommissionen“ auf, die zur Wahl imaginärer Ämter aufriefen.<sup>60</sup> Die „Wahlkommissionen“ veranstalteten 2022/23 zwei überregionale Vernetzungstreffen in Thüringen. An diesen „Zukunftskongressen“, auf denen auch rechtsextreme

---

<sup>48</sup> May 2024.

<sup>49</sup> Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) 2024b.

<sup>50</sup> Bei der Kommunalwahl 2024 erzielte „Die Heimat“ in Eisenach mit 8 Prozent der Stimmen 3 Sitze im Stadtrat und erreichte mit ca. 4400 absoluten Stimmen das höchste Ergebnis aller thüringischen Gemeinden.

<sup>51</sup> Salheiser und Quent 2022, S. 167–168.

<sup>52</sup> Daten aus: Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) 2024a.

<sup>53</sup> Thüringer Allgemeine 2024a.

<sup>54</sup> Hemkentokrax 2023.

<sup>55</sup> Feldmann et al. 2023; Röpke 2015.

<sup>56</sup> Hemkentokrax 2023; MDR Thüringen 2024c.

<sup>57</sup> MDR Thüringen 2024c.

<sup>58</sup> tagesschau 2024b; Förster 2024.

<sup>59</sup> Amt für Verfassungsschutz 2023, S. 50.

<sup>60</sup> Leiser 2023.

Musikerinnen und Musiker auftraten, nahmen jeweils 170 bis 200 Personen teil.<sup>61</sup> Im Freistaat wächst nicht nur das der Reichsbürgerbewegung zuzurechnende Personenpotenzial, das von etwa 770 im Jahr 2021 auf rund 1.000 im Jahr 2022 gestiegen ist,<sup>62</sup> sondern auch die Zahl der Immobilien: In Gera kaufte der selbsternannte „König von Deutschland“, Peter Fitzek, Anfang 2023 eine Immobilie, die als Wohn- und Schulungsort dienen soll.<sup>63</sup> Als Reichsbürger zu erkennen, gab sich der Besitzer eines Schlosses in Ranis (Saale-Orla-Kreis), das in Zukunft ebenfalls für Schulungen und Veranstaltungen der Szene genutzt werden soll.<sup>64</sup>

### **Verbot der „Artgemeinschaft“**

Während die Reichsbürgerbewegung das Deutsche Reich verklärt und als einzig legitimen Staat betrachtet, zielte der rechtsextreme Verein „Die Artgemeinschaft – Germanische Glaubensgemeinschaft wesensgemäßer Lebensgestaltung e. V.“ auf eine rassistisch und antisemitisch geprägte, idealisierte Rückbesinnung auf germanische Traditionen und Naturverbundenheit. Im September 2023 wurde der Verein vom Bundesministerium des Innern und für Heimat verboten.<sup>65</sup> In Thüringen war die „Artgemeinschaft“ insbesondere im „Hufhaus“ in Ilfeld (Landkreis Nordhausen) aktiv. Dieses abgelegene Hotel diente regelmäßig als Veranstaltungsort für Treffen, bei denen sich oft über 100 Personen versammelten.<sup>66</sup> Nach dem Verbot herrschte in der rechtsextremen Szene eine spürbare Verunsicherung: Mehrere Gruppen, darunter die „Arische Bruderschaft“, lösten sich auf, um möglichen staatlichen Verboten zuvorzukommen.<sup>67</sup>

### **Fazit**

Parteiungebundenen Akteure und Gruppierungen sowie die Kleinparteien der extremen Rechten weisen in Thüringen eine Vielfalt von Aktivitäten und Strukturen auf. Im Allgemeinen zeichnet sich ein Trend zum lokalen Engagement ab, der möglicherweise auch als Reaktion auf das Erstarken der AfD verstanden werden kann. Im Bereich RechtsRock haben kleinere Liederabende die größeren Konzertevents weitestgehend abgelöst. Die rechtsextremen Kleinparteien und Wählervereinigungen konzentrieren sich jeweils auf Schwerpunktregionen und verfolgen dabei unterschiedliche Ansätze der gesellschaftlichen Einbettung: Während die „Neue Stärke Partei“ sich in Erfurt auf den Kampfsport konzentriert, haben sich das „Bündnis Zukunft Hildburghausen“ und „Die Heimat“ in ihren zentralen Wirkkreisen Hildburghausen und Eisenach als kommunalpolitische Kräfte etabliert. Die Reichsbürgerbewegung kann ihr Personenpotenzial und ihre Infrastruktur ausbauen, während die „Artgemeinschaft“ verboten wurde.

Durch Musikveranstaltungen, sportliche Aktivitäten und Treffpunkte in zum Teil eigenen Immobilien versuchen diese Gruppen, Vernetzungsmöglichkeiten für Gleichgesinnte zu schaffen und ihre Präsenz in der lokalen Gesellschaft auszubauen. Szeneintern dient dies der Stärkung der eigenen Strukturen. Nach außen gibt man sich dabei betont harmlos. Dennoch geht von dieser rechtsextremen Szene eine massive und kontinuierliche Gefahr für die demokratische Kultur aus. Insbesondere Menschen, die nicht in das rechtsextreme Weltbild passen, sehen sich Einschüchterungen und Gewalt ausgesetzt. Ein markantes Beispiel dafür sind die Aktivitäten in und um das „Flieder Volkshaus“ in Eisenach: Die Immobilie dient als Dreh- und Angelpunkt für Rechtsextreme unterschiedlichster Couleur, unter anderem für die als kriminelle Vereinigung eingestufte Kampfsportgruppe „Knockout 51“. Die Kombination aus lokaler Verankerung, Selbstverharmlosung und Gewaltbereitschaft macht das parteiungebundene Spektrum und die Kleinparteien der extremen Rechten zu einer beständigen und eklatanten Gefahr für die demokratische Kultur. Ihre Aktivitäten und Strukturen sollten kontinuierlich

<sup>61</sup> MOBIT 2023.

<sup>62</sup> Amt für Verfassungsschutz 2023, S. 49.

<sup>63</sup> Koch et al. 2024, S. 58.

<sup>64</sup> Koch et al. 2024, S. 58.

<sup>65</sup> Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) 27.09.2023.

<sup>66</sup> Best et al. 2019, S. 36.

<sup>67</sup> MDR Thüringen 2023b.

beobachtet und bewertet werden. Schließlich ist deren Entwicklung von einem beständigen Wechselspiel aus Verboten und Verhaftungen auf der einen Seite und dem Ausnutzen neuer Schlupflöcher und der Anpassung ihrer Strategien auf der anderen Seite geprägt.

Neben dem lokalpolitischen Engagement hat sich mit „Freies Thüringen“ eine Proteststruktur etabliert, die thüringenweit operiert und sich der rechten Mischszene zuordnen lässt – durch ihre offene Organisationsform jedoch häufig nicht so wahrgenommen wird. Insbesondere in Gera verfügen rechtsextreme Personen über einen starken Einfluss innerhalb dieser Interessensgruppe. Eine Gefahr für die demokratische Kultur in Thüringen kann darin gesehen werden, dass sich rechtsextreme Akteursgruppen als Teil politischer grassroot-Bewegungen strategisch platzieren und diese in gewisser Weise unterwandern. Neben einem konsequenten Vorgehen des Staates gegen offen rechtsextreme Bestrebungen ist es daher unerlässlich, die demokratische Zivilgesellschaft auch für die subtilen Formen rechtsextremer Einflussnahme zu sensibilisieren.

### 3. Wahlen

Die Wahlerfolge der AfD in Thüringen stellen eine Gefahr für die demokratische Kultur im Land dar. Die Partei konnte ihre Machtposition in den Parlamenten ausbauen und den gesellschaftlichen Diskurs nach Rechtsaußen verschieben.

Der Erfolg der AfD beruht auf verbreiteten rassistischen und nationalistischen Positionen in der Bevölkerung, wachsender Unzufriedenheit mit der Demokratie und schwindenden Vertrauen in die Regierung. Gleichzeitig befeuert die AfD diese Einstellungsmuster mit ihrem völkisch-nationalistischen Identitätsangebot und ihrem Populismus.

Insbesondere bei jungen Wählenden konnte die AfD ihre Zustimmungswerte ausbauen. Ein entscheidender Faktor dafür kann in ihrer Sichtbarkeit in Sozialen Medien gesehen werden.

Die Wahlerfolge der AfD im Jahr 2024 markieren eine Zäsur in der politischen Landschaft Thüringens. Die in Thüringen als rechtsextremistisch eingestufte Partei hat sich als stärkste politische Kraft im Freistaat etabliert. Ihr Aufstieg ist Ausdruck einer Normalisierung rechts-extremer und rechtspopulistischer Positionen im politischen Diskurs.

Bei allen drei Wahlen 2024 gelang es der AfD ihren Stimmenanteil im Vergleich zur letzten Wahl zu vergrößern. Die Parteien der aktuellen Bundesregierung verzeichneten bei der Landtagswahl kleinere bis moderate Verluste. Die Linke hingegen verlor massiv Stimmen, insbesondere an das neu gegründete BSW.<sup>68</sup> Die traditionelle Parteienlandschaft büßte deutlich an politischer Integrationskraft ein. Diese tektonischen Verschiebungen werfen folgende Fragen auf: Wer wählt die AfD in Thüringen? Auf welche Strategien greift die AfD im Wahlkampf zurück? Entlang dieser Fragen sollen zentrale Faktoren herausgearbeitet werden, die den Erfolg der Partei erklären können.

#### Ergebnisse im Überblick

##### Kommunalwahlen

In neun von 22 Kreistagen und Stadträten, die im Mai 2024 gewählt wurden, avancierte die AfD zur größten Fraktion, in zehn zur zweitstärksten. In den Stichwahlen um die Landratsposten konnten sich von den neun AfD-Kandidatinnen und -Kandidaten niemand durchsetzen. Allerdings war es der AfD bereits im Sommer 2023 gelungen, in Sonneberg den bundesweit ersten Landrat zu stellen. Insgesamt konnte die AfD erneut mehr Wählerinnen und Wähler mobilisieren als in den Kommunalwahlen 2019 (+8,1 Prozentpunkte auf 25,8 Prozent).<sup>69</sup>

##### Europawahl

Die AfD steigerte ihr Wahlergebnis im Vergleich zur letzten Europawahl 2019 deutlich (+8,2 Prozentpunkte auf 30,7 Prozent). Das BSW kam aus dem Stand auf 15 Prozent. Dagegen verloren alle übrigen, traditionellen Parteien Stimmen, wobei die Verluste der CDU am geringsten (-1,5 Prozentpunkte auf 23,2 Prozent) und die der Linken am stärksten (-8,1 Prozentpunkte auf 5,7 Prozent) ausfielen.<sup>70</sup>

<sup>68</sup> Zur politischen Einschätzung des BSW siehe Lewandowsky und Wagner 2023; Franzmann et al. 2024; Thomeczek 2024; Thomeczek et al. 2024.

<sup>69</sup> Thüringer Landesamt für Statistik (TLS); Kamuf und Helmert 2024b.

<sup>70</sup> Thüringer Landesamt für Statistik (TLS).



Landtagswahl

Die AfD war mit 32,8 Prozent der Stimmen deutlicher Sieger. Im Landtag besitzt sie nun mit 32 Sitzen die Sperrminorität. Ihr gelang es, mit Abstand die meisten Nichtwählenden zu mobilisieren (71.000). Sie verlor nur an eine andere Partei Stimmen: das BSW (11.000), das auf 15,8 Prozent kam. Die CDU war mit 23,6 Prozent zweitstärkste Kraft.<sup>71</sup> Die Linke rutschte auf 13,1 Prozent ab und die SPD erreichte 6,1 Prozent. Im Landtag nicht mehr vertreten sind Grüne (3,2 Prozent) und FDP (1,1 Prozent).<sup>72</sup>

**Wer wählte die AfD?**

Die AfD konnte in nahezu allen Altersgruppen rund ein Drittel der Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen (siehe Abb. 8). Nur in der Altersgruppe über 70 mobilisierte sie deutlich weniger Menschen. Den größten Zugewinn im Vergleich zur Landtagswahl 2019 verzeichnete die Partei in der Altersgruppe der 18- bis 24-Jährigen (+15 Prozentpunkte auf 38 Prozent).<sup>73</sup>

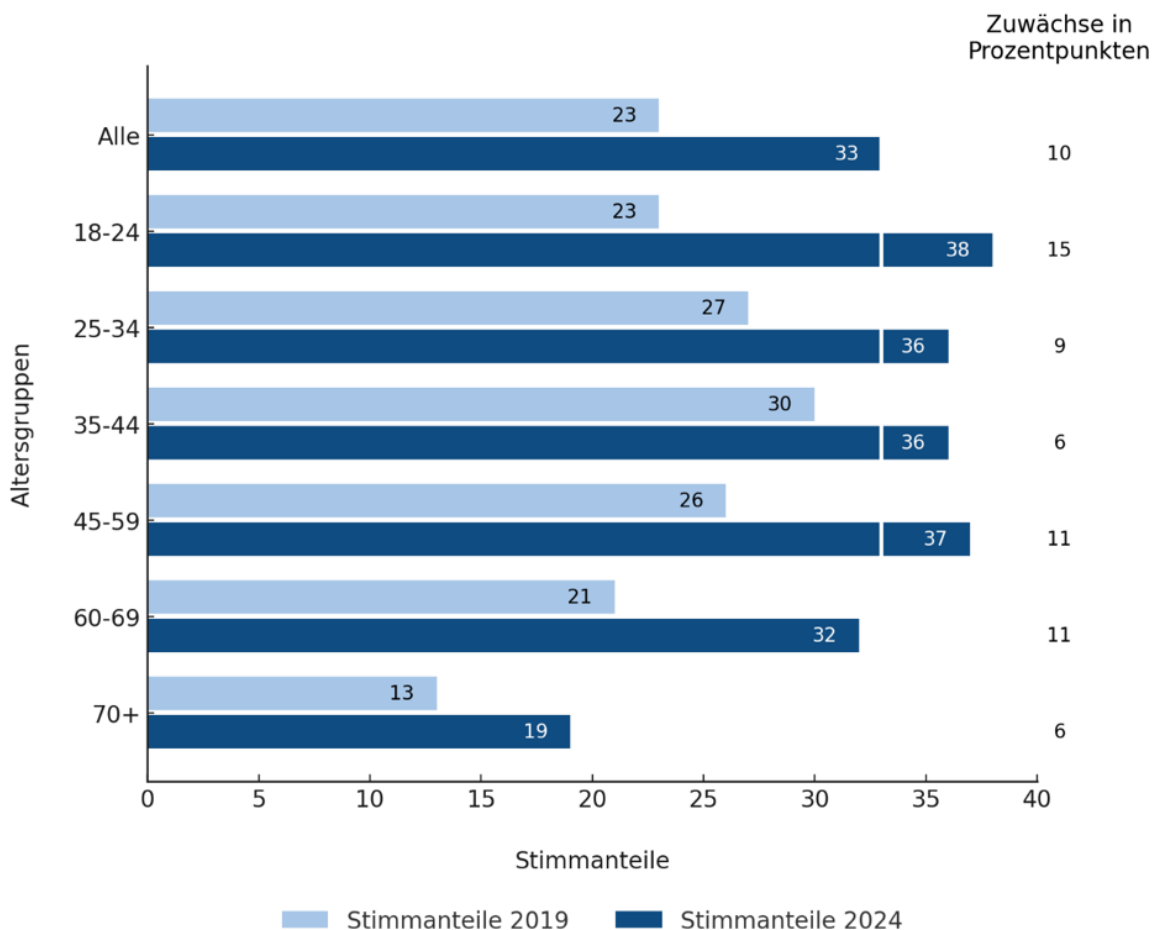


Abb. 8: Stimmanteile der AfD bei den Landtagswahlen 2019 und 2024 in Thüringen nach Altersgruppe in Prozent, sowie Zuwächse der Stimmen in den Altersgruppen in Prozentpunkten.<sup>74</sup>

<sup>71</sup> Wagner et al. 2023; Franzmann et al. 2024.

<sup>72</sup> Thüringer Landesamt für Statistik (TLS); Kamuf und Helmert 2024a.

<sup>73</sup> infratest dimap 2024.

<sup>74</sup> tagesschau 2024d.

Ein prototypischer AfD-Wähler ist jung, männlich und lebt auf dem Land. Er hat einen niedrigen formalen Bildungsgrad und ist wirtschaftlich eher schlecht gestellt.<sup>75</sup>

### Junge Wählende und TikTok

Der Erfolg der AfD unter Erstwählenden lässt sich kaum mit ihrem Wahlprogramm erklären, denn darin finden sich kaum jugendpolitische Angebote.<sup>76</sup> Vielmehr scheint die Partei davon profitiert zu haben, dass Jugendliche und junge Erwachsenen mit der Demokratie aktuell unzufrieden sind, während Populismus und Ethnozentrismus bei ihnen verfangen.<sup>77</sup> Außerdem bespielte die AfD Soziale Medien weitaus erfolgreicher als die anderen Parteien. Dies lässt sich exemplarisch an ihrem Agieren auf TikTok nachvollziehen: Die AfD schürt hier existenzielle Ängste und instrumentalisiert eine Atmosphäre der Unsicherheit, um ihre politischen Botschaften zu verbreiten. Dabei nutzt sie typische rechtspopulistische Stilmittel: Sie vereinfacht komplexe Themen auf unzulässige Weise, baut eine Anti-Establishment-Haltung zur Sündenbockideologie aus und propagiert eine rassistische Identitätspolitik.<sup>78</sup>

Rechtspopulistische Parteien wie die AfD machen sich zu Nutze, dass soziale Netzwerke wie TikTok von visuellen Inhalten geprägt sind, die sich besonders gut zur gezielten Emotionalisierung des Publikums eignen. Beispielsweise werden häufig stereotype und rassistische Darstellungen verwendet, um Ängste und Aggressionen auszulösen, ohne dass dafür rassistische Einstellungen explizit ausgesprochen werden müssen.<sup>79</sup>

Mit solchen Inhalten erreichte die AfD auf TikTok mehr als doppelt so viele Erstwählerinnen und Erstwähler wie alle anderen Parteien zusammen: 71 Prozent der erstmals Wählenden in Thüringen sahen auf TikTok Beiträge der AfD. Dagegen waren die anderen Parteien weit abgeschlagen: Das BSW belegte mit neun Prozent den zweiten Platz. Im Durchschnitt sahen junge Menschen auf TikTok mindestens einmal am Tag ein Video der AfD.<sup>80</sup> Das auf einer Logik der Aufmerksamkeitsökonomie basierende Geschäftsmodell Sozialer Medien begünstigt die emotionalisierte und moralisierende Kommunikation der AfD,<sup>81</sup> sodass diese wie keine andere Partei über Soziale Medien Einfluss auf junge Wählerinnen und Wähler nehmen konnte.

### Säulen des AfD-Erfolgs

Die AfD bestellt den Boden der zunehmenden Unzufriedenheit mit der Demokratie und der verbreiteten ethnozentrischen Einstellungen in der Thüringer Bevölkerung. Gleichzeitig trägt sie mit ihrer rechtspopulistischen Kommunikation und ihrem völkischen Überlegenheitsduktus zur Aufrechterhaltung und Vertiefung dieser Einstellungen bei. Dieser sich selbst verstärkende Kreislauf droht, einen dauerhaften Nährboden für gesellschaftliche und politische Polarisierung zu bereiten und die Unterstützung demokratischer Strukturen und Prozesse mittel- und langfristig zu beschädigen.

Ein Teil der Zustimmung zur rechtsextremen Politik der Thüringer AfD lässt sich durch die Übereinstimmung mit den inhaltlichen Positionen der Partei erklären. Die **Themen Migration und Asyl** waren zentral für die AfD und ihren Wahlkampf. Der THÜRINGEN-MONITOR 2023 zeigt,

<sup>75</sup> tagesschau 2024e; MDR 2024.

<sup>76</sup> Landesverband AfD-Thüringen 2024.

<sup>77</sup> Siehe Kapitel 1, Blick auf die Jugend; vgl. Henschelmann et al. 2024, S. 45; Albert et al. 2019, S. 17.

<sup>78</sup> Classen et al. 2024.

<sup>79</sup> Corbu und Negrea-Busuioc 2020; Feng 2023.

<sup>80</sup> University of Potsdam: PSM 01.09.2024.

<sup>81</sup> Hameleers et al. 2021; Classen et al. 2024.

dass vier von zehn Thüringerinnen und Thüringer Fremden ablehnend bis feindlich gegenüberstehen und nationalistisch-chauvinistische Positionen teilen. Zudem können 30 Prozent der Befragten als rechtspopulistisch eingeordnet werden.<sup>82</sup> Welche zentrale Bedeutung die Themen Migration, Zuwanderung und Asyl im Wahlkampf einnahmen, lässt sich an den Ergebnissen einer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Auftrag gegebene Umfrage von Ende 2023 ablesen: Den Themenkomplex benannte über die Hälfte der Befragten als zentrales Problem, um das sich die Landespolitik kümmern sollte. Diese Wahrnehmung war unter den potenziellen AfD-Wählerinnen und -Wählern noch stärker: Vier von fünf sahen darin die dringendsten Probleme.<sup>83</sup>

Die inhaltliche Unterstützung der AfD zeigt sich auch daran, dass **rechtsextreme Einstellungen** und die Wahl der AfD auf regionaler Ebene (Zweitstimme) stark miteinander zusammenhängen ( $r=0.71$ ): Wo rechtsextreme Einstellungen stark verbreitet sind, lässt sich auch ein hohes Wahlergebnis für die AfD bei der Landtagswahl registrieren; wo rechtsextreme Einstellungen wenig Anklang finden, wählen weniger Menschen die AfD. Diesen Zusammenhang stützen mehrere bundesweite Studien: Laut der Leipziger Autoritarismus-Studie teilen AfD-Wählende deutlich häufiger rechtsextreme Einstellungen als Anhängerinnen und Anhänger anderer Parteien oder Nichtwählende.<sup>84</sup> Eine Prüfung der Daten der Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung auf statistische Zusammenhänge zeigt, dass AfD-Sympathisantinnen und -Sympathisanten signifikant öfter rechtsextrem eingestellt sind.<sup>85</sup> Das Populismus-Barometer der Bertelsmann-Stiftung identifiziert sogar 29 Prozent manifest rechtsextreme Personen unter den AfD-Wählenden, während es bei den anderen Parteien weniger als sechs Prozent sind.<sup>86</sup> Die Übereinstimmung zwischen rechtsextremen Einstellungen und AfD-Wahlergebnis ist jedoch nicht in allen Regionen gleich hoch, wie die folgende Kartendarstellung (Abb. 9) zeigt. Faktoren wie der Zustand der demokratischen Zivilgesellschaft vor Ort,<sup>87</sup> die Ländlichkeit<sup>88</sup> oder regionale Emotionen<sup>89</sup> haben neben den individuellen Einstellungen einen zusätzlichen Einfluss auf den Wahlerfolg der AfD. Gleichzeitig zeigt die Gegenüberstellung der rechtsextremen Einstellungen mit dem AfD-Wahlergebnis auf Landkreisebene: Die Wählerschaft der AfD rekrutiert sich nicht ausschließlich aus dem rechtsextremen Milieu. Der Stimmanteil fiel in allen Landkreisen deutlich höher aus als der Anteil an Personen mit einem rechtsextremen Einstellungsmuster.

---

<sup>82</sup> Siehe Kapitel 1, S. 4.

<sup>83</sup> Frydryszek und Merten 2024.

<sup>84</sup> Celik et al. 2020, S. 169.

<sup>85</sup> Zick und Eden 2024, S. 5.

<sup>86</sup> Vehrkamp und Merkel 2020, S. 18–19.

<sup>87</sup> Spehr 2024.

<sup>88</sup> Reiser et al. 2023, S. 90.

<sup>89</sup> Hannemann et al. 2024.

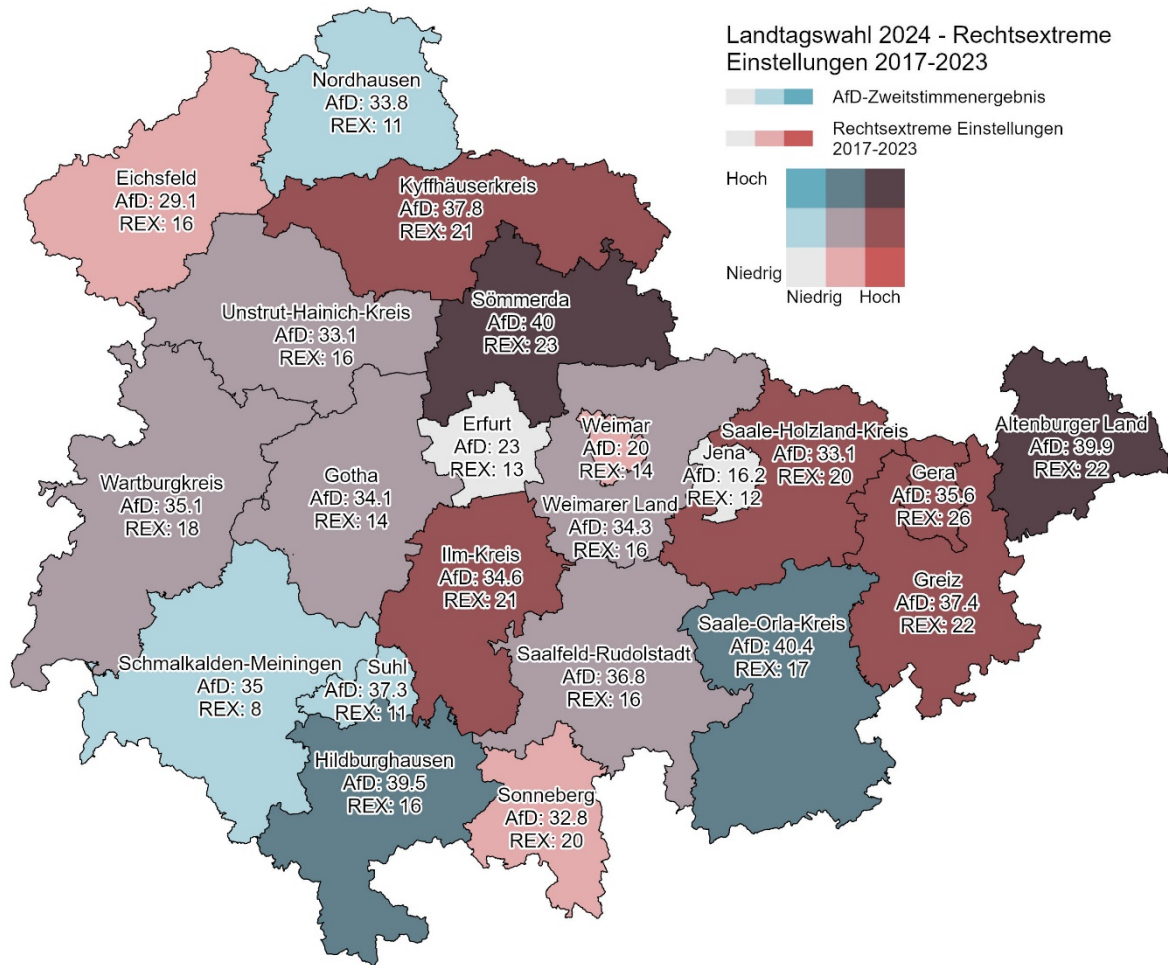


Abb. 9: Vergleich AfD-Ergebnisse Landtagswahl 2024 (Landesstimme/Zweitstimme) und Rechtsextreme Einstellungen 2017-2024, jeweils in Prozent.

Die AfD gewinnt die Stimmen der Wähler und Wählerinnen auch, indem sie ihnen ein **völkisch-nationalistisches Identitätsangebot** unterbreitet. Anstatt politische Belange faktenbasiert zu adressieren, bedient die Partei gezielt das populistische Narrativ einer „korrupten Elite“, die dem „normalen Bürger“ als Feindbild gegenüberstehe. Zudem macht die AfD ihren (potenziellen) Wählerinnen und Wählern ein verlockendes Angebot: die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, die sich gegen gesellschaftlichen Wandel stellt.<sup>90</sup> Emotionen spielen dabei eine bedeutende Rolle: Die neurechte Gefühlsarbeit entwirft totalitäre und bedrohliche Welten, denen sie eine Wohlfühlgemeinschaft der AfD gegenüberstellt, die Freiheit und Hoffnung verspricht. So gelingt es der Partei, dass ihre Anhängerinnen und Anhänger menschenfeindliche Ideologien nicht nur als normal, sondern sogar als legitim und moralisch richtig empfinden.<sup>91</sup> Mit der populistischen Dämonisierung des vermeintlichen Establishments kann die AfD unmittelbar an die wachsende Unzufriedenheit mit der Demokratie und das sinkende Vertrauen in die Landes- und Bundesregierung andocken.<sup>92</sup>

<sup>90</sup> Hillje 2024.

<sup>91</sup> Spissinger 2024.

<sup>92</sup> Siehe Kapitel 1.

Die Früchte dieser langfristig angelegten Wahlkampfstrategie der AfD zeigen sich nicht nur in den Wahlerfolgen, sondern auch in einer starken **Wählerbindung**. Bei den Landtagswahlen 2024 in Sachsen, Brandenburg und Thüringen verzeichnete die AfD laut der KomRex-Wahlstudie den höchsten Anteil an Stammwählenden: Über 13 Prozent der Befragten gaben an, die AfD bei der Bundestagswahl 2021 sowie der Europa- und Landtagswahl 2024 gewählt zu haben.<sup>93</sup> Dies deutete sich bereits 2021 an. Damals kam eine Befragung zur Bundestagswahl zum Ergebnis, dass 45 Prozent der AfD-Wählenden keine andere Partei wählen würden.<sup>94</sup> Diese Bindung der Wählerschaft wird auch durch diverse Skandale und Grenzüberschreitungen des politischen Personals der AfD kaum erschüttert. Dabei ist die Liste der jüngsten Grenzüberschreitungen von AfD-Politikern lang: Björn Höcke wurde mehrfach wegen des Verwendens einer verfassungswidrigen NS-Parole verurteilt.<sup>95</sup> Weder er noch die Partei distanzierte sich jedoch davon. Stattdessen kokettierte der Landesverband damit, indem er den Wahlslogan „Alles für Thüringen“ ausgab.<sup>96</sup> Der damalige AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl, Maximilian Krah, verharmloste in einem Interview mit einer italienischen Zeitung die SS.<sup>97</sup> Abgeordnete und ein Mitarbeiter der AfD nahmen am Geheimtreffen in Potsdam teil, wo rassistische Deportationspläne erörtert wurden.<sup>98</sup>

Diese kalkulierten Tabubrüche und die anschließende Inszenierung als Opfer einer angeblichen Meinungsdictatur gehören zum festen Repertoire der AfD. Polarisierende politische Debatten, weiß die AfD für sich zu nutzen. Durch gezielte Provokationen und aggressive Rhetorik zieht die Partei immer wieder öffentliche Aufmerksamkeit auf sich. Gegenüber ihrer Wählerschaft gelingt es der AfD, andere Parteien als unfähig oder unglaubwürdig darzustellen, indem sie die parlamentarischen Prozesse blockiert.<sup>99</sup>

## Fazit

Der rechtsextreme Landesverband der AfD profitiert von einer hohen Sichtbarkeit sowohl im Digitalen als auch vor Ort, von einer verbreiteten Ablehnung bis Feindlichkeit gegenüber Fremden, von rassistischen und nationalistischen Positionen in der Bevölkerung, von einer zunehmenden Unzufriedenheit mit der Demokratie und von einem Vertrauensverlust in die Landes- und Bundesregierung. Gleichzeitig befeuert die AfD mit ihren kalkulierten Tabubrüchen und Attacken auf das vermeintliche Establishment, Asylsuchende, Migrantinnen und Migranten diese Einstellungsmuster. Die Politik der AfD und ihr Wahlkampf sind konkrete Gefährdungen für die demokratische Kultur und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Insofern ist es nicht allein der Wahlsieg der AfD, der bei Demokratinnen und Demokraten massive Sorge wecken muss. Es ist auch die mit dem Wahlkampf der AfD einhergehende Verschiebung und Verrohung des Diskurses, bei dem immer häufiger die Axt an die Grundfesten der Demokratie und Menschenwürde angelegt wird.

---

<sup>93</sup> Finn et al. 2024.

<sup>94</sup> Neu und Pokorny 2021.

<sup>95</sup> Deutschlandfunk 2024.

<sup>96</sup> Landesverband AfD-Thüringen 2024.

<sup>97</sup> Mastrobuoni 2024.

<sup>98</sup> Correctiv 2024; tagesschau 2024a.

<sup>99</sup> Heinze 2024b.

## 4. Parlamente

Mit der AfD ist eine rechtsextreme Partei die stärkste Kraft im Thüringer Landtag. Sie besitzt eine Sperrminorität und damit die Möglichkeit, Sach- und Personalentscheidungen zu ihren Gunsten zu erzwingen. Das gefährdet die Integrität und Funktionsfähigkeit wichtiger Institutionen.

Das bisherige Agieren der AfD im Landtag zeigt: Die Partei missachtet parlamentarische Gepflogenheiten. Ihre populistische Strategie lautet stattdessen Provozieren und Blockieren.

Demokratische Parteien stehen vor der Herausforderung, die Normalisierung rechtsextremer Politik zu verhindern und gleichzeitig das Opfernarrativ der AfD als illegitim ausgegrenzte Partei nicht zu bedienen. Allerdings zeichnet sich ein Trend zur Zusammenarbeit mit der AfD ab.

Die Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern, insbesondere auf kommunaler Ebene, haben besorgniserregende Ausmaße angenommen. Politisches Engagement und Bürgernähe werden dadurch erschwert. Das gefährdet eine wichtige Säule der Demokratie.

Am 26. September 2024 kam der Thüringer Landtag zur konstituierenden Sitzung zusammen. Den Warnungen zum Trotz, ein AfD-Alterspräsident könnte die Wahl eines Landtagspräsidenten oder einer Landtagspräsidentin aus den Reihen der demokratischen Parteien torpedieren,<sup>100</sup> hatten es die Parlamentarierinnen und Parlamentarier in der vorherigen Legislaturperiode versäumt, eine Mehrheit zu organisieren, um die Geschäftsordnung des Landtags wetterfest zu machen.<sup>101</sup> Es kam wie befürchtet: Die AfD wurde stärkste Kraft und stellte den Alterspräsidenten, der den nun eingebrachten Antrag, die Geschäftsordnung zu ändern, blockierte. Die Sitzung endete in einem Eklat. Erst nach dem Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshof gab der Alterspräsident seine Blockadehaltung auf. Die Geschäftsordnung konnte geändert und ein Landtagspräsident aus den Reihen der CDU gewählt werden.<sup>102</sup>

Diese Episode offenbart paradigmatisch, wie die AfD im Parlament agiert und vor welchen Schwierigkeiten die demokratischen Parteien im Umgang mit ihr stehen. Das folgende Kapitel widmet sich deshalb folgenden Fragen: Welche parlamentarischen Strategien verfolgt die AfD?<sup>103</sup> Wie gehen demokratische Parteien formal und inhaltlich mit ihr um?<sup>104</sup> Welche Gefahren und Gefährdungspotenziale ergeben sich daraus für die demokratische Kultur in den Parlamenten? Um diese Fragen schlaglichtartig zu beantworten, wird zunächst das Landesparlament in den Blick genommen und im Anschluss die kommunale Ebene beleuchtet. Ergänzend wird ein Überblick darüber gegeben, welchen Anfeindungen sich Amts- und Mandatsträger ausgesetzt sehen.

<sup>100</sup> Jaschinski et al. 2024.

<sup>101</sup> MDR Thüringen 2024d.

<sup>102</sup> MDR Thüringen 2024f.

<sup>103</sup> Beck et al. 2024, S. 9.

<sup>104</sup> Heinze 2020, S. 13.

### Parlamentarische Strategien der AfD

Das Verhalten der AfD im Thüringer Landtag in den vergangenen Legislaturperioden hat gezeigt: Sie scheint wenig daran interessiert, die parlamentarischen Gepflogenheiten zu respektieren, die das politische Geschäft am Laufen halten. Ihr bisheriges Agieren ist von Provokationen und Blockaden geprägt. Gesetzgeberisch konstruktiv aktiv ist sie kaum gewesen –<sup>105</sup> ganz im Sinne ihres Selbstverständnisses als „fundamentaloppositionelle Bewegungspartei“. <sup>106</sup> Institutionelle Schlupflöcher in der Verfassung nutzt sie zu ihrem eigenen Vorteil und um parlamentarischen Abläufen Steine in den Weg zu legen. <sup>107</sup> 2017 wurde beispielsweise der AfD-Politiker Stefan Möller nicht zum Vorsitzenden des Ausschusses für Migration, Justiz und Verbraucherschutz gewählt. Daraufhin blockierte die AfD monatelang die Wahl eines Stellvertreters für den Richterwahlausschuss. Um diese Pattsituation zu beenden und der andauernden Inszenierung der AfD als „Opfer“ der etablierten Parteien den Boden zu entziehen, wählten die demokratischen Parteien Möller schließlich doch. <sup>108</sup>

Es gehört zum Kalkül der AfD, sich auch im Parlament populistisch in Szene zu setzen. Wie sie zu diesem Zweck politische Unruhe stiftet und die parlamentarische Integrität untergräbt, zeigte sich besonders eindrücklich bei der Ministerpräsidentenwahl im Jahr 2020: Die AfD stellte einen eigenen Kandidaten auf, stimmte jedoch geschlossen für den FDP-Kandidaten Thomas Kemmerich, der daraufhin für kurze Zeit Ministerpräsident wurde. Dieses Manöver der AfD und das fragwürdige Agieren Kemmerichs schlug hohe Wellen über Thüringen hinaus in die Bundespolitik. <sup>109</sup>

Der Wahlsieg der AfD bei der Landtagswahl 2024 verschiebt das parteipolitische Kräfteverhältnis weiter zu ihren Gunsten. Mit 32 von 88 Parlamentssitzen besitzt die AfD eine Sperrminorität. Sie kann dadurch qualifizierte Mehrheitsentscheidungen blockieren: die Wahl neuer Verfassungsrichter und Verfassungsrichtern, <sup>110</sup> des (Vize-)Präsidenten des Landesrechnungshofes und der Mitglieder des Richterwahlausschusses. Auch Verfassungsänderungen werden nicht mehr ohne die Zustimmung der AfD möglich sein. Ebenso ist die Auflösung des Landtags, die aufgrund unsicherer Mehrheitsverhältnisse und schwieriger Regierungsbildung nicht ausgeschlossen ist, ohne Stimmen der AfD nicht möglich. <sup>111</sup>

Der Partei bieten sich dadurch neue Möglichkeiten, das parlamentarische Geschäft zu stören. Die Blockade bei der konstituierenden Sitzung, bei der der AfD-Alterspräsident seine formale Rolle für parteipolitische Zwecke instrumentalisierte und den parlamentarischen Prozess verfassungswidrig behinderte, <sup>112</sup> gibt einen Vorgeschmack darauf, wie die Partei weiter agieren könnte. Wenn die AfD ihre Sperrminorität nutzt, um diese Entscheidungen zu blockieren, kann sie im Landtag Personal- und Sachentscheidungen in ihrem Sinne erzwingen. <sup>113</sup> Eine solche Obstruktionspolitik gefährdet die Funktionsfähigkeit und Integrität zentraler Institutionen in Thüringen. Das Missachten der institutionellen Gepflogenheiten und Torpedieren der etablierten und anerkannten Entscheidungsverfahren untergräbt die demokratische Kultur im Parlament. Nicht zuletzt kann dies das ohnehin schwindende Vertrauen in die Landesregierung

---

<sup>105</sup> Schmidtke 2022, S. 142.

<sup>106</sup> Höcke 2017.

<sup>107</sup> Beck et al. 2024, S. 9.

<sup>108</sup> Heinze 2024a, S. 193.

<sup>109</sup> Möller et al. 2022, S. 65–70; Debes 2024, S. 205–206.

<sup>110</sup> Beck et al. 2024, S. 11.

<sup>111</sup> Leunig 2024, S. 453–454.

<sup>112</sup> Jaschinski et al. 2024.

<sup>113</sup> Beck et al. 2024, S. 11.



und die zunehmende Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie weiter verstärken.<sup>114</sup>

### **Strategien zum formalen Umgang mit der AfD**

Die demokratischen Parteien im Thüringer Landtag stehen folglich vor der Herausforderung: Wie umgehen mit einer rechtsextremen Partei, die sich populistischen Strategien und destabilisierenden Manövern bedient? Auf der formalen Ebene reichen die Handlungsoptionen vom strikten Ausgrenzen, punktuellen Dulden, legislativen Zusammenarbeiten, Tolerieren einer Minderheitsregierung bis hin zum Bilden einer Regierungskoalition.<sup>115</sup> Die demokratischen Parteien stehen dabei vor einem demokratiethoretischen und praktischen Dilemma: den politischen Einfluss einer rechtsextremen Partei zu begrenzen, die durch den Willen der Wählerinnen und Wähler demokratisch legitimiert ist.

Die AfD strikt auszugrenzen, spielt ihrer populistischen Anti-Establishment-Erzählung in die Hände. Nicht zuletzt wird dies durch formale Spielregeln erschwert, da mit dem Einzug in den Landtag parlamentarische Privilegien wie politische Ämter einhergehen. Vor diesem Hintergrund kam es in der vergangenen Legislaturperiode punktuell zur Duldung der AfD, indem auf formaler Ebene mit ihr zusammengearbeitet wurde: Nachdem folgenschweren Tabubruch, als Kemmerich 2020 die Wahl zum Ministerpräsidenten annahm,<sup>116</sup> wurde der AfD-Politiker Michael Kaufmann mit Stimmen aus den demokratischen Fraktionen zum Landtagsvizepräsident gewählt.<sup>117</sup> Zudem ernannte die AfD drei Ausschussvorsitzende und zwei stellvertretende Vorsitzende, die ebenfalls von demokratischen Parteien mit gewählt wurden.<sup>118</sup>

Auch auf legislativer Ebene kam bereits vereinzelt zur Zusammenarbeit: Im Jahr 2023 verabschiedeten CDU und FDP gemeinsam mit der AfD ein Gesetz zur Senkung der Grunderwerbsteuer<sup>119</sup> und zur Änderung des Waldgesetzes.<sup>120</sup> Bei einer Änderung der Kommunalordnung steht zumindest im Raum, ob die rot-rot-grüne Minderheitenregierung Stimmen von der AfD bekam. Sicher ist es hingegen beim Einsetzen des Untersuchungsausschusses 7/4 „Postenaffäre“.<sup>121</sup> Eine strikte „Brandmauer“ zur AfD besteht im Landtag nicht mehr.

Mit der AfD in einer Regierung zusammenzuarbeiten, schlossen alle relevanten demokratischen Parteien bereits im Vorfeld der Landtagswahlen 2024 aus.<sup>122</sup> Es ist folglich nicht zu erwarten, dass eine AfD-geführte (Minderheiten-)Regierung gebildet oder toleriert werden würde. Nichtsdestotrotz schreitet die parlamentarische Normalisierung der AfD voran: Einzelne Stimmen plädierten bereits öffentlichkeitswirksam dafür, gegenüber der Zusammenarbeit mit der rechtsextremen Partei offen zu sein.<sup>123</sup> Das BSW kündigte an, es würde bei inhaltlichen Überschneidungen mit der AfD legislativ zusammenarbeiten.<sup>124</sup> Die BSW-Vorsitzende Sahra Wagenknecht konnte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, dass in Thüringen CDU und FDP mit der AfD gemeinsam Gesetze verabschiedet hatten.<sup>125</sup>

<sup>114</sup> Siehe dazu Kapitel 1, S. 4.

<sup>115</sup> Heinze 2020, S. 44–50.

<sup>116</sup> Debes 2024, S. 205.

<sup>117</sup> Tagesspiegel 2020.

<sup>118</sup> Thüringer Landtag o. J.

<sup>119</sup> MDR Thüringen 2023e.

<sup>120</sup> RND 2023.

<sup>121</sup> tagesschau 2023.

<sup>122</sup> Klaus und Sondhauß 2024.

<sup>123</sup> Lobenstein und Modersohn 2024; Hummel und Taschke 2024, S. 6.

<sup>124</sup> Thüringer Allgemeine 2024b.

<sup>125</sup> Wagenknecht 2024.

Da sich die Mehrheitsverhältnisse nach der Landtagswahl 2024 nicht nur zugunsten der AfD verschoben haben, sondern auch insgesamt komplizierter geworden sind, muss auch in Zukunft im formalen Umgang der demokratischen Parteien mit der AfD mit punktuellen Duldungen und legislativen Kooperationen gerechnet werden. Mitunter soll damit die Blockadestrategie der AfD aufgebrochen werden. Grundsätzlich wohnen jedoch beiden Umgangsformen Gefahren für die demokratische Kultur inne: Die Partei und ihre rechtsextremen Positionen werden durch die Zusammenarbeit normalisiert und legitimiert. Sie gewinnt durch legislative Kooperationen sukzessive an politischer Gestaltungsmacht. Zudem können Teile der demokratischen Zivilgesellschaft das Vertrauen in jene Parteien verlieren, die mit der AfD kooperieren.

### **Strategien zum inhaltlichen Umgang mit der AfD**

Die Optionen der demokratischen Parteien, wie sie mit der Thüringer AfD inhaltlich umgehen können, bewegen sich zwischen Ignorieren, Dämonisieren, Entschärfen, Debattieren und dem Übernehmen von Positionen.<sup>126</sup> Eine im Parlament etablierte Partei, wie die AfD in Thüringen, zu ignorieren, ist längst nicht mehr möglich. Auch der Strategie, sich fortwährend über die AfD zu empören, kehren die demokratischen Abgeordneten zunehmend den Rücken.<sup>127</sup> Das Entschärfen, indem den Themen der AfD nur wenig Raum in der parlamentarischen Debatte gegeben wird, war längstens handlungsleitend. Inzwischen verfolgen die Abgeordneten häufiger eine Strategie der inhaltlichen Konfrontation: Indem argumentative Fehlschlüsse aufgedeckt werden, soll die AfD entzaubert werden. Diese Absicht spielte auch eine Rolle beim TV-Duell zwischen Mario Voigt und Björn Höcke im Vorfeld der Landtagswahlen. Unabhängig davon, welcher Kandidat in der Debatte überzeugender argumentiert haben mag, konnte die AfD die mediale Plattform für eine positive Selbstinszenierung zu nutzen.<sup>128</sup> Öffentliche Debatten dieser Art bieten ihr eine Plattform, um rassistische und antidemokratische Inhalte zu verbreiten. Zudem können Ausschnitte im Nachgang online vervielfältigt werden. Eine Studie zeigt, dass eine erhöhte mediale Aufmerksamkeit sich positiv auf das Wahlergebnis rechtspopulistischer Parteien auswirkt.<sup>129</sup>

Weiter ist zu beobachten: Einige Parteien nähern sich den Positionen der AfD an. Nicht selten steht dahinter die Hoffnung, dadurch Wählerinnen und Wähler zurückzugewinnen und der Partei das Protestpotenzial zu entziehen.<sup>130</sup> In Thüringen besteht inhaltliche Nähe zum einen zwischen CDU und AfD,<sup>131</sup> zum anderen ähneln sich die Positionen von AfD und BSW in der Klima-, Innen- und Teilen der Gesellschaftspolitik.<sup>132</sup> Ob aber die Übernahme von Kernthemen der rechtsextremen Partei dazu führt, dass Wählende zurückgewonnen werden können, ist zu bezweifeln: Die starke Bindung der Wählerinnen und Wähler an die AfD basiert nicht allein auf inhaltlicher Zustimmung, sondern auch auf populistischen Einstellungen. Umso stärker letztere sind, desto weniger Effekt hat es, wenn sich andere Parteien der AfD inhaltlich annähern.<sup>133</sup> Nicht zuletzt konnte gezeigt werden, dass eine restriktivere Migrationspolitik der traditionellen Parteien die elektoralen Erfolge rechtspopulistischer Parteien kaum schmälert. Im Gegenteil: Wählerinnen und Wähler tendieren eher dazu, sich für das „Original“ zu entscheiden.<sup>134</sup> Demgegenüber steht die Gefahr, dass die inhaltliche Annäherung nicht nur die Inhalte

---

<sup>126</sup> Heinze 2020, S. 44; 50-54

<sup>127</sup> Heinze 2024b.

<sup>128</sup> Lewandowsky 2024, S. 264.

<sup>129</sup> Berning et al. 2019, S. 93.

<sup>130</sup> Heinze 2020, S. 54.

<sup>131</sup> Fratzscher 2023, S. 6.

<sup>132</sup> Fratzscher 2024, S. 2–5.

<sup>133</sup> Lewandowsky und Wagner 2023.

<sup>134</sup> Krause et al. 2023, S. 178.

und Ideologien der extremen Rechten normalisiert, sondern letztlich auch politisch in die Praxis umsetzt.

### **Umgang mit rechtsextremen Parteien auf kommunaler Ebene**

Auch auf kommunaler Ebene stehen die demokratischen Parteien vor ähnlichen Herausforderungen im Umgang mit der AfD wie im Landtag. Wie steht es in den kommunalen Vertretungskörperschaften um die viel beschworene „Brandmauer“? Zwischen 2019 und 2023 lassen sich in Thüringen mindestens 28 Fälle nachweisen, bei denen demokratische Parteien mit der rechtsextremen AfD und der rechtsextremen Wählervereinigung Bündnis Zukunft Hildburghausen zusammenarbeiteten. Dabei handelte es sich meist um gemeinsames Abstimmungsverhalten bei Initiativen der AfD, in wenigen Fällen um gemeinsame Personalentscheidungen und einmalig um die Bildung einer gemeinsamen Fraktion. Besonders häufig kam es im Stadtrat Nordhausen (9) und im Kreistag Sonneberg (7) zu Kooperationen.<sup>135</sup>

Derlei kommunalpolitische Kooperationen feiert die AfD öffentlichkeitswirksam, wie Fallstudien aus Sachsen-Anhalt zeigen. Sie kann sich dadurch als lokale Kümmerin um die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger inszenieren. Gleichzeitig hält sie ihre rechtsextremen Positionen bewusst im Hintergrund, um sich harmloser zu präsentieren, als sie tatsächlich ist. Die Normalisierung der Partei „von unten“ schreitet so weiter voran.<sup>136</sup> Bei den Kommunalwahlen in Nordhausen und Sonneberg im Jahr 2023 machte sich der politische Geländegewinn durch die vorangegangenen Kooperationen bemerkbar: Während in Nordhausen vor allem eine Kraftanstrengung der demokratischen Zivilgesellschaft den Wahlsieg des AfD-Kandidaten knapp verhindern konnte, wählten die Menschen im Kreis Sonneberg den bundesweit ersten AfD-Landrat.<sup>137</sup>

Nach den Kommunalwahlen 2024 können in Thüringen weiterhin in allen Kreistagen und Stadträten Mehrheiten ohne die AfD gebildet werden. In 13 von 22 Landkreisen bzw. kreisfreien Städten bedarf es dafür jedoch der spektrumübergreifenden Zusammenarbeit aller demokratischen Parteien. Angesichts dieser Hürde wird es wohl auch weiterhin zu Kooperationen mit der AfD kommen. Kommunalpolitik sollte jedoch nicht pauschal als vermeintlich neutrale Sachpolitik entpolitisiert werden. Auch Entscheidungen in Gemeinde- und Stadträten oder Kreistagen können normative Fragen berühren.<sup>138</sup> Nicht zuletzt kann davon eine Signalwirkung „nach oben“ – in den Landtag – ausgehen, wo die „Brandmauer“ ohnehin bröckelt.

Kooperationen zwischen demokratischen mit rechtsextremen Parteien tragen folglich sowohl auf Kommunal- als auch Landesebene zur Normalisierung der Akteure und Inhalte der extremen Rechten bei. Die Zusammenarbeit mit demokratischen Parteien bietet der AfD die Möglichkeit, an Sichtbarkeit und Einfluss zu gewinnen. Sie kann sich dadurch bei (potenziellen) Wählerinnen und Wählern profilieren und als kompetente, sich kümmernde Partei darstellen. Damit erscheint sie harmloser, als ihre völkisch-nationalistische Ideologie tatsächlich ist. Im Ergebnis führt dies zu einer Desensibilisierung der Öffentlichkeit gegenüber ihr und ihren Ideen.<sup>139</sup> Diesem Prozess der Normalisierung der AfD wohnt eine Gefährdung der demokratischen Kultur inne.

<sup>135</sup> Hummel und Taschke 2024, S. 12, 30-31.

<sup>136</sup> Dietze et al. 2024, S. 15.

<sup>137</sup> Steiner und Salheiser 2024.

<sup>138</sup> Hummel und Taschke 2024, S. 6.

<sup>139</sup> Dietze et al. 2024, S. 27.

## **Anfeindungen gegenüber Amts- und Mandatsträgerinnen und -trägern**

Neben der Normalisierung der extrem rechten AfD bedroht ein zunehmend aufgeheiztes und polarisiertes Klima die demokratische Kultur in den Parlamenten und insbesondere in den kommunalen Vertretungskörperschaften. Laut dem Kommunalen Monitoring von motra hat Stand Herbst 2023 mehr als jeder Dritte der befragten Bürgermeister und Landrätinnen (38 Prozent) Anfeindungen erlebt. Amtspersonen in Ostdeutschland waren dabei signifikant stärker betroffen als in Westdeutschland. 83 Prozent der Betroffenen leiden unter psychischen und physischen Folgen der Anfeindungen. Etwa jede zehnte befragte Person erwägt, nicht mehr zur Wahl anzutreten oder das Mandat niederzulegen.<sup>140</sup> In Thüringen wurden im Jahr 2023 insgesamt 347 politisch motivierte Straftaten registriert, die sich gegen Amts- und Mandatsträger richteten. Zu den häufigsten Delikten zählten in absteigender Reihenfolge: Beleidigungen, Sachbeschädigungen, Nötigungen, Bedrohungen und Volksverhetzung. Während 62 Fälle dem rechten und 83 dem linken Spektrum zugeordnet wurden, fiel der Großteil der Delikte (199) in den Phänomenbereich „sonstige Zuordnung“.<sup>141</sup> In einer Studie des IDZ aus dem Jahr 2022 gaben über die Hälfte der Befragten aus Kommunalpolitik und Verwaltung an, in den letzten fünf Jahren persönliche Anfeindungen oder Angriffe erlebt zu haben. Mehr als jede Zweite befragte Person berichtete, dass sich die Anfeindungen während der Corona-Pandemie verstärkten. In knapp einem Drittel der Fälle vermuteten die Angegriffenen Rechtsextremismus als Motiv. Insbesondere fielen Reichsbürgerinnen und Reichsbürger durch Anfeindungen und Drohungen gegenüber der Verwaltung auf.<sup>142</sup>

Diese Anfeindungen und Angriffe stellen eine erhebliche Gefahr für die Demokratie dar. Die kommunalen Mandatsträger, die größte Gruppe unter den Volksvertreterinnen und -vertretern in Deutschland,<sup>143</sup> bilden ein wichtiges Fundament der parlamentarischen Demokratie. Sie ermöglichen Bürgernähe, was sich positiv auf das Vertrauen in die Demokratie und die Legitimität des politischen Systems auswirkt.<sup>144</sup> Die vor Ort gelebte Demokratie ist die „Keimzelle für demokratisches Regieren im gesamten Staat.“<sup>145</sup> Doch die Aggressionen gegenüber den Amts- und Mandatsträgern, von denen auf kommunaler Ebene nicht wenige ehrenamtlich tätig sind, erschweren das ohnehin nicht leichte Unterfangen, Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, (partei-)politische Verantwortung in Parlamenten oder Vertretungskörperschaften zu übernehmen.<sup>146</sup> Diese für die parlamentarische Demokratie so essenzielle Partizipation darf nicht durch Angst beeinträchtigt oder gar verhindert werden.

## **Fazit**

Der politische Erfolg und die fortschreitende Normalisierung der AfD in Thüringen stellen eine ernstzunehmende Gefahr für die Integrität und die Funktionsfähigkeit zentraler Institutionen und der Entscheidungsverfahren der parlamentarischen Demokratie dar. Die AfD ist seit 2024 nicht nur stärkste Kraft im Thüringer Landtag, sondern besitzt auch eine Sperrminorität. Dadurch erweitern sich ihre strategischen Optionen, das parlamentarische Geschäft und den demokratischen Prozess zu stören, zu blockieren oder zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die demokratischen Parteien stehen vor der Herausforderung, angemessene Strategien im

---

<sup>140</sup> Bitschnau und Eberspach 2024.

<sup>141</sup> Thüringer Landtag 2024a.

<sup>142</sup> Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 2023.

<sup>143</sup> Alin et al. 2021.

<sup>144</sup> Holtmann et al. 2017.

<sup>145</sup> Holtmann et al. 2017; vgl. Reiser et al. 2024.

<sup>146</sup> Laut dem THÜRINGEN-MONITOR 2023 arbeiteten lediglich 20 Prozent der Befragten in einer Partei mit oder konnten sich dies vorstellen. Das ist der drittniedrigste Wert, der bisher gemessen wurde. Reiser et al. 2024, S. 83.

Umgang mit der AfD zu entwickeln und konsequent auf allen Ebenen zu implementieren. Demgegenüber steht ein Trend zur Kooperation, sowohl auf kommunaler als auch Landesebene. Das führt zur Normalisierung der AfD, ihrer Vertreterinnen und Vertreter und Inhalte. Darüber hinaus bedrohen Anfeindungen gegen Amts- und Mandatsträger die Kultur der parlamentarischen Demokratie. Sie erschweren und verhindern mitunter politische Partizipation.

## 5. Demokratische Zivilgesellschaft

Diskriminierung erschwert Partizipation und Teilhabe. Im digitalen Raum wurden für 2023 über 300 Vorfälle politisch motivierter Hassrede in Thüringen registriert.

Rassistische Gewalt und antisemitische Vorfälle haben einen Höchststand erreicht.

Zivilgesellschaftlich Engagierte sehen sich rechtsextremen Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt ausgesetzt. Es droht ein Rückzug Aktiver und Abwanderung von migrantisierten Personen.

Zivilgesellschaftliche Organisationen ringen mit einer prekären Finanzierung und mit politischen Diskreditierungsversuchen.

Im Sommer 2023 wurde in Sonneberg erstmals ein AfD-Politiker zum Landrat gewählt. Zeitgleich entwickelte sich der Landkreis zu einem Hotspot rechtsextremer Gewalttaten, die sich im Vergleich zum Vorjahr verfünffachten. Laut der Betroffenenberatungsstelle ezra gingen die Angreifenden zum Teil äußerst organisiert vor, etwa bei Attacken auf eine Unterkunft für Geflüchtete oder auf eine Veranstaltung eines Kulturvereins.<sup>147</sup> Zudem sind in diesem Landkreis die ablehnenden und feindlichen Einstellungen gegenüber migrantisierten Personen besonders hoch.<sup>148</sup> Diese Entwicklungen haben nicht zuletzt direkte Auswirkungen auf zivilgesellschaftliches Engagement: Die ehrenamtliche „Ausländerbeauftragte“ im Landkreis legte ihre Arbeit nieder, da eine Zusammenarbeit mit dem Landratsamt nicht mehr möglich gewesen sei.<sup>149</sup> Die seit elf Jahren bestehende Gruppe „Sonneberg gegen Nazis“ löste sich nach Anfeindungen bis hin zu Morddrohungen auf.<sup>150</sup>

In Sonneberg lässt sich wie unter einem Brennglas eine besorgniserregende Dynamik aus politischem Geländegewinn der AfD, einem Anstieg rechtsextremer Gewalt und der Verdrängung zivilgesellschaftlich Engagierter beobachten. Im Folgenden soll deshalb beleuchtet werden, vor welchen Herausforderungen die demokratische Zivilgesellschaft in Thüringen steht und ob sich eine ähnliche Entwicklung auch im Freistaat beobachten lässt: Welche Hürden erschweren die gesellschaftliche Teilhabe und politische Partizipation? Mit welchen Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffen sind zivilgesellschaftlich Aktive konfrontiert? Und welche Folgen kann das haben?

### Warum bedarf es einer starken demokratischen Zivilgesellschaft?

Eine lebendige demokratische Zivilgesellschaft ist essenziell für die demokratische Kultur. Sie ermöglicht es Bürgerinnen und Bürgern, sich jenseits staatlicher Strukturen zu engagieren, Positionen zu artikulieren und Interessen zu vertreten. Auf diese Weise wirkt sie am politischen Entscheidungsprozess mit. Sie fungiert als Korrektiv für staatliche und wirtschaftliche Entwicklungen, indem sie politische Entscheidungen hinterfragt und Missstände aufdeckt.<sup>151</sup>

Vielfalt gehört zum Wesenskern einer demokratischen Zivilgesellschaft. Zu ihr gehören Menschen unterschiedlichster Biografien und Lebenserfahrungen, die sich in einem breiten Spektrum von Organisationen engagieren, vom Kleingartenverein über die freiwillige

<sup>147</sup> Lauß und Zobel 2024, S. 14–15.

<sup>148</sup> Siehe Kapitel 1, S. 4

<sup>149</sup> Stern 2024.

<sup>150</sup> Litschko 2024.

<sup>151</sup> Strachwitz et al. 2020.

Feuerwehr bis hin zur migrantischen Selbstorganisation. Das zivilgesellschaftliche Engagement ist dabei stets am Gemeinwohl orientiert und findet sowohl im analogen als auch digitalen Raum statt.<sup>152</sup>

Als „Träger gesellschaftlichen Wandels und Seismograph von Veränderungen“<sup>153</sup> birgt die demokratische Zivilgesellschaft Innovationspotenzial: Vor Ort reagieren Engagierte rasch auf akut werdende Bedarfe und Probleme.<sup>154</sup> Sie schaffen Räume für Austausch und Dialog, fördern den gesellschaftlichen Zusammenhalt und tragen so dazu bei, dass Werte wie Respekt und Pluralismus nicht nur politisch, sondern auch gesellschaftlich und im Alltag verankert sind.<sup>155</sup> Wo viele Menschen sich für die Demokratie engagieren, haben es antidemokratische Strömungen und rechtsextreme Akteure schwer.<sup>156</sup> Auf diese Weise schützen zivilgesellschaftlich Aktive die demokratische Kultur vor ihren Gefährdungen. Sie bilden das Rückgrat der Demokratie.

### Diskriminierung als Hürde für Engagement und Teilhabe

Die demokratische Zivilgesellschaft steht vor vielfältigen Herausforderungen. Zum einen steht sie vor dem „Problem der Beständigkeit“:<sup>157</sup> Freiwilliges Engagement erfolgt in vielen Fällen spontan und abseits etablierter Strukturen,<sup>158</sup> sodass es an wenigen Schlüsselpersonen liegt, die nötigen Beteiligungsstrukturen aufrechtzuerhalten.<sup>159</sup> Zum anderen wird die Teilhabe und Partizipation von zahlreichen Menschen durch Vorurteile erschwert, die sich in Diskriminierung bis hin zu Gewalt äußern können. Beispielsweise wirken die verbreitete Ablehnung und Feindlichkeit gegenüber Migrantinnen und Migranten deren Engagement entgegen.<sup>160</sup> Wenn eine migrantisierte Person in einem Verein auf Vorurteile stößt, wird sie sich dort eher nicht mehr einbringen. Das ist ein flächendeckendes Problem. Migrantisierte Personen sind weitaus seltener engagiert.<sup>161</sup> Zudem klagen migrantische Selbstorganisationen über fehlende Anerkennung und Hürden bei der Fördermittelakquise.<sup>162</sup>

Diskriminierung ist nicht nur im analogen Raum, sondern auch im digitalen eine Gefährdung der demokratischen Kultur. Thüringen-spezifische Daten zur Online-Diskriminierung liefert elly, eine im Sommer 2023 eingerichtete Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech: Im ersten Jahr ihres Bestehens setzte elly 189 Beratungs- und Unterstützungsleistungen um und registrierte 319 Meldungen zu politisch motivierter Hassrede. In den meisten Fällen richteten sich die Anfeindungen und Hassbotschaften gegen politische Gegnerinnen und Gegner (253), gefolgt von sexistischen (80), antisemitischen (37) und rassistischen Vorfällen (30). Elly geht jedoch davon aus, dass die Dunkelziffer weitaus höher liegt.<sup>163</sup> In einer bundesweiten, repräsentativen Studie von 2024 gaben 15 Prozent der Befragten an, selbst bereits von Hass im Netz betroffen gewesen zu sein – insbesondere junge Frauen, migrantisierte Personen und Menschen mit homo- oder bisexueller Orientierung. Eine Mehrheit der Befragten stellte zudem

<sup>152</sup> Kausmann et al. 2019, S. 55–56; Becker et al. 2020, S. 9–15.

<sup>153</sup> Zimmer 2007, S. 44.

<sup>154</sup> Zimmer 2007.

<sup>155</sup> Evers 2020.

<sup>156</sup> Berg und Üblacker 2020, S. 9-15, 13.

<sup>157</sup> Grande 2021, S. 172; Streitberger 2023.

<sup>158</sup> Simonson et al. 2022, S. 185.

<sup>159</sup> Ebert et al. 2013.

<sup>160</sup> Siehe Kapitel 2, S. 15

<sup>161</sup> Simonson et al. 2022, S. 321.

<sup>162</sup> Klie 2022, S. 403; Streitberger 2023.

<sup>163</sup> Auskunft von elly – Beratungsstelle für Betroffene von Hatespeech in Thüringen, 12. September 2024.

fest, dass der Hass im Netz zunimmt. Die Wirkung davon ist ähnlich wie im analogen Raum: (Potenziell) Betroffene ziehen sich aus dem demokratischen Diskurs zurück.<sup>164</sup>

Diskriminierung stellt jedoch nicht allein im Hinblick auf politische Partizipation und gesellschaftliche Teilhabe eine Gefährdung für die demokratische Kultur dar. Sie steht auch den Grundwerten einer pluralen Gesellschaft entgegen und verletzt die Menschenwürde. Die Gefahr, die von ihr ausgeht, wird noch einmal virulenter, wenn sie sich in gewalttätige An- und Übergriffe übersetzt.

### **Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt**

Die Beratungsstelle ezra verzeichnet in Thüringen seit 2022 eine Verschärfung der rechten, rassistischen und antisemitischen Gewalt: Im Jahr 2022 wurden 186 Gewalttaten registriert, 2023 176 – ein deutlicher Anstieg gegenüber den Vorjahren. Insbesondere die rassistische Gewalt hat einen besorgniserregenden Höchststand erreicht: Im vergangenen Jahr kam es zu 106 Angriffen mit mindestens 210 Betroffenen. Auch antisemitische Gewalttaten nahmen deutlich zu.<sup>165</sup> Die Recherche- und Informationsstelle (RIAS) Thüringen meldete ebenfalls einen drastischen Anstieg mit insgesamt 297 antisemitischen Vorfällen im Jahr 2023 (2022: 243), wobei nahezu die Hälfte davon nach dem 7. Oktober 2023 gemeldet wurde.<sup>166</sup>

Häufig richten sich rechtsextreme Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe gegen zivilgesellschaftliche Akteure, die nicht in ein rechtsextremes Weltbild passen. Die BEWARE-Studie, eine bundesweite Befragung von Personen, die sich ehren- oder hauptamtlich in Demokratieprojekten und gegen Rechtsextremismus engagieren, zeigt: Vier von fünf Befragten haben im Rahmen ihrer Tätigkeit bereits Bedrohung erlebt, 8 Prozent wurden sogar mit dem Tod bedroht. Besonders vulnerabel erweisen sich Engagierte im ländlichen Raum, wo es an Anonymität und Rückzugsmöglichkeiten fehlt.<sup>167</sup>

In Thüringen dokumentierte ezra für das Jahr 2023 insgesamt 50 Angriffe gegen politische Gegnerinnen, Journalisten, politische Verantwortungsträgerinnen und LGBTQI\*.<sup>168</sup> Folgende Beispiele illustrieren die Art der jüngsten Angriffe und Anfeindungen: Im November 2023 wurde ein MDR-Reporter am Rande einer AfD-Veranstaltung in Plothen beschimpft und körperlich angegriffen.<sup>169</sup> Im Landkreis Gotha verübten Unbekannte Anfang 2024 ein Brandanschlag auf das Haus eines SPD-Politikers, nachdem er eine Demonstration gegen Rechtsextremismus organisiert hatte.<sup>170</sup> Im ländlichen Raum sind Personen, die Christopher Street Days (CSD) organisieren oder daran teilnehmen, oft Bedrohungen ausgesetzt.<sup>171</sup> Zuletzt kam es in Eisenach auch zu einer Gegendemonstration gegen den CSD.<sup>172</sup> Dort versuchte auch die rechtsextreme Kampfsportgruppe „Knock Out 51“ in den vergangenen Jahren, sich mittels brutaler Gewalt gegen Linke und Polizei als „Ordnungsmacht“ zu etablieren.<sup>173</sup> All diese Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe zielen darauf ab, Menschen, die für Demokratie, Gleichberechtigung oder kritische Berichterstattung eintreten, einzuschüchtern.

---

<sup>164</sup> Lukas und Ickstadt 2024.

<sup>165</sup> ezra 2024.

<sup>166</sup> Zielinski 2024.

<sup>167</sup> Leber et al. 2024, S. 3. Während in West- und Ostdeutschland gleich häufig von Bedrohungen berichtet wird, sind die ostdeutschen Befragten häufiger mit körperlicher Gewalt, Sachbeschädigung und rechtsextremen Raumnahmen konfrontiert.

<sup>168</sup> ezra 2024.

<sup>169</sup> MDR Thüringen 2023c.

<sup>170</sup> Decker 2024.

<sup>171</sup> Schreiber und Schestak-Haase 2024, S. 57.

<sup>172</sup> MDR Thüringen 2024b.

<sup>173</sup> Rath 2024, Siehe auch Kapitel 2, S. 15.



Auch die Erinnerungskultur sieht sich Anfeindungen ausgesetzt. Der Thüringer AfD-Vorsitzende Björn Höcke, der bereits 2017 eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ forderte,<sup>174</sup> wurde zuletzt für das Verwenden der verfassungsfeindlichen Parole der nationalsozialistischen Sturmabteilung verurteilt.<sup>175</sup> Im Wahlprogramm der AfD Thüringen zur Landtagswahl wurde mit dieser Parole nicht nur kokettiert; dem Programm wurde auch ein Gedicht eines Dichters aus dem völkischen Vorfeld des Nationalsozialismus vorangestellt.<sup>176</sup> Neben diesen Versuchen auf politischer Ebene, den Nationalsozialismus zu verharmlosen oder sich gar positiv auf ihn zu beziehen, sieht sich die Gedenkstättenlandschaft zunehmend im Arbeitsalltag mit Bedrohungen konfrontiert: Seit 2019 wurden in Thüringen 121 „rechte Vorfälle an Gedenkstätten“ dokumentiert – bundesweit der höchste Pro-Kopf-Wert. Die Gedenkstätte Buchenwald registrierte für 2023 36 Vorfälle und bis Mitte August 2024 33 weitere. Bei knapp der Hälfte nimmt sie einen rechtsextremen Hintergrund an.<sup>177</sup> Mitarbeitende sind mittlerweile beinahe täglich Schmierereien, Drohanrufen und Hassmails ausgesetzt.<sup>178</sup>

Die polizeilich erfassten Zahlen der politisch motivierten Gewalttaten unterstreichen, welche Gefahr vom Rechtsextremismus ausgeht: In den Jahren 2022 und 2023 wurde in Thüringen durchschnittlich alle vier Tage ein Gewaltdelikt verübt, das dem Phänomenbereich „rechts“ zugeordnet wurde – weit mehr als in den anderen Phänomenbereichen.<sup>179</sup> Die hohe Gewaltbereitschaft bei Rechtsextremen spiegelte sich auch im THÜRINGEN-MONITOR 2022 wider: Sechs Prozent derjenigen, die sich ideologisch „ganz rechts“ einordneten, gaben an, sie hätten schon Gewalt angewendet, während 18 Prozent es sich vorstellen können.<sup>180</sup>

### **Rechtsextreme Raumgewinne**

Diskriminierung, Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalt schaffen ein Klima der Angst. Ohne staatliche Intervention, zivilgesellschaftliche Solidarität sowie professionelle Beratung und Unterstützung für die Betroffenen und Engagierten führt dies mitunter dazu, dass migrantisierte Personen bestimmte Regionen meiden, zivilgesellschaftliche Aktive sich zurückziehen und Medienschaffende über bestimmte Themen nicht mehr berichten.<sup>181</sup>

Wie die eingangs geschilderte Entwicklung in Sonneberg veranschaulicht, scheinen sich die Normalisierung des Rechtsextremismus in der Politik – sei es auf kommunaler oder auch auf Landesebene –,<sup>182</sup> die wachsenden Ressentiments gegenüber Migrantinnen und Migranten und das stabil hohe Niveau an rechtsextremen Einstellungen<sup>183</sup> sowie die Gewalt durch rechtsextreme Akteure wechselseitig günstig zu beeinflussen: Hasskriminalität nimmt insbesondere dort zu, wo Angreifende auf eine breite Unterstützung in der Bevölkerung zählen können. Dabei ist die Befürwortung von Gewalt gegen Geflüchtete unter der AfD-Wählerschaft weit

<sup>174</sup> dpa 2017.

<sup>175</sup> Deutschlandfunk 2024.

<sup>176</sup> Landesverband AfD-Thüringen 2024

<sup>177</sup> Dietrich et al. 2024.

<sup>178</sup> Schreiber und Schestak-Haase 2024, S. 57; MDR Thüringen 2024a Mit zahlreichen Bedrohungen war auch der Stiftungsdirektor der Gedenkstätte konfrontiert, nachdem er vor den Landtagswahlen 2024 einen Brief an Thüringer Wahlberechtigte über 65 Jahren versandt hatte, in dem er aufgrund des AfD-Geschichtsverständnisses in Hinblick auf den Nationalsozialismus vor deren Wahl gewarnt hatte (MDR Thüringen 2024a).

<sup>179</sup> 2023 erfasste die Polizei insgesamt 162 Fälle politisch motivierter Gewaltkriminalität: 93 rechts, 24 links, 6 ausländische Ideologie, 3 religiöse Ideologie und 36 sonstige Zuordnung (Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales 2024).

<sup>180</sup> Reiser et al. 2023, S. 73.

<sup>181</sup> Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) 2024, S. 117.

<sup>182</sup> Kapitel 4, S. 30

<sup>183</sup> Kapitel 1, S. 4

verbreitet.<sup>184</sup> Eine Prüfung statistischer Zusammenhänge auf Basis der Daten der Mitte-Studie zeigt, dass beinahe jeder vierte Anhänger der AfD politische Gewalt eindeutig billigt – weit mehr als bei den anderen Parteien.<sup>185</sup>

Zu den Auswirkungen dieser besorgniserregenden Dynamik gehört, dass fast jede zehnte Person mit Migrationshintergrund angesichts der AfD-Erfolge erwägt, aus Deutschland auszuwandern. Für den Fall, dass die AfD im eigenen Bundesland in die Regierung kommt, denken 12,5 Prozent über einen Umzug in ein anderes Bundesland nach.<sup>186</sup> Laut der BEWARE-Studie erwägen sieben Prozent der befragten Engagierten in Ostdeutschland, ihre Demokratiearbeit zu beenden. Jede zehnte Person gibt zudem an, in Folge rechtsextremer Bedrohungen körperlich und emotional erkrankt zu sein.<sup>187</sup>

### **Strukturelle und politische Herausforderungen**

Die demokratische Zivilgesellschaft ist jedoch nicht nur mit rechtsextremen Anfeindungen, Bedrohungen und Gewalttaten konfrontiert. Sie steht auch vor strukturellen und politischen Hürden, die die Arbeit von Demokratieprojekten und das bürgerschaftliche Engagement für Demokratie erschweren.

Die prekäre finanzielle Situation ist eine der zentralen Herausforderungen, mit der viele Initiativen und Träger beständig zu ringen haben. Sie sind auf öffentliche Gelder angewiesen.<sup>188</sup> Allerdings ist sowohl die Verlässlichkeit als auch die Höhe der Förderung unzureichend. Zivilgesellschaftliche Organisationen in Thüringen blickten in den letzten Jahren stets mit großer Sorge auf die Verhandlungen zum Landeshaushalt:<sup>189</sup> Dabei wurden nicht nur Kürzungen diskutiert und mitunter auch beschlossen,<sup>190</sup> sondern Einigungen auch erst kurz vor Jahresende erzielt.<sup>191</sup> Zum Jahreswechsel 2023/24 kam verschärfend die Haushaltskrise auf Bundesebene hinzu.<sup>192</sup> Eine Besserung scheint nicht in Sicht: Die neuen Mehrheitsverhältnisse im Landtag erschweren eine Regierungsbildung und lassen einen Haushaltsbeschluss in diesem Jahr unwahrscheinlich werden. Überdies ist es ungewiss, ob die in Aussicht gestellte langfristige Absicherung durch das Demokratiefördergesetz kommen wird.<sup>193</sup>

Diese finanzielle Planungsunsicherheit erschwert beispielsweise die nachhaltige Arbeit der Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum Thüringens.<sup>194</sup> Zusätzlich befürchten viele Engagierte, dass Fördermittel für Demokratieprojekte durch das Erstarken der AfD gekürzt werden könnten – insbesondere bei Projekten, die sich gegen Rechtsextremismus einsetzen.<sup>195</sup> So fordert die Thüringer AfD in ihrem Wahlprogramm, das Landesprogramm für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit abzuschaffen.<sup>196</sup>

Außerdem sieht sich die demokratische Zivilgesellschaft zunehmend mit politischen Interventionen konfrontiert, die laut der BEWARE-Studie in ihrer Intensität zugenommen haben. Dabei werden Instrumente der demokratischen und juristischen Kontrolle genutzt, um die Demokratiearbeit zu diskreditieren. Dies kann vom Anzweifeln der Gemeinnützigkeit bis hin zu

---

<sup>184</sup> Dancygier 2023.

<sup>185</sup> Zick und Eden 2024, S. 8–9.

<sup>186</sup> Zajak et al. 2024, S. 2.

<sup>187</sup> Leber et al. 2024, S. 8–9.

<sup>188</sup> Zur Finanzierung der Zivilgesellschaft siehe Priemer et al. 2019.

<sup>189</sup> Thüringer Appell 2022.

<sup>190</sup> Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft 18.12.2023.

<sup>191</sup> MDR Thüringen 2023d.

<sup>192</sup> Meisner 2023.

<sup>193</sup> Lautsch 2024; Dankbar 2024.

<sup>194</sup> Menacher und Dieckmann 2024.

<sup>195</sup> tagesschau 2024c.

<sup>196</sup> Landesverband AfD-Thüringen 2024, S. 115.

parlamentarischen Anfragen zur Ausrichtung und Finanzierung von Organisationen reichen. Etwa zwei Drittel der Befragten berichten, von derlei Interventionen schon einmal betroffen gewesen zu sein.<sup>197</sup> Im Thüringer Landtag nutzte die AfD in der Vergangenheit häufig kleine Anfragen, um zivilgesellschaftliche Akteure zu diskreditieren.<sup>198</sup> Auch eine Fragestellung des Untersuchungsausschuss 7/3 „Politisch motivierte Gewaltkriminalität“ kann als politische Intervention bewertet werden: Unter anderem sollte untersucht werden, ob öffentliche Fördergelder an zivilgesellschaftliche Akteure geflossen seien, die Gewaltkriminalität billigen oder begünstigen. Dieser Verdacht bestätigte sich jedoch nicht.<sup>199</sup>

Das Zusammenspiel aus politischen Interventionen und prekärer Finanzierungslage engt den Handlungsspielraum der demokratischen Zivilgesellschaft ein. Diese Bedingungen stehen nachhaltigem und langfristigem Engagement sowie der Professionalisierung entgegen.

### **Fazit**

Die demokratische Zivilgesellschaft steht von verschiedenen Seiten unter Druck. Diskriminierungserfahrungen erschweren die Partizipation und Teilhabe sowohl im digitalen als auch im analogen Raum. Rechtsextreme, rassistische und antisemitische Gewalt und antisemitische Vorfälle haben deutlich zugenommen. Selbst die Erinnerungskultur sieht sich in wachsendem Maße Anfeindungen ausgesetzt. Diese Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe schaffen ein Klima der Angst. Dies hat bereits zur Folge, dass zivilgesellschaftliche Engagierte ihre Arbeit einstellen und migrantisierte Personen erwägen, bestimmte Regionen zu verlassen. Es ist zu befürchten, dass unter dem Eindruck rechtsextremer Geländegewinne dieser Verdrängungseffekt zunimmt, was für die lokale demokratische Kultur, insbesondere für von Diskriminierung Betroffene, eine Verschlechterung bedeuten würde. Darüber hinaus sind zivilgesellschaftliche Organisationen auch mit strukturellen und politischen Herausforderungen konfrontiert. Ihre Finanzierungssituation ist prekär und es kommt zu Versuchen der politischen Diskreditierung.

---

<sup>197</sup> Leber et al. 2024, S. 6.

<sup>198</sup> Miehke 2021, S. 68–77.

<sup>199</sup> Thüringer Landtag 2021, 2024b.

## 6. Wirtschaft

Rechtspopulismus und -extremismus stellen eine Gefahr für die Wirtschaft in Thüringen dar:

- Sie können das Innovationspotenzial verringern, internationale Beziehungen belasten und den Fachkräftemangel verschärfen.
- Diversitätsorientierte Unternehmen werden von Rechtsaußen angefeindet.
- Ausschließende Unternehmen erschweren die Teilhabechancen migrantisierter Personen am Arbeitsmarkt.

Es droht ein sich selbst verstärkender Kreislauf aus schwacher Wirtschaft, Demokratieunzufriedenheit und einem erstarkenden Rechtspopulismus und -extremismus.

In der Initiative „Made in Germany – Made by Vielfalt“ schlossen sich kurz vor den Landtagswahlen 2024 große deutsche Unternehmen zusammen, um ein Zeichen für Demokratie und eine pluralistische, offene und europäisch orientierte Gesellschaft zu setzen. Die Unternehmen warnen vor einem fortschreitenden Fachkräftemangel und geringer Innovationskraft.<sup>200</sup> Sie sehen durch das Erstarken des Rechtspopulismus den wirtschaftlichen Erfolg von Unternehmen und Gesellschaft bedroht. Diese Befürchtungen decken sich mit der Einschätzung von Wirtschaftsexpertinnen und -experten<sup>201</sup> und der des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer Ostthüringen, der die Positionen der AfD als „wirtschaftsfeindlich“ bezeichnete.<sup>202</sup> Der Konzern JenOptik warb im Vorfeld der Landtagswahlen in Thüringen mit einer Plakatkampagne für Weltoffenheit.<sup>203</sup> Und auch Mitarbeitende großer Thüringer Unternehmen wie JenOptik, ZEISS und JENA-OPTRONIK warnen: Im Falle einer Regierungsbeteiligung der AfD könnte es zu Rentenkürzungen, einer Absenkung des Mindestlohnes und Behinderung von gewerkschaftlicher Organisation im Betrieb kommen.<sup>204</sup>

In diesem Kapitel sollen diese Befürchtungen entlang folgender Fragen genauer beleuchtet werden: Wie gefährden Rechtspopulismus und Rechtsextremismus die Wirtschaft in Thüringen? Welche Rolle spielen thüringische Unternehmen und Unternehmensstrukturen bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus einerseits und bei dessen Normalisierung und Verbreitung andererseits? Und was sind mögliche Folgen einer geschwächten Wirtschaft für die Demokratie?

### Anfeindungen aus dem rechtsextremen Spektrum

Bündnisse wie „Made in Germany – Made by Vielfalt“ und Initiativen einzelner Thüringer Unternehmen,<sup>205</sup> die ein Zeichen für Diversität und gegen die Forderungen der AfD setzen, geraten in den Fokus rechtsextremer Anfeindungen. So berichtet die Geschäftsführerin des Süßwarenherstellers Viba von zahlreichen Anfeindungen und Boykottaufrufen auf Social Media, die das Unternehmen in Reaktion auf eine Rabattaktion in Zusammenhang mit den Landratswahlen 2023 im Landkreis Sonneberg erhielt. Der Süßwarenhersteller aus Schmalkalden

<sup>200</sup> Made in Germany – made by Vielfalt 2024.

<sup>201</sup> Ifo Institut 2024; Neuerer 2024 ZDFheute 2024b.

<sup>202</sup> antenne Thüringen 2024.

<sup>203</sup> Geißler 2024.

<sup>204</sup> IG Metall Jena-Saalfeld und Gera 2024.

<sup>205</sup> JenOptik 2024; Lampert 2023..

hatte im Vorfeld der Wahl angekündigt, jeden Prozentpunkt Wahlbeteiligung über 49 Prozent in einen Prozentpunkt Rabatt auf seine Nougatstangen zu übersetzen.<sup>206</sup>

Während Aufrufe zum Boykott aus der Zivilbevölkerung Unternehmen bereits erheblichen Schaden zufügen können, wird diese Bedrohung potenziert, wenn zusätzlich auf politischer Ebene Akteure aus dem rechtsextremen Spektrum Stellung gegen sie beziehen. So äußerte zuletzt der Vorsitzende der Thüringer AfD, Björn Höcke, im August 2024: Er hoffe, dass Unternehmen, die „Made in Germany – Made by Vielfalt“ unterstützen, „in schwere, schwere wirtschaftliche Turbulenzen kommen“ würden.<sup>207</sup>

Unternehmen, die sich für Vielfalt aussprechen, sehen sich folglich nicht allein mit Anfeindungen und Boykottaufrufen von Rechtsaußen konfrontiert, sondern möglicherweise auch mit künftigen Boykotten und Benachteiligungen durch politische Entscheidungen der AfD.

### **Rechtspopulismus und -extremismus als Gefahr für die Wirtschaft**

In Übereinstimmung mit den Befürchtungen von Unternehmen und Wirtschaftsexpertinnen und -experten sehen auch wissenschaftliche Untersuchungen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus als eine Bedrohung für die thüringische Wirtschaft. Regionales Erstarken von Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stellt einen Standortnachteil für Unternehmen dar: Es kann zu geringem Innovationspotenzial, Fachkräftemangel und dem Wegfallen internationaler Kunden und Netzwerkpartner führen.<sup>208</sup> Weltoffene und diversitätsorientierte Unternehmen könnten abwandern und hoch qualifizierte internationale Arbeitskräfte diese Regionen meiden. Migration gilt jedoch als wesentlich, um dem aktuellen Fachkräftemangel entgegenzuwirken. Beispielsweise wird die medizinische Versorgung in Thüringen durch Migration abgesichert. Aktuell stammt jede\*r vierte Arzt oder Ärztin in einem Thüringer Krankenhaus aus dem Ausland.<sup>209</sup>

Trotz zahlreicher Hinweise darauf, dass Rechtspopulismus und Rechtsextremismus negative Auswirkungen auf Unternehmen und die wirtschaftliche Produktivität in Thüringen haben können, scheint dieses Problem von einem erheblichen Teil wirtschaftlicher Führungskräfte kaum wahrgenommen zu werden. Eine Anfang 2024 vom Meinungsforschungsinstitut Civey durchgeführte Befragung zeigt: In Thüringen erwarten etwas weniger als die Hälfte der befragten unternehmerischen Entscheiderinnen und Entscheider, dass rechtsextreme Parteien in Regierungsverantwortung keine Auswirkungen auf die Volkswirtschaft hätten.<sup>210</sup>

### **Rechtspopulismus und -extremismus in thüringischen Unternehmen**

Rechtspopulismus und -extremismus können nicht nur eine Bedrohung für diversitätsorientierte Unternehmen und ein wirtschaftsschwächender Faktor von außen sein, sondern sind auch in der Unternehmenslandschaft selbst verankert.

Eine Interviewstudie mit Vertreterinnen und Vertretern ostthüringischer Unternehmen zeigt: Neben offenen Unternehmen, die sich wie die obigen für Vielfalt engagieren, existieren zwei weitere Typen: opportunistische und ausschließende Unternehmen. Erstere sind in Ostthüringen am stärksten verbreitet. Ihre Leitungen teilen Rechtspopulismus nicht, setzen diesem jedoch aus wirtschaftlichen Erwägungen wenig entgegen. Sie passen sich dem regional-ausschließenden Diskurs vor Ort an, der maßgeblich von ausschließenden Unternehmen beeinflusst wird. Diese bedienen vorrangig eine migrationsablehnende Kundschaft und stellen

<sup>206</sup> Dierks und Wartenberg 2023.

<sup>207</sup> Sigmund 2024.

<sup>208</sup> Bussmann und Werle 2004, S. 96–99; Henn und Hannemann 2024, S. 470.

<sup>209</sup> MDR Thüringen 2024e.

<sup>210</sup> Fresen und Klatt 2024, S. 32–37.

migrantisierte Personen weder ein, noch akzeptieren sie diese als Geschäftspartnerinnen und -partner. Zu diesem Typ zählen vor allem kleine und lokal operierende Unternehmen wie Handwerksunternehmen.<sup>211</sup> Hinweise auf ausschließende Unternehmen finden sich auch in der vom IDZ herausgegebenen Situationsanalyse für den Landkreis-Saalfeld-Rudolstadt: Dort leiten Rechtsextreme eigene Unternehmen, die durch das Bereitstellen alltagsüblicher Produkte und Dienstleistungen regional Einfluss ausüben und zu einer Normalisierung von Rechtsextremismus beitragen.<sup>212</sup>

Ausschließende und auch opportunistische Unternehmen schränken somit die wirtschaftlichen Möglichkeiten von migrantisierten Personen ein, die am Arbeitsmarkt ohnehin mit erheblichen Hürden konfrontiert sind.<sup>213</sup> Zudem tragen sie zur Normalisierung von Rechtspopulismus und -extremismus sowohl in den Unternehmen als auch im regionalen Kontext bei. Gerade in strukturschwachen Regionen haben Arbeitnehmerinnen und -nehmer und Konsumenten mitunter kaum Alternativen, als für ausschließende Unternehmen zu arbeiten oder deren Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen.

### **Ein gefährlicher Kreislauf**

Die demokratische Kultur ist mit der wirtschaftlichen Situation verknüpft. Das wird nicht nur unter anderem bei Finanzierungsfragen im Landeshaushalt deutlich, von denen beispielsweise das Landesprogramm für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz abhängig ist, sondern auch auf kommunaler Ebene. Die Handlungsfähigkeit lokaler Akteure und somit die Gestaltungsmöglichkeiten für eine lebendige demokratische Kultur vor Ort hängen nicht zuletzt von den kommunalen Steuereinnahmen ab. Diese fallen jedoch über 30 Jahre nach dem Mauerfall in Ostdeutschland weiterhin geringer aus als in Westdeutschland.<sup>214</sup>

Die enge Verbindung zeigt sich auch daran, dass Menschen mit der Demokratie eher unzufrieden sind, wenn sie die ökonomische Lage als schlecht einschätzen und sie befürchten, ihr sozioökonomischer Status könnte sich verschlechtern.<sup>215</sup> Die Kombination aus wirtschaftlicher Schwäche, Statusverlustangst und Demokratieunzufriedenheit ist ein fruchtbarer Boden für Rechtspopulismus: Die AfD wird in strukturschwachen Regionen vor allem dann gewählt, wenn eine rechts-konservative Deutung für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten vorherrscht.<sup>216</sup> Diesen Zusammenhang stützt der THÜRINGEN-MONITOR in Hinblick auf die Einstellungen: Wer sich vor dem Verlust des eigenen Status sorgt, stimmt eher rechtspopulistischen Aussagen zu.<sup>217</sup>

Vor diesem Hintergrund und den oben geschilderten negativen Auswirkungen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus auf die Wirtschaft droht ein Teufelskreislauf: Wenn in bestimmten Regionen die Wirtschaft darunter leidet, dass ausschließende Unternehmen einflussreich sind, opportunistische Unternehmen sich anpassen, diversitätsorientierte Unternehmen wegziehen und Fachkräfte aus dem Ausland fernbleiben, dann besteht die Gefahr, dass auch die Unzufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie wächst und rechtspopulistische und rechtsextreme Narrative und Akteure weiter an Wirkmächtigkeit gewinnen können.

---

<sup>211</sup> Henn und Hannemann 2024.

<sup>212</sup> Miehle et al. 2024, S. 19. Darüber hinaus sind weitere Einzelfälle bekannt, in denen Unternehmer konkrete Verbindungen in das rechtsextreme Spektrum pflegen oder gepflegt haben. Frick 2024.

<sup>213</sup> Bedaso 2021.

<sup>214</sup> Bergholz et al. 2022, S. 24.

<sup>215</sup> Reiser et al. 2024, S. 67; Lange 2017, S. 179-183.

<sup>216</sup> Deppisch et al. 2023.

<sup>217</sup> Reiser et al. 2024, S. 150.

**Fazit**

Rechtspopulismus und Rechtsextremismus stellen bereits aktuell eine Gefahr für die Wirtschaft in Thüringen dar. Expertinnen und Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft warnen: Diese Bedrohung könnte in den nächsten Jahren weiter zunehmen. Migrantisierte Personen sind dabei besonders gefährdet. Ihre Möglichkeiten am Arbeitsmarkt verringern sich durch das ausschließende Agieren von Unternehmen, was den bereits bestehenden Fachkräftemangel verschärft. In Regionen, in denen eine Normalisierung des Rechtspopulismus und -extremismus zu beobachten ist und ausschließende Unternehmen dominieren, besteht zudem die Gefahr, dass diversitätsorientierte Unternehmen sich zurückziehen. Ein Rückzug größerer Unternehmen würde die kommunalen Steuereinnahmen verringern und in der Konsequenz die demokratischen Gestaltungsspielräume in diesen Regionen weiter einschränken. Es droht eine Spirale aus erstarkendem Rechtspopulismus und -extremismus, ausschließenden Unternehmenspraktiken und schwacher Wirtschaft, die der demokratischen Kultur langfristig Schaden zufügen kann.

## Empfehlungen

Die dargelegten Gefährdungen und Gefährdungspotenziale der demokratischen Kultur in Thüringen haben im Berichtszeitraum an Schärfe gewonnen, jedoch sind die ihnen zugrunde liegenden Entwicklungen nicht neu. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, nicht nur Ad-hoc-Maßnahmen zum Schutz der demokratischen Kultur zu ergreifen, sondern auch langfristig angelegte Strategien zur nachhaltigen Stärkung der demokratischen Einstellungen, des Parlamentarismus, der demokratischen Zivilgesellschaft und einer weltoffenen Wirtschaft zu implementieren. Genauso wie die Dynamiken und Phänomene, die den Gefährdungen der demokratischen Kultur zugrunde liegen, weiterer wissenschaftlicher Forschung bedürfen, ist eine kontinuierliche Erforschung und Evaluierung der Schutzfaktoren erforderlich, um zu identifizieren, wie die demokratische Kultur evidenzbasiert gestärkt werden kann.

Im Folgenden werden einige Empfehlungen gegeben, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

- **Formale Bildung** wirkt bei der Entwicklung demokratiegefährdender und antidemokratischer Einstellungen als Schutzfaktor.<sup>218</sup> Sie sollte daher gestärkt werden, insbesondere auch die Demokratiebildung als schulische Querschnittsaufgabe.<sup>219</sup>
- Unzufriedenheit mit aktuellen politischen Maßnahmen und Misstrauen gegenüber politischen Akteuren stellen einen Nährboden für Radikalisierung und Abwendung von demokratischen Strukturen dar. Die **Gewährleistung eines leistungsstarken politischen Systems** und der damit verbundenen Handlungsfähigkeit demokratischer Strukturen und Prozesse stellt daher einen wirkmächtigen Schutzfaktor dar.
- **Erfahrungen von demokratischer Mitbestimmung** sollten in allen gesellschaftlichen Bereichen gestärkt werden. Sie wirken rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen entgegen.<sup>220</sup> Insbesondere in formalen Bildungseinrichtungen und im Arbeitskontext gehen Partizipation und Teilhabe mit einer sinkenden Zustimmung zu antidemokratischen Aussagen einher.<sup>221</sup>
- Vor dem Hintergrund einer sich dynamisch und schnell wandelnden digitalen Kommunikationslandschaft ist eine **Stärkung der individuellen Kompetenz im Umgang mit digitaler politischer Kommunikation** unerlässlich.<sup>222</sup> Im Fokus stehen dabei insbesondere Herausforderungen durch politische Propaganda, Desinformationskampagnen oder auch postfaktische Diskursverschiebungen, von denen erwartet werden kann, dass sie durch den Einsatz künstlicher Intelligenz weiter professionalisiert werden. In dem Zusammenhang sollte insbesondere das Monitoring digitaler Kommunikationsräume gestärkt werden, um vor neuen Entwicklungen und Gefahren warnen zu können.
- Die demokratische Zivilgesellschaft braucht Unterstützung und Solidarität gegen rechtsextreme Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe. Eine **Stärkung der Zivilgesellschaft** umfasst auch eine verlässliche Finanzierung von wissenschaftlich evaluierten Demokratieprojekten, um deren nachhaltige Arbeit zu sichern.
- Unternehmen, die sich für Vielfalt und Diversität in der Arbeitswelt einsetzen wollen, sollten effektive Angebote zur Gestaltung einer unternehmensfreundlichen Migrationspolitik gemacht werden. Für die **Integration internationaler Fachkräfte** könnten

---

<sup>218</sup> Best et al. 2017, S. 141.

<sup>219</sup> Beutel 2016.

<sup>220</sup> Reiser et al. 2024, S. 150.

<sup>221</sup> Kiess et al., S. 36; Bowman 2011.

<sup>222</sup> Ziemer und Rothmund 2024.



spezifische Programme aufgelegt werden, an denen sich Unternehmen aktiv beteiligen.

- **Präventions- und Interventionsmaßnahmen** gegen Radikalisierung und Extremismus, deren Wirksamkeit empirisch nachgewiesen sind,<sup>223</sup> sollten gezielt implementiert werden, insbesondere in Regionen mit hohem Risikostatus. Dabei ist eine entwicklungsorientierte Perspektive erforderlich, die sensible Phasen altersbedingter Sozialisation berücksichtigt.<sup>224</sup>
- Im Kampf gegen Rechtsextremismus sollten die rechtlichen Möglichkeiten ausgeschöpft werden. Dies betrifft insbesondere auch den aktiven **Schutz vor dem Rückbau des demokratischen Systems** durch die Sicherung verfassungsbezogener Einfallstore für die Zersetzung des demokratischen Systems von innen.<sup>225</sup>
- Einen angemessenen **Umgang mit rechtsextremen Parteien** zu finden, bleibt eine schwierige Herausforderung für die demokratische Kultur. Dass durch eine Annäherung an rechtsextreme Positionen und Inhalte die Wähler und Wählerinnen zurückzugewonnen werden können, wird empirisch eher widerlegt als unterstützt.<sup>226</sup> Gleichzeitig kann die Ausgrenzung von Wählergruppen und deren Positionen bestehende Radikalisierungsdynamiken verstärken.<sup>227</sup> Vor diesem Hintergrund erfordert eine politische Strategie die glaubwürdige Kombination aus Abgrenzung von rechtsextremen Positionen und überzeugenden Alternativangeboten für die betreffenden Wählergruppen.<sup>228</sup>

---

<sup>223</sup> Beelmann et al. 2024.

<sup>224</sup> Beelmann et al. 2021.

<sup>225</sup> Levitsky und Ziblatt 2018; Steinbeis 2024.

<sup>226</sup> Lewandowsky und Wagner 2023; Krause et al. 2023.

<sup>227</sup> Rothmund und Walther 2024.

<sup>228</sup> de Jonge und Heinze 2023.

**Abbildungen**

Abb. 1:	Demokratieunterstützung und Demokratiezufriedenheit 2001-2023 in Prozent .....	5
Abb. 2:	Demokratiezufriedenheit in den Landkreisen 2014 – 2023 in Prozent.....	6
Abb. 3:	Institutionenvertrauen 2000-2023 – Angaben in Prozent, „vertraue voll und ganz“ & „vertraue weitgehend“ zusammengefasst.....	7
Abb. 4:	Rechtsextreme, ethnozentrische und neo-nationalsozialistische Einstellungen 2001-2023 – Angaben in Prozent.....	10
Abb. 5:	Rechtsextreme Einstellungen in den Landkreisen 2014-2023 in Prozent .....	11
Abb. 6:	Feindliche Einstellungen gegenüber Migrantinnen und Migranten in Thüringen im Zeitverlauf – Zustimmung in Prozent .....	12
Abb. 7:	Feindlichkeit gegenüber Migrantinnen und Migranten in den Landkreisen 2014-2023 in Prozent.....	13
Abb. 8:	Stimmanteile der AfD bei den Landtagswahlen 2019 und 2024 in Thüringen nach Altersgruppe in Prozent, sowie Zuwächse der Stimmen in den Altersgruppen in Prozentpunkten. ....	23
Abb. 9:	Vergleich AfD-Ergebnisse Landtagswahl 2024 (Landesstimme/Zweitstimme) und Rechtsextreme Einstellungen 2017-2024, jeweils in Prozent. ....	26

**Tabellen**

Tab. 1:	Zustimmung zu den Aussagen zur Erfassung rechtsextremer Einstellungen in Prozent. ....	9
---------	--	---

## Literatur- und Quellenverzeichnis

Albert, Matthias; Hurrelmann, Klaus; Quenzel, Gudrun (2019): Shell Jugendstudie. Jugend 2019. Eine Generation melde sich zu Wort – Zusammenfassung (Shell Jugendstudie, 18). Online verfügbar unter [https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/\\_jcr\\_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call\\_to\\_action/links/item2.stream/1642665734978/9ff5b72cc4a915b9a6e7a7a7b6fdc653cebd4576/shell-youth-study-2019-flyer-de.pdf](https://www.shell.de/about-us/initiatives/shell-youth-study/_jcr_content/root/main/containersection-0/simple/simple/call_to_action/links/item2.stream/1642665734978/9ff5b72cc4a915b9a6e7a7a7b6fdc653cebd4576/shell-youth-study-2019-flyer-de.pdf).

Alin, Selina; Bukow, Sebastian; Faus, Jana; John, Stefanie; Jurrat, Andrina (2021): Beleidigt und bedroht. Arbeitsbedingungen und Gewalterfahrungen von Ratsmitgliedern in Deutschland. Hg. v. Heinrich-Böll-Stiftung (Schriften zur Demokratie, Band 59).

Amt für Verfassungsschutz (2022): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2021. Hg. v. Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales. Erfurt.

Amt für Verfassungsschutz (2023): Verfassungsschutzbericht Freistaat Thüringen 2022. Online verfügbar unter [https://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal\\_derivate\\_00347320/20242131431-Verfassungsschutzbericht\\_AnzichtPDFA.pdf](https://zs.thulb.uni-jena.de/servlets/MCRFileNodeServlet/jportal_derivate_00347320/20242131431-Verfassungsschutzbericht_AnzichtPDFA.pdf), zuletzt geprüft am 24.10.2024.

antenne Thüringen (2024): Kammerpräsidenten sprechen sich gegen die AfD aus. Online verfügbar unter <https://www.antennethueringen.de/p/Kammerprasidenten-sprechen-sich-gegen-die-AfD-aus-7JBSDdtPHIK66Me2CIB04a>, zuletzt aktualisiert am 12.09.2024, zuletzt geprüft am 12.09.2024.

Beck, Hannah; Jaschinski, Jannik; Kordt, Klemens; Müller-Elmau, Marie; Talg, Juliana (2024): Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken. Handlungsempfehlungen aus der Szenarioanalyse des Thüringen-Projekts. Hg. v. Verfassungsblog. Berlin.

Becker, Anna; Schreiber, Franziska; Göppert, Hannah (2020): Zwischen Netz und Nachbarschaft. Die sozialräumliche Wirkung digitaler Medien im Kontext antipluralistischer Haltungen und politischer Polarisierung. In: Lynn Berg und Jan Üblacker (Hg.): Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag, S. 9–15.

Bedaso, Fenet (2021): The Labor Market Integration of Refugees and other Migrants in Germany. Essen (GLO Discussion Paper, 884). Online verfügbar unter <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/235526/1/GLO-DP-0884.pdf>.

Beelmann, Andreas; Hercher, Judith; Lutterbach, Sebastian; Sterba, Laura Sophia (2024): Praxisempfehlungen - Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention. Beschreibung und Bewertung von Maßnahmen der entwicklungsorientierten Prävention. Jena: KomRex. Online verfügbar unter [https://lpr.niedersachsen.de/fileadmin/user\\_upload/redaktion\\_lpr/Daten\\_zur\\_KoStLP\\_\\_Lilit\\_/Praxishandbuch\\_Demokratiefoerderung\\_Radikalisierungspraevention.pdf](https://lpr.niedersachsen.de/fileadmin/user_upload/redaktion_lpr/Daten_zur_KoStLP__Lilit_/Praxishandbuch_Demokratiefoerderung_Radikalisierungspraevention.pdf).

Beelmann, Andreas; Lutterbach, Sebastian; Rickert, Maximilian; Sterba, Laura Sophia (2021): Entwicklungsorientierte Radikalisierungsprävention: Was man tun kann und sollte. Wissenschaftliches Gutachten für den Landespräventionsrat Niedersachsen. Jena: KomRex. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2705/beelmann-et-al-2021-entwicklungsorientierte-radikalisierungspraevention-was-man-tun-kann-und-sollte.pdf>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

Beelmann, Andreas; Michelsen, Danny (Hg.) (2022): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden: Springer VS.

- Berg, Lynn; Üblacker, Jan (Hg.) (2020): *Rechtes Denken, rechte Räume? Demokratiefeindliche Entwicklungen und ihre räumlichen Kontexte*. 1. Auflage. Bielefeld: transcript Verlag.
- Bergholz, Christian; Hundt, Christian; Osigus, Torsten (2022): *Agglomerationsvorteile und kommunales Steueraufkommen*. 2. Aufl. Hg. v. Thünen-Institut. Online verfügbar unter [https://literatur.thuenen.de/digbib\\_extern/dn064751.pdf](https://literatur.thuenen.de/digbib_extern/dn064751.pdf), zuletzt geprüft am 25.09.2024.
- Berning, Carl C.; Lubbers, Marcel; Schlueter, Elmar (2019): Media Attention and Radical Right-Wing Populist Party Sympathy: Longitudinal Evidence From The Netherlands. In: *International Journal of Public Opinion Research* 31 (1), S. 93–120. DOI: 10.1093/ijpor/edy001.
- Best, Heinrich; Niehoff, Steffen; Salheiser, Axel; Vogel, Lars (2017): *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2017*. Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena.
- Best, Heinrich; Miehlke, Marius; Salheiser, Axel (2019): *Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen*. Jena: KomRex.
- Beutel, Wolfgang (2016): *Demokratiepädagogik als Querschnittsaufgabe aktueller Schulentwicklung*. *Die deutsche Schule* 108 (2016) 3, S. 226–238. In: *Die deutsche Schule* 108. DOI: 10.25656/01:25959.
- Bitschnau, Sarah; Eberspach, Kirsten (2024): *Kommunales Monitoring: Hass, Hetze und Gewalt gegenüber Amtsträgerinnen und Amtsträgern (KoMo). Zentrale Befunde und eine Betrachtung gruppenspezifischer Unterschiede zur Herbstbefragung 2023*. Wiesbaden.
- Bowman, Nicholas A. (2011): Promoting Participation in a Diverse Democracy. In: *Review of Educational Research* 81 (1), S. 29–68. DOI: 10.3102/0034654310383047.
- Brodocz, André; Mehlkop, Guido; Vermaßen, Hannah (2019): *Demokratievorstellungen und Parteienverdrossenheit unter Jugendlichen in Thüringen. Eine Studie im Auftrag des Landesjugendring Thüringen e.V. Hg. v. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport und Stiftung Demokratische Jugend*. Erfurt. Online verfügbar unter [https://www.uni-erfurt.de/politische-theorie/demokratie\\_jugend\\_2019\\_Anhang.pdf](https://www.uni-erfurt.de/politische-theorie/demokratie_jugend_2019_Anhang.pdf), zuletzt geprüft am 22.10.2024.
- Bussmann, Kai-D.; Werle, Markus (2004): *Fremdenfeindlichkeit und rechte Gewalt: Standortnachteil Ost*. In: *NK* 16 (3), S. 96–99. DOI: 10.5771/0934-9200-2004-3-96.
- Celik, Kazim; Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2020): *Rechtsextremismus für die breite Gesellschaft? Der Wandel der AfD-Wählerschaft von 2014 bis 2020*. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): *Autoritäre Dynamiken - Alte ressentiments - neue Radikalität*. Leipziger Autoratismus Studie 2020. Gießen: Psychosozial-Verlag, S. 149–178.
- Classen, Kalkidan; Kollmer, Anna; Schlage, Malte; Schöpflin, Alicia; Winkler, Jessica; Witer-span, Hannes et al. (2024): *Right-wing populist communication of the party AfD on TikTok: To what extent does the AfD use TikTok as part of its communication to win over young voters?* In: *The Dynamics of Digital Influence: Communication Trends in Business, Politics and Activism*.
- Corbu, N.; Negrea-Busuioac, E. (2020): *Populism meets fake news: Social media, stereotypes and emotions*. In: *Perspectives on Populism and the Media*: Nomos Verlag, S. 181–200.
- Correctiv (2024): *Neue Rechte. Geheimplan gegen Deutschland*. Online verfügbar unter <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2024/01/10/geheimplan-remigration-vertreibung-afd-rechtsextreme-november-treffen/>, zuletzt aktualisiert am 10.01.2024, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

Cremer, Hendrik (2021): Nicht auf dem Boden des Grundgesetzes. Warum die AfD als rassistische und rechtsextreme Partei einzuordnen ist. Hg. v. Deutsches Institut für Menschenrechte. Berlin.

Dancygier, Rafaela (2023): Hate crime supporters are found across age, gender, and income groups and are susceptible to violent political appeals. Online verfügbar unter <https://www.pnas.org/doi/10.1073/pnas.2212757120>.

Dankbar, Christine (2024): Demokratie-Fördergesetz. Die Ampel beerdigt ein weiteres Projekt. In: *Frankfurter Rundschau*, 15.07.2024. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/demokratie-foerderung-gesetz-die-ampel-beerdigt-ein-weiteres-projekt-93188670.html>, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

Debes, Martin (2024): Deutschland der Extreme. Wie Thüringen die Demokratie herausfordert. Berlin: Ch. Links Verlag. Online verfügbar unter <https://www.perlentaucher.de/buch/martin-debes/deutschland-der-extreme.html>.

Decker, Markus (2024): Politisch motivierte Tat? Nach Demonstration gegen Rechtsextremismus: Brandanschlag auf Haus eines SPD-Politikers. Redaktionsnetzwerk Deutschland (rnd). Online verfügbar unter <https://www.rnd.de/politik/thueringen-brandanschlag-auf-haus-von-spd-politiker-nach-demo-gegen-rechtsextremismus-K526NFRCVFDRBNR7ICLB2SDTB4.html>, zuletzt aktualisiert am 20.02.2024.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar (2006): Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellung und ihre Einflussfaktoren in Deutschland. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung.

Decker, Oliver; Brähler, Elmar; Kiess, Johannes; Schuler, Julia; Handke, Barbara (2018): Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018: Methode, Ergebnisse und Langzeitverlauf. In: Oliver Decker und Elmar Brähler (Hg.): Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft : die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018. Originalausgabe. Gießen: Psychosozial-Verlag (Forschung psychosozial), S. 65–115.

Deppisch, Larissa; Osigus, Torsten; Klärner, Andreas (2023): How Rural is Rural Populism? On the Spatial Understanding of Rurality for Analyses of Right-wing Populist Election Success in Germany\*. Hg. v. Tünen Institut (S1). Online verfügbar unter [https://literatur.thuenen.de/digibib\\_extern/dn066762.pdf](https://literatur.thuenen.de/digibib_extern/dn066762.pdf).

Deutschlandfunk (Hg.) (2024): Urteil in Halle. AfD-Chef Höcke erneut wegen NS-Parole verurteilt. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/bjoern-hoecke-afd-prozess-wahlrecht-100.html>, zuletzt aktualisiert am 01.07.2024.

Dierks, Benjamin; Wartenberg, Corinna (2023): Thüringer Unternehmen zeigt Haltung. Deutschlandfunk.de. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/afd-sieg-in-sonenberg-wie-ein-unternehmen-haltung-zeigt-dlf-56ae4580-100.html>, zuletzt aktualisiert am 26.06.2023, zuletzt geprüft am 06.09.2024.

Dietrich, Fabian; Kuball, Max; Sim, Peter (2024): Angriffe auf die Erinnerungskultur. Mehr als 1000 rechte Übergriffe auf Gedenkstätten seit 2019. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/ns-gedenkstaetten-angriffe-rechtsextremismus-erinnerungskultur-100.html>, zuletzt aktualisiert am 29.08.2024, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

Dietze, Nikolas; Müller, Marvin; Quent, Matthias (2024): Das Ringen der AfD um kommunale Ämter. Hg. v. Institut für demokratische Kultur, Hochschule Magdeburg-Stendal.

dpa (2017): Parteien. Die Höcke-Rede von Dresden in Wortlaut-Auszügen. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/news/2017-01/18/parteien-die-hoecke-rede-von-dresden-in-wortlaut-auszuegen-18171207>, zuletzt aktualisiert am 18.01.2017, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

Easton, David (1975): A Re-assessment of the Concept of Political Support. In: *Brit. J. Polit. Sci* 5 (4), S. 435–457. DOI: 10.1017/S0007123400008309.

Ebert, Olaf; Leseberg, Nina; Pautzke, Andreas; Stuth, Ana-Maria; Quednau, Tobias (2013): Kümmerer – Motoren der Bürgergesellschaft. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26 (4), S. 88–92. DOI: 10.1515/fjsb-2013-0415.

Edinger, Michael (2010): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Expertise für das Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit. Jena: Friedrich-Schiller-Universität.

Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit (ECPMF) (2024): Feindbild Journalist:in. Angst vor Selbstzensur: Europäischen Zentrums für Presse- und Medienfreiheit. Online verfügbar unter <https://www.ecpmf.eu/wp-content/uploads/2024/04/Feindbild-Journalist-2023.pdf>.

Evers, Adalbert (2020): Die Zivilgesellschaft und ihre Organisationen. Ein Vergleich verschiedener Ansätze. In: Andreas Schröer, Nicolas Engel, Claudia Fahrenwald, Michael Göhlich, Christian Schröder und Susanne Maria Weber (Hg.): *Organisation und Zivilgesellschaft. Beiträge der Kommission Organisationspädagogik*. Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS (Organisation und Pädagogik, Band 24), S. 9–32. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/book/10.1007/978-3-658-18005-8>.

ezra (2024): Opferberatungsstelle ezra registriert deutlich mehr rechte Gewalttaten 2023 in Thüringen als bislang bekannt: Rassistische und antisemitische Gewalt erreichen jeweils einen historischen Höchststand. Online verfügbar unter <https://ezra.de/opferberatungsstelle-ezra-registriert-deutlich-mehr-rechte-gewalttaten-2023-in-thueringen-als-bislang-bekannt-rassistische-und-antisemitische-gewalt-erreichen-jeweils-einen-historischen-hoe/>, zuletzt aktualisiert am 29.08.2024, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

Feldmann, Julian; Flade, Florian; Pinkert, Reiko; Pittelkow, Sebastian (2023): Bundesweite Razzia. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/hammerskins-100.html>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2023, zuletzt geprüft am 21.10.2024.

Feng, Yingyi (2023): *Bildstrategien der AfD*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden.

Finn, Christine; Heinze, Anna-Sophie; Grosche, Carla; Ziemer, Carolin-Theresa; Bojarskich, Vladimir; Stolp, Arne et al. (2024): Die Ergebnisse der Landtagswahlen 2024 in Ostdeutschland als Herausforderung für Politik und Demokratie. Erkenntnisse aus einer Bevölkerungsbefragung in Thüringen, Sachsen und Brandenburg. Hg. v. Friedrich-Schiller-Universität Jena und KomRex.

Förster, Andreas (2024): Deutsche Putschisten. Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/deutschlandarchiv/548661/deutsche-putschisten/>, zuletzt aktualisiert am 21.05.2024, zuletzt geprüft am 27.10.2024.

Franz, Frank (2024a): Frank Franz. Meine persönliche Meinung zu Politik und Gesellschaft. Online verfügbar unter <https://www.tiktok.com/@frankfranz78>, zuletzt geprüft am 30.09.2024.

Franz, Frank (2024b): Frank Franz. Meine persönliche Meinung zu Themen rund um Politik und Gesellschaft. Online verfügbar unter <https://www.youtube.com/@FrankFranz>, zuletzt geprüft am 30.09.2024.

Franzmann, Simon T.; Kasten, Nadine; Hensel, Alexander (2024): (K)ein Lückenfüller? Zu Profil und Programm der neuen Partei Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW). In: *Demokratie-Dialog* 14-24. Göttingen: Göttingen University Press (Demokratie-Dialog: Werkstattbericht FoDEX), S. 12–26.

Fratzscher, Marcel (2023): Das AfD-Paradox und die politische Nähe zu anderen Parteien: Die meisten Überschneidungen gibt es mit der Union. In: *DIWaktuell* (Nr. 89).

Fratzscher, Marcel (2024): AfD und BSW in Thüringen und Sachsen: Regierungsverantwortung wäre ein gefährliches Experiment. In: *DIWaktuell* (Nr. 95).

Fresen, Sophie; Klatt, Vivien (2024): Unternehmen in Verantwortung! Umfrageergebnisse zu Rechtsextremismus in der Arbeitswelt - Herausforderungen und Handlungsbedarf. Hg. v. United! Gemeinsam gegen Rechtsextremismus. Online verfügbar unter [https://www.gesichtzeigen.de/wp-content/uploads/2024/06/studie\\_unternehmen-in-verantwortung\\_gesichtzeigen\\_2024.pdf](https://www.gesichtzeigen.de/wp-content/uploads/2024/06/studie_unternehmen-in-verantwortung_gesichtzeigen_2024.pdf).

Freund-Möller, Cynthia; Sreitberger, Johannes; Koch, Matthias; Miehke, Marius; Mohrmüller, Marie; Kleinschmitt, Annika et al. (2023): Wem gehört der Montag? Montagsdemonstrationen im Herbst 2022 in Thüringen. Bericht über die Befragung von Demonstrierenden. Jena: KomRex. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/publikationen/herbstumfrage/wem-gehört-der-montag-28-06-2023-1-digitalversion.pdf>.

Frick, Leonard (2024): Der rechtsextreme Vorzeige-Unternehmer. Online verfügbar unter <https://www.wiwo.de/my/unternehmen/it/exomium-gmbh-der-rechtsextreme-vorzeige-unternehmer/29839298.html>, zuletzt aktualisiert am 10.06.2024, zuletzt geprüft am 12.09.2024.

Frydrysek, Hatto; Merten, Roland (Hg.) (2024): Wie tickt Thüringen? Lebenszufriedenheit im Freistaat vor dem Superwahljahr. Friedrich-Ebert-Stiftung. Erfurt, Bonn: Druckerei Brandt.

Geißler, Ralf (2024): Landtagswahl Thüringen: So blickt die Wirtschaft auf das Wahlergebnis. In: *MDR*, 03.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/wirtschaft-handwerk-unternehmer-wahlergebnis-afd-100.html>, zuletzt geprüft am 06.09.2024.

Grande, Edgar (2021): Entwicklungen und Herausforderungen der Zivilgesellschaft in Deutschland. In: Brigitte Grande, Edgar Grande und Udo Hahn (Hg.): *Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland: Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke*. Bielefeld: transcript (Edition Politik, Band 111), S. 165–181.

Grunwald, Elise (2024): Populismus und Verschwörungsmentalität unter Jugendlichen in Thüringen. [unveröffentlichter Datensatz aus laufender Dissertation]. Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena.

Hameleers, Michael; Schmuck, Desirée; Bos, Lieke; Ecklebe, Sarah (2021): Interacting with the ordinary people: How populist messages and styles communicated by politicians trigger users' behaviour on social media in a comparative context. In: *European Journal of Communication* 36 (3), S. 238–253. DOI: 10.1177/0267323120978723.

Hannemann, Matthias; Henn, Sebastian; Schäfer, Susann (2024): Regions, emotions and left-behindness: a phase model for understanding the emergence of regional embitterment. In: *Regional Studies* 58 (6), S. 1207–1218. DOI: 10.1080/00343404.2023.2218886.

Hebenstreit, Jörg; Holtmann, Everhard; Jaeck, Tobias; Lutz, Lynn-Malou; Pollak, Reinhard; Reiser, Marion et al. (2024): *DeutschlandMonitor '23*. Gesellschaftliche und politische Einstellungen, Themenschwerpunkt: Stadt und Land.

Heinze, Anna-Sophie (2020): *Strategien gegen Rechtspopulismus? Der Umgang mit der AfD in Landesparlamenten*. 1. Auflage. Berlin: Nomos Verlagsgesellschaft (International Studies on Populism, Band 8).

Heinze, Anna-Sophie (2024a): Learning how to Respond to the AfD. Uploading from the Subnational to the National Level? In: Manès Weisskircher (Hg.): *Contemporary Germany and the*

Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to Parliament. Abingdon: Routledge (Routledge studies in extremism and democracy), S. 189–204.

Heinze, Anna-Sophie (2024b): Parlament als Bühne. Hg. v. Verfassungsblog. Online verfügbar unter <https://verfassungsblog.de/parlament-als-buhne/>, zuletzt geprüft am 16.10.2024.

Hemkentakrax, Johanna (2023): Rechtsextremismus: Neonazis reisten aus ganz Deutschland zu Konzert nach Eisenach. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/wartburgkreis/eisenach-neonazi-konzert-rechtsextremismus-flieder-volkshaus-100.html>, zuletzt aktualisiert am 16.07.2023, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

Henn, Sebastian; Hannemann, Matthias (2024): Populist resentments and identities and their repercussions on firms and regions. The example of East Thuringia. In: *J Econ Geogr* 24 (3), S. 459–474. DOI: 10.1093/jeg/lbad017.

Henschelmann, K.-P.; Meijer, L.; Sauermann, P.; Kroiß, A.-L.; Sarnau, D. (2024): Standardisierte Online-Erhebung mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 16 bis 27 Jahren. Teilbericht 4 des Projekts "Ermittlungen von Bedarfslagen im Bereich Demokratieförderung und Extremismusprävention; Abschlussbericht. München: Deutsches Jugendinstitut e.V. Online verfügbar unter [https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann\\_et\\_al-Standardisierte\\_Online-Erhebung\\_mit\\_Jugendlichen\\_und.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2024-henschelmann\\_et\\_al-Standardisierte\\_Online-Erhebung\\_mit\\_Jugendlichen\\_und.pdf](https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/96518/ssoar-2024-henschelmann_et_al-Standardisierte_Online-Erhebung_mit_Jugendlichen_und.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2024-henschelmann_et_al-Standardisierte_Online-Erhebung_mit_Jugendlichen_und.pdf).

Heyder, Aribert; Decker, Oliver (2011): Rechtsextremismus–Überzeugung, Einstellung, Ideologie oder Syndrom? Eine theoriegeleitete empirische Überprüfung mit repräsentativen Daten. In: Andreas Langenohl und Jürgen Schraton (Hg.): (Un)Gleichzeitigkeiten. Die demokratische Frage im 21. Jahrhundert. Marburg: Metropolis-Verlag, S. 189–222.

Hillje, Johannes (2024): It's the identity, stupid! Wie sich der anhaltende Erfolg der AfD erklären lässt. In: Demokratie oder Faschismus. Was heute auf dem Spiel steht. 1. Auflage. Berlin: Blätter Verlagsgesellschaft mbH (Edition Blätter), S. 127–132.

Höcke, Björn (2017): Rede am 17.01.2017 im Ballhaus Watzke im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Dresdner Gespräche“, organisiert von der „Jungen Alternative“, Compact TV. Online verfügbar unter [www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw](http://www.youtube.com/watch?v=sti51c8abaw), zuletzt aktualisiert am 12.10.2024.

Holtmann, Everhard; Rademacher, Christian; Reiser, Marion (2017): Kommunalpolitik. Eine Einführung. Wiesbaden: Springer VS (Elemente der Politik).

Hummel, Steven; Taschke, Anika (2024): Hält die Brandmauer? Studie zur Kooperationen mit der extremen Rechten in ostdeutschen Kommunen. Hg. v. Rosa-Luxemburg-Stiftung. Berlin.

Ifo Institut (2024): Landtagswahlen in Sachsen und Thüringen: Ökonomen bewerten wirtschaftliche Auswirkungen. Online verfügbar unter <https://www.ifo.de/fakten/2024-09-16/landtagswahlen-sachsen-und-thueringen-oekonomenpanel>, zuletzt aktualisiert am 17.09.2024, zuletzt geprüft am 17.09.2024.

IG Metall Jena-Saalfeld und Gera (2024): Nie wieder ist jetzt! Online verfügbar unter <https://www.igmetall-jena-saalfeld-gera.de/aktuelles/meldung/nie-wieder-ist-jetzt>, zuletzt aktualisiert am 12.09.2024, zuletzt geprüft am 12.09.2024.

infratest dimap (2024): Wen wählten Jüngere und Ältere? Hg. v. Tagesschau ARD. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-alter.shtml>.



Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.) (2023): Wissen schafft Demokratie. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft. Schwerpunkt: Demokratie unter Druck. Jena (Wissen schafft Demokratie, Band 12).

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (18.12.2023): Kürzungen im Thüringer Haushalt 2024. Wasser auf den Mühlen der Demokratiefeinde. Online verfügbar unter <https://www.amadeu-antonio-stiftung.de/pressemitteilungen/kuerzungen-im-thueringer-haushalt-2024-wasser-auf-den-muehlen-der-demokratiefeinde/>, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

Jaschinski, Jannik; Zillessen, Friedrich; Talg, Juliana; Brandau, Anna-Mira (2024): Dämmert's jetzt? Eine Rekonstruktion der konstituierenden Sitzung des Thüringer Landtags. Hg. v. Verfassungsblog. Online verfügbar unter <https://verfassungsblog.de/daemmert-es-jetzt/>, zuletzt geprüft am 20.10.2024.

JenOptik (2024): Bleib offen! Online verfügbar unter <https://www.jenoptik.de/sites/bleiboffen>, zuletzt aktualisiert am 12.09.2024, zuletzt geprüft am 12.09.2024.

Jonge, Léonie de; Heinze, Anna-Sophie (2023): How to Respond to the Far Right. Hg. v. Verfassungsblog. Online verfügbar unter <https://verfassungsblog.de/how-to-respond-to-the-far-right/>, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024a): Massive rechtsextreme Landnahme in Thüringen. Kurzanalyse zur Thüringer Landtagswahl am 1. September 2024. Unter Mitarbeit von Axel Saalheiser, Christoph Richter, Maik Fielitz und Fabian Klinker. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ-Kurzanalyse, 8).

Kamuf, Viktoria; Helmert, Cornelius (2024b): Thüringen zwischen den Wahlen – erhöhter Druck auf die demokratische Kultur. Kurzanalyse zu den Stichwahlen der Thüringer Kommunalwahlen und Europaparlamentswahlen am 9. Juni 2024. Unter Mitarbeit von Janine Patz und Axel Saalheiser. Hg. v. Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ-Kurzanalyse, 7).

Kausmann, Corinna; Burkhardt, Luise; Rump, Boris; Kelle, Nadiya; Simonson, Julia; Tesch-Römer, Clemens (2019): Zivilgesellschaftliches Engagement. In: Holger Krimmer (Hg.): Datenreport Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 55–91.

Kiess, Johannes; Wesser-Saalfrank, Alina; Bose, Sophie; Schmidt, Andre; Brähler, Elmar; Decker, Oliver: Arbeitswelt und Demokratie in Ostdeutschland: Erlebte Handlungsfähigkeit im Betrieb und (anti)demokratische Einstellungen.

Klaus, Fabian; Sondhaus, Julian (2024): Nach der Wahl: Fünf Koalitionen sind in Thüringen denkbar. In: *Thüringer Allgemeine*, 30.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article407107167/nach-der-wahl-sechs-koalitionen-sind-in-thueringen-denkbar.html>, zuletzt geprüft am 17.10.2024.

Klie, Anna Wiebke (2022): Zivilgesellschaftliche Performanz Von Religiösen und Säkularen Migrantenselbstorganisationen. Eine Studie in Nordrhein-Westfalen. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH. Online verfügbar unter <https://ebookcentral.proquest.com/lib/kxp/detail.action?docID=6732941>.

Koch, Matthias; Miehlke, Marius; Beelmann, Andreas (2023): Topografie 2021/2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Dokumentation und Analysen; Forschungsbericht - Förderperiode 2021/2022. Jena: KomRex.

Koch, Matthias; Miehlke, Marius; Beelmann, Andreas (2024): Topografie 2023. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Jena: KomRex. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/4994/topografie-2023.pdf>.

Krause, Werner; Cohen, Denis; Abou-Chadi, Tarik (2023): Does accommodation work? Mainstream party strategies and the success of radical right parties. In: *PSRM* 11 (1), S. 172–179. DOI: 10.1017/psrm.2022.8.

Lampert, Anna (2023): Sonneberg, Du hast die Wahl! Online verfügbar unter <https://viba-sweets.de/sonneberg-du-hast-die-wahl/>, zuletzt aktualisiert am 23.06.2023, zuletzt geprüft am 12.09.2024.

Landesverband AfD-Thüringen (2024): ALLES FÜR THÜRINGEN! WAHLPROGRAMM der AfD Thüringen zur Landtagswahl 2024. Am 27. April 2024 durch den Landesparteitag verabschiedet. Hg. v. AfD Thüringen Landesparteitag.

Lange, Hendrik (2017): Determinanten der Demokratiezufriedenheit. Einfluss ökonomischer Faktoren auf die politische Kultur in der BRD. Wiesbaden: Springer VS. Online verfügbar unter <https://link.springer.com/content/pdf/10.1007/978-3-658-19466-6.pdf>.

Lauß, Theresa; Zobel, Franz (2024): Rechte, rassistische und antisemitische Gewalt weiterhin auf hohem Niveau, Sonneberg als neuer Hotspot in Thüringen. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.): Thüringer Zustände 2023. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Jena, S. 12–18.

Lautsch, Eva Ricarda (2024): Demokratiefördergesetz. Eine Frage der Gesetzgebungs-kompetenz? In: *Legal Tribune Online*, 12.03.2024. Online verfügbar unter <https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/demokratiefoerderungsgesetz-ngo-kompetenz-gesetzgebung-gutachten-wissenschaftlicher-dienst>, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

Leber, Tina; Mertens, Fabian; Küpper, Beate (2024): Bedrohung der zivilgesellschaftlichen Demokratiewerkarbeit. BMBF Förderlinie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“: BMBF Förderlinie „Aktuelle und historische Dynamiken von Rechtsextremismus und Rassismus“.

Leipziger Volkszeitung (2023): Verfassungsschutzbericht Sachsen: Rechtsextreme Partei "Neue Stärke": Politisch unbedeutend, aber gefährlich. Online verfügbar unter <https://www.lvz.de/der-osten/verfassungsschutzbericht-sachsen-neue-staerke-politisch-unbedeutend-aber-gefaehrlich-XIJHFVZKE5FWVCF6SYT6PFFKYA.html>, zuletzt aktualisiert am 27.06.2023, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

Leiser, Tobias (2023): Reichsbürger in den Kreisen Gotha und Sömmerda suchen neue Anhänger. Thüringer Allgemeine. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/gotha/article239935294/Thueringer-Reichsbuerger-wollen-per-Wahl-zurueck-ins-Kaiserreich.html>, zuletzt aktualisiert am 02.11.2023, zuletzt geprüft am 27.10.2024.

Leunig, Sven (2024): Ist die Thüringer Rechtsordnung widerstandsfähig genug? Zum Policy-Paper "Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken. Handlungsempfehlungen aus der Szenarioanalyse des Thüringen-Projekts". In: *Zeitschrift für Parlamentsfragen* 55 (2), S. 449–460. Online verfügbar unter <https://www.nomos-elibrary.de/10.5771/0340-1758-2024-2-449.pdf>.

Levitsky, Steven; Ziblatt, Daniel (2018): How democracies die. First edition. New York, NY: Crown.

Lewandowsky, Marcel (2024): »Höcke Stoppen!« Zur Debatte um ein Mögliches AfD-Verbotsverfahren. In: *INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft* (1/2), S. 259–265. DOI: 10.13109/9783666800412.259.

Lewandowsky, Marcel; Wagner, Aiko (2023): Fighting for a Lost Cause? Availability of Populist Radical Right Voters for Established Parties. The Case of Germany. In: *Representation* 59 (3), S. 485–512. DOI: 10.1080/00344893.2022.2091012.

Litschko, Konrad (2024): Zivilgesellschaft unter Druck. Riskante Demokratiearbeit. Online verfügbar unter <https://taz.de/Zivilgesellschaft-unter-Druck/!6016225/>, zuletzt aktualisiert am 24.06.2024, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

Lobenstein, Caterina; Modersohn, August (2024): Koalition mit der AfD? In: *ZEIT Online*, 29.06.2024. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2024/28/cdu-thueringen-landtagswahl-afd-koalition>, zuletzt geprüft am 16.10.2024.

Lukas, Bernhard; Ickstadt, Lutz (2024): Lauter Hass - leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht. Online verfügbar unter [https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie\\_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf](https://kompetenznetzwerk-hass-im-netz.de/wp-content/uploads/2024/02/Studie_Lauter-Hass-leiser-Rueckzug.pdf).

Maas, Rüdiger; Maas, Hartwin (2024): Die neue Generation von Erstwählern. Hg. v. Institut für Generationenforschung. Online verfügbar unter <file:///C:/Users/ve89mow/Downloads/Die%20neue%20Generation%20von%20Erstw%C3%A4hlern%202024-2.pdf>, zuletzt geprüft am 22.10.2024.

Made in Germany – made by Vielfalt (2024): „Made by Vielfalt“: Deutsche Familienunternehmen machen sich stark für Toleranz und Offenheit. Online verfügbar unter <https://made-byvielfalt.com/#>, zuletzt aktualisiert am 02.09.2024, zuletzt geprüft am 06.09.2024.

Mastrobuoni, Tonia (2024): La versione di Krah: “Non prendo soldi dai russi. Le SS criminali? Sbagliato generalizzare”. Online verfügbar unter [https://www.repubblica.it/esteri/2024/05/17/news/candidato\\_elezioni\\_europee\\_afd\\_maximilian\\_krah\\_estrema\\_destra-423009349/](https://www.repubblica.it/esteri/2024/05/17/news/candidato_elezioni_europee_afd_maximilian_krah_estrema_destra-423009349/), zuletzt aktualisiert am 18.05.2024, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

May, Philipp (2024): Thüringen. Verfassungsschutz-Chef wehrt sich gegen AfD-Vorwurf. Online verfügbar unter <https://www.deutschlandfunk.de/afd-zu-recht-verdachtsfall-interview-m-thueringer-verfassungsschutz-chef-kramer-dlf-75cc80ec-100.html>, zuletzt geprüft am 21.10.2024.

MDR (2024): Wahlverhalten in Thüringen nach Alter und Geschlecht. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtagswahl/landtagswahl-geschlecht-ergebnis-maenner-frauen-100.html>.

MDR Thüringen (2020): Urteil: Erfurter Neonazi-Verein muss Immobilie am Herrenberg räumen. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/neonazi-verein-immobilie-herrenberg-100.html>, zuletzt aktualisiert am 18.06.2020, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

MDR Thüringen (2023a): Bundesanwaltschaft: "Neue Stärke Partei" aus Erfurt im Visier der Behörden. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/erfurt/neue-staerke-partei-rechtsextrem-verein-100.html>, zuletzt aktualisiert am 08.01.2023, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

MDR Thüringen (2023b): Nach Razzia bei Artgemeinschaft. Mehrere rechtsextreme Gruppen verkünden Auflösung. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/deutschland/gesellschaft/verbot-artgemeinschaft-reaktion-rechtsextrem-gruppe-100.html>, zuletzt aktualisiert am 29.09.2023, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

MDR Thüringen (2023c): Plothen. Empörung nach Angriff auf Reporter bei AfD-Veranstaltung. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/saale-orka/plothen-afd-auto-reporter-beschaedigt-reaktionen-100.html#sprung1>, zuletzt aktualisiert am 18.09.2023, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

MDR Thüringen (2023d): Thüringen. Landtag beschließt mit Stimmen von Rot-Rot-Grün den Haushalt für 2024. Online verfügbar unter

<https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/haushalt-landtag-beratung-100.html>, zuletzt aktualisiert am 21.12.2023, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

MDR Thüringen (2023e): CDU, AfD und FDP setzen Steuersenkung gegen Thüringer Landesregierung durch, 14.09.2023. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/grunderwerbsteuer-landtag-cdu-afd-fdp-102.html>, zuletzt geprüft am 16.10.2024.

MDR Thüringen (2024a): Anzeige. Nach Brief gegen AfD: Buchenwald-Gedenkstättenleiter bedroht - Polizei ermittelt. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/weimar/wagner-buchenwald-bedroht-anzeige-polizei-100.html>, zuletzt aktualisiert am 21.08.2024, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

MDR Thüringen (2024b): Demonstration. Hunderte bei Christopher Street Day in Eisenach. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/wartburgkreis/eisenach-csd-demo-queer-100.html>, zuletzt aktualisiert am 14.09.2024, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

MDR Thüringen (2024c): Extremismus. Neonazi-Kampfsportgruppe "Knockout 51": Weitere Anklagen erhoben. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/west-thueringen/eisenach/knockout-prozess-extremismus-kampfsport-100.html>, zuletzt aktualisiert am 19.09.2024, zuletzt geprüft am 21.10.2024.

MDR Thüringen (2024d): Linke und Grüne erwägen neue Regeln für Wahl des Landtagspräsidenten, 13.02.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/landtag-praesident-regel-aenderung-afd-100~amp.html>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.

MDR Thüringen (2024e): "Beitrag unverzichtbar": Jeder vierte Krankenhaus-Arzt in Thüringen aus dem Ausland. In: *MDR*, 02.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/aerzte-auslaendisch-krankenhaus-100.html>, zuletzt geprüft am 19.09.2024.

MDR Thüringen (2024f): Thüringer Hängepartie beendet: Thadäus König zu Landtagspräsident gewählt, 28.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/wahlen-politik/landtag-praesident-gewaehlt-sitzung-konstituierung-koenig-100.html>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.

Meisner, Matthias (2023): Krise um den Bundeshaushalt. „Demokratie leben!“ ausgebremst. Online verfügbar unter <https://taz.de/Krise-um-den-Bundeshaushalt/!5974292/>, zuletzt aktualisiert am 07.12.2023, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

Menacher, Nouredine; Dieckmann, Janine (2024): Antidiskriminierungsberatung im ländlichen Raum. (Projekt Raus aufs Land - Antidiskriminierungsberatung in Thüringen). Online verfügbar unter [https://www.migranetz-thueringen.org/media/filer\\_public/45/f6/45f6ccbc-c758-4044-b179-5bfe98923c53/broschure\\_analyse\\_version\\_gross.pdf](https://www.migranetz-thueringen.org/media/filer_public/45/f6/45f6ccbc-c758-4044-b179-5bfe98923c53/broschure_analyse_version_gross.pdf), zuletzt geprüft am 02.11.2024.

Michelsen, Danny; Koch, Matthias; Miehke, Marius; Dingfelder, Juliane; Beelmann, Andreas (2020): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Jena: KomRex. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2710/michelsen-et-al-2020-gefa-hrdungen-der-demokratischen-kultur-in-thu-ringen-rechtsextremismus-und-politische-entfremdung.pdf>.

Miehke, Marius (2021): Kleine Anfragen, die Vorurteile und Ablehnung gegenüber den Themen Asyl, Migration und Geflüchteten beinhalten, waren während der 6. Wahlperiode des Thüringer Landtages das einende Band in der AfD-Fraktion. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hg.): *Wissen schafft Demokratie*. Schriftenreihe des Instituts für Demokratie und Zivilgesellschaft (*Wissen schafft Demokratie*, 10), S. 64–77. Online verfügbar unter

[https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/PDFS\\_WsD10/Idz\\_WsD\\_10\\_WEB.pdf#page=65](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/PDFS_WsD10/Idz_WsD_10_WEB.pdf#page=65).

Miehlke, Marius; Treidl, Johanna; Saalheiser, Axel (2024): Bericht\_REX-Analyse\_Saalfeld\_Rudolstadt\_IDZ\_Jena. Online verfügbar unter [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/Bericht\\_REX-Analyse\\_Saalfeld\\_Rudolstadt\\_IDZ\\_Jena.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/Bericht_REX-Analyse_Saalfeld_Rudolstadt_IDZ_Jena.pdf), zuletzt geprüft am 06.09.2024.

Ministerium für Inneres und Kommunales (TMIK) (27.09.2023): Durchsuchungen bei Mitgliedern der rechtsextremen Gruppierung auch in Thüringen. „Artgemeinschaft“ bundesweit verboten. Online verfügbar unter <https://innen.thueringen.de/wir/presse/presseinformationen/63-2023>, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

MOBIT (2022): Im Blick - Thüringens extrem rechte Szene. Online verfügbar unter <https://mobit.org/im-blick-2/>, zuletzt aktualisiert am 04.11.2022, zuletzt geprüft am 11.10.2024.

MOBIT (2023): Die „Reichsbürger“-Szene in Thüringen – Ein Überblick. Online verfügbar unter <https://mobit.org/reichsbuerger-in-thuringen/>, zuletzt aktualisiert am 11.09.2023, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

MOBIT (2024): Erholt zurück aus den Jahren der Pandemie. Die RechtsRock-Szene 2023 in Thüringen. Online verfügbar unter <https://mobit.org/rechtsrock-2023/>, zuletzt aktualisiert am 22.04.2024, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

Möller, Cynthia; Koch, Matthias; Streitberger, Johannes; Miehlke, Marius; Beelmann, Andreas (2022): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Rechtsextremismus und politische Entfremdung. Jena: KomRex.

Mudde, Cas (2004): The Populist Zeitgeist. In: *Gov. & oppos.* 39 (4), S. 541–563. DOI: 10.1111/j.1477-7053.2004.00135.x.

Neu, Viola; Pokorny, Sabine (2021): Vermessung der Wählerschaft vor der Bundestagswahl 2021. Konrad Adenauer Stiftung (Monitor Wahl- und Sozialforschung). Online verfügbar unter [www.kas.de](http://www.kas.de).

Neuerer, Dietmar (2024): Gefährdet die AfD Deutschlands Wirtschaft? Alle Fragen und Antworten. In: *Handelsblatt*, 20.04.2024. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/gefaehrdet-die-afd-deutschlands-wirtschaft-alle-fragen-und-antworten/100032329.html>, zuletzt geprüft am 12.09.2024.

Priemer, Jana; Corcoran-Schliemann, Bianca; Geue, Daniela; Krimmer, Holger; Schulz-Sandhof, Karsten (2019): Finanzierung der Zivilgesellschaft. In: Holger Krimmer (Hg.): Datenreport Zivilgesellschaft. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden, S. 113–144. Online verfügbar unter [https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/datenreport\\_zivilgesellschaft.pdf](https://www.ziviz.de/sites/ziv/files/datenreport_zivilgesellschaft.pdf).

Quent, Matthias (2019): Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können. München: Piper.

Quent, Matthias; Schmidtke, Franziska; Salheiser, Axel (2016): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit (TLfDTW). Jena: KomRex. Online verfügbar unter <https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/2720/quent-et-al-2016-gefaehrdungen-der-demokratischen-kultur-in-thueringen-expertise-zur-u-berarbeitung-des-thu-ringer-landesprogramms-fu-r-demokratie-toleranz-und-weltoffenheit.pdf>.

Rath, Christian (2024): OLG Jena zu "Knockout 51". Keine ter-r-o-ris-ti-sche Ver-ei-ni-gung. In: *Legal Tribune Online*, 01.07.2024. Online verfügbar unter

<https://www.lto.de/recht/hintergruende/h/olg-jena-3St2BJs421-knockout-51-keine-terroristische-vereinigung-verurteilung>, zuletzt geprüft am 02.11.2024.

Reiser, Marion; Küppers, Anne; Brandy, Volker; Hebenstreit, Jörg; Vogel, Lars (2023): Politische Kultur in Stadt und Land. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2022. Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena.

Reiser, Marion; Küppers, Anne; Brandy, Volker; Hebenstreit, Jörg; Vogel, Lars (2024): Politische Kultur und Arbeitswelt in Zeiten von Polykrise und Fachkräftemangel. Ergebnisse des THÜRINGEN-MONITORS 2023. Friedrich-Schiller-Universität Jena. Jena.

RND (2023): FDP und CDU ändern erneut Gesetz mit Stimmen von Höckes AfD, 08.12.2023. Online verfügbar unter <https://www.rnd.de/politik/fdp-und-cdu-aendern-erneut-gesetze-mit-stimmen-von-hoeckes-afd-NLZXBO2IMROAHCHVQXXUZCWEEL.html>, zuletzt geprüft am 16.10.2024.

Röpke, Andrea (2015): Rechtsextremismus. Hammerskins - Ein militanter Geheimbund. Online verfügbar unter <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/213667/hammerskins-ein-militanter-geheimbund/>, zuletzt aktualisiert am 14.10.2015, zuletzt geprüft am 21.10.2024.

Rothmund, Tobias; Walther, Eva (Hg.) (2024): Psychologie der Rechtsradikalisierung. Theorien, Perspektiven, Prävention. W. Kohlhammer GmbH. 1. Auflage. Stuttgart: Verlag W. Kohlhammer.

Salheiser, Axel; Quent, Matthias (2022): Rechtsextremismus zwischen Normalisierung und Konfrontation: Befunde aus Eisenach. In: Daniel Mullis und Judith Miggelbrink (Hg.): Lokal extrem Rechts. Analysen alltäglicher Vergesellschaftungen. Bielefeld: transcript (Sozial- und Kulturgeographie, Band 48).

Schmidtke, Franziska (2022): Die Parlamentspraxis einer „fundamentaloppositionellen Bewegungsfraktion“. In: Andreas Beelmann und Danny Michelsen (Hg.): Rechtsextremismus, Demokratiebildung, gesellschaftliche Integration. Interdisziplinäre Debatten und Forschungsbilanzen. Wiesbaden: Springer VS, S. 127–151.

Schreiber, Stefanie; Schestak-Haase, Franziska (2024): Feindbild ›links‹: Kontinuitäten antilinker Gewalt. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.): Thüringer Zustände 2023. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Jena, S. 54–61.

Sigmund, Thomas (2024): Kommentar: Höckes Attacke gegen den Mittelstand zeigt sein krunes Weltbild. In: *Handelsblatt*, 27.08.2024. Online verfügbar unter <https://www.handelsblatt.com/meinung/kommentare/kommentar-hoeckes-attacke-gegen-den-mittelstand-zeigt-sein-krunes-weltbild/100063197.html>, zuletzt geprüft am 06.09.2024.

Simonson, Julia; Kelle, Nadiya; Kausmann, Corinna; Tesch-Römer, Clemens (Hg.) (2022): Freiwilliges Engagement in Deutschland. Der Deutsche Freiwilligensurvey 2019. 1. Aufl. Wiesbaden: Springer VS (Springer eBook Collection).

Spehr, Sylvia (2024): #nordhausenzusammen. Wellenbrecher in Nordthüringen. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.): Thüringer Zustände 2023. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Jena, S. 30–36.

Spissinger, Florian (2024): Die Gefühlsgemeinschaft der AfD. Dissertation. Universität Leipzig.

Steinbeis, Maximilian (2024): Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme. München: Carl Hanser Verlag GmbH & Co. KG. Online verfügbar unter <https://www.perlentaucher.de/buch/maximilian-steinbeis/die-verwundbare-demokratie.html>.

Steiner, Felix; Salheiser, Axel (2024): Stadt, Land, AfD: Antidemokrat\*innen auf dem Vormarsch? In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.): Thüringer Zustände 2023. Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Jena, S. 37–42.

Stern (2024): Erster AfD-Landrat. Sonneberg: Ehrenamtliche legen aus Angst vor Angriffen ihre Arbeit nieder. Online verfügbar unter <https://www.stern.de/politik/deutschland/sonneberg-ehrenamtliche-legen-aus-angst-vor-angriffen-ihre-arbeit-nieder-35016708.html>, zuletzt aktualisiert am 28.08.2024, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

Stör, Christian (2023): „Die Heimat“: Rechtsextreme NPD verpasst sich neuen Namen. Frankfurter Rundschau. Online verfügbar unter <https://www.fr.de/politik/npd-die-heimat-rechtsextreme-partei-name-neu-voelkisch-zr-92324032.html>, zuletzt aktualisiert am 05.06.2023, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

Strachwitz, Rupert; Graf, Eckhard Priller; Triebe, Benjamin (2020): Handbuch Zivilgesellschaft. München, Wien: De Gruyter Oldenbourg.

Streitberger, Johannes (2023): »Da, wenn's brennt«: Selbstverständnis und Herausforderungen von zivilgesellschaftlichen Organisationen in Thüringen. In: ezra, MOBIT, KomRex, IDZ (Hg.): Thüringer Zustände 2022: Rechtsextremismus und Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Freistaat Thüringen. Fakten und Analysen 2022. Jena, S. 81–89.

tagesschau (2023): Hat Rot-Rot-Grün Mehrheiten mit der AfD gebildet?, 15.09.2023. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/thueringen-landtag-120.html>, zuletzt geprüft am 25.10.2024.

tagesschau (2024a): Geheimtreffen in Potsdam. AfD stärker involviert als bisher bekannt. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/investigativ/ndr-wdr/afd-correctiv-potsdam-rechtsextremismus-identitaere-bewegung-100.html>, zuletzt aktualisiert am 30.01.2024, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

tagesschau (2024b): "Reichsbürger" um Prinz Reuß. Eine spektakuläre Razzia und drei Prozesse. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/reichsbuerger-chronologie-100.html>, zuletzt aktualisiert am 29.04.2024, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

tagesschau (2024c): Vor Landtagswahlen im Osten. Paus sorgt sich um Demokratie-Projekte. Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/inland/gesellschaft/demokratie-projekte-ostdeutschland-100.html>, zuletzt aktualisiert am 27.07.2024, zuletzt geprüft am 18.10.2024.

tagesschau (2024d): Wen wählten Jüngere und Ältere? Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-alter.shtml>, zuletzt aktualisiert am 02.09.2024, zuletzt geprüft am 24.10.2024.

tagesschau (2024e): Wer wählte was? Online verfügbar unter <https://www.tagesschau.de/wahl/archiv/2024-09-01-LT-DE-TH/umfrage-werwas.shtml>.

Tagesspiegel (2020): Bei Wahl des Vizepräsidenten im Thüringer Landtag. Ramelow stimmte für AfD-Politiker, 06.03.2020. Online verfügbar unter <https://www.tagesspiegel.de/politik/ramelow-stimmte-fur-afd-politiker-4151125.html>, zuletzt geprüft am 16.10.2024.

Thomeczek, J. Philipp (2024): Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian—and Populist? An Empirical Analysis. In: *Polit Vierteljahresschr* 65 (3), S. 535–552. DOI: 10.1007/s11615-024-00544-z.

Thomeczek, J. Philipp; Wurthmann, L. Constantin; Stecker, Christian (2024): GEPARTEE - German Parties before the European Elections 2024. Unter Mitarbeit von J. Philipp Thomeczek.

Thüringer Allgemeine (2024a): Polizei ist häufiger am Rechtsradikalen-Treff in Eisenach im Einsatz. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/wartburg-kreis/article241921898/Ermittlungen-am-Flieder-Volkshaus-in-Eisenach-sind-sprunghaft-gestiegen.html>, zuletzt aktualisiert am 20.03.2024, zuletzt geprüft am 11.10.2024.

Thüringer Allgemeine (2024b): Schaft führt Linksfraktion – BSW-Chefin offen für AfD-Posten, 13.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/article407248225/schaft-fuehrt-linksfraktion-bsw-chefin-offen-fuer-afd-posten.html>, zuletzt geprüft am 17.10.2024.

Thüringer Appell (2022): Demokratiebildung sichern! Positionspapier vom 03.11.2022: Netzwerk Demokratiebildung in Thüringen. Online verfügbar unter [https://demokratiebildung-thueringen.de/aktuelles.html?file=files/downloads/Netzwerk\\_Positionspapier%20Haus-halt%202023.pdf&cid=44](https://demokratiebildung-thueringen.de/aktuelles.html?file=files/downloads/Netzwerk_Positionspapier%20Haus-halt%202023.pdf&cid=44).

Thüringer Landesamt für Statistik (TLS): Europawahl 2024 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=EW&wJahr=2024&zeigeErg=Land>.

Thüringer Landesamt für Statistik (TLS): Kreistagswahlen und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 2024 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=KW&wJahr=2024&zeigeErg=Land>.

Thüringer Landesamt für Statistik (TLS): Landtagswahl 2024 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2024&zeigeErg=Land>.

Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) (2014): Landtagswahl 2014 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2014&zeigeErg=Land>, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) (2019): Landtagswahl 2019 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2019&zeigeErg=Land>, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) (2024a): Kommunalwahlen - Wahlergebnisse. Online verfügbar unter [https://wahlen.thueringen.de/kommunalwahlen/kw\\_wahlergebnisse.asp](https://wahlen.thueringen.de/kommunalwahlen/kw_wahlergebnisse.asp), zuletzt geprüft am 27.10.2024.

Thüringer Landesamt für Statistik (TLS) (2024b): Landtagswahl 2024 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Online verfügbar unter <https://wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2024&zeigeErg=Land>, zuletzt geprüft am 23.09.2024.

Thüringer Landtag (o.J.): Ausschüsse. Online verfügbar unter <https://www.thueringer-landtag.de/landtag/ausschuesse-gremien/ausschuesse/>, zuletzt geprüft am 12.09.2024.

Thüringer Landtag (2021): Antrag der Abgeordneten Bühl, Gottweiss, Herrgott, Heym, Kellner, Dr. König, Kowalleck, Malsch, Meißner, Mohring, Schard, Tasch, Tiesler, Tischner, Urbach, Prof. Dr. Voigt, Walk, Worm und Zippel. Einsetzung eines Untersuchungsausschusses. Online verfügbar unter [https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/82212/einsetzung\\_eines\\_untersuchungsausschusses\\_politische\\_gewalt\\_umfang\\_strukturen\\_und\\_politisch\\_gesellschaftliches\\_umfeld\\_politisch\\_motivierter\\_gewaltkrim.pdf](https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/82212/einsetzung_eines_untersuchungsausschusses_politische_gewalt_umfang_strukturen_und_politisch_gesellschaftliches_umfeld_politisch_motivierter_gewaltkrim.pdf), zuletzt geprüft am 02.11.2024.



Thüringer Landtag (2023): Antwort Drucksache 7/8090 auf Kleine Anfrage 7/4418 (2023) der Abg. Henfling.

Thüringer Landtag (2024a): Kleine Anfrage des Abgeordneten Mühlmann (AfD) und Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales. Straftaten gegen Amts- und Mandatsträger sowie Kommunalpolitiker im Jahr 2023. Drucksache 7/10177.

Thüringer Landtag (2024b): Bericht des Untersuchungsausschusses 7/3 "Politisch motivierte Gewaltkriminalität". "Politische Gewalt: Umfang, Strukturen und politisch gesellschaftliches Umfeld politisch motivierter Gewaltkriminalität in Thüringen und Maßnahmen zu ihrer Eindämmung". Online verfügbar unter [https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/97614/bericht\\_des\\_untersuchungsausschusses\\_7\\_3\\_politische\\_gewalt\\_umfang\\_strukturen\\_und\\_politischgesellschaftliches\\_umfeld\\_politisch\\_motivierter\\_gewaltkrimin.pdf](https://parldok.thueringer-landtag.de/ParlDok/dokument/97614/bericht_des_untersuchungsausschusses_7_3_politische_gewalt_umfang_strukturen_und_politischgesellschaftliches_umfeld_politisch_motivierter_gewaltkrimin.pdf), zuletzt geprüft am 02.11.2024.

Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales (2024): Statistik. Politisch Motivierte Kriminalität. Erfurt. Online verfügbar unter [https://polizei.thueringen.de/fileadmin/tlka/statistik/2023\\_PKS\\_PMK\\_Kriminalitaetsatlas/Pressemappe\\_PMK\\_2023.pdf](https://polizei.thueringen.de/fileadmin/tlka/statistik/2023_PKS_PMK_Kriminalitaetsatlas/Pressemappe_PMK_2023.pdf).

University of Potsdam: PSMM (01.09.2024): AfD dominiert TikTok im Vorfeld der ostdeutschen Landtagswahlen.

Vehrkamp, Robert; Merkel, Wolfgang (2020): Populismusbarometer 2020. Populistische Einstellungen bei Wählern und Nichtwählern in Deutschland 2020. Online verfügbar unter <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/populismusbarometer-2020-all>.

Wagenknecht, Sahra (2024): Interview in ARD Sondersendung zu den Landtagswahlen in Thüringen und Sachsen 2024. Online verfügbar unter <https://www.ardmediathek.de/video/ard-sondersendung/thueringen-sahra-wagenknecht-strebt-zusammenarbeit-mit-cdu-an/daserste/Y3JpZDovL21kci5kZS9iZWl0cmFnL2Ntcy9IMWM0ZGNkZC02N2VjLTQwOWEtOT-BjNS0zMGM1OGlxOTg1ZDc>, zuletzt aktualisiert am 12.10.2024.

Wagner, Sarah; Wurthmann, L. Constantin; Thomeczek, Jan Philipp (2023): Bridging Left and Right? How Sahra Wagenknecht Could Change the German Party Landscape. In: *Polit Vierteljahresschr* 64 (3), S. 621–636. DOI: 10.1007/s11615-023-00481-3.

Zajak, Sabrina; Best, Fabio; Pickel, Gert; Quent, Matthias; Röember, Friederike; Steinhilper, Saskia; Zick, Andreas (2024): Ablehnung, Angst und Abwanderungspläne. Die gesellschaftlichen Folgen des Aufstiegs der AfD. Berlin: Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) (DeZIM data.insights, 14).

ZDFheute (2024a): Nach "Compact"-Aus. Rechtsextremisten umgehen Sommerfest-Verbot. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/compact-sommerfest-verbot-stoessen-gera-100.html>, zuletzt aktualisiert am 27.07.2024, zuletzt geprüft am 11.10.2024.

ZDFheute (2024b): Ökonomen befürchten negative Folgen durch AfD-Erfolge. In: *ZDFheute*, 03.09.2024. Online verfügbar unter <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/deutschland/unternehmen-afd-fachkraefte-fuest-100.html>, zuletzt geprüft am 06.09.2024.

Zick, Andreas; Eden, Marco (2024): Mitte, rechtsaußen oder rechtsdraußen? Bericht zu den Einstellungen der AfD-Anhängerschaft in der Mitte-Studie 2022/23. Bielefeld: Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld. Online verfügbar unter <https://blogs.uni-bielefeld.de/blog/ikgblog/mediaresource/e2727da7-7a31-42af-910c-9c39ba3b4e81>.

Zick, Andreas; Küpper, Beate; Mokros, Nico (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. 1. Auflage. Bonn: Dietz.

Zielinski, Susanne (2024): Antisemitische Vorfälle in Thüringen 2023. Ein Bericht der Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus (RIAS) in Thüringen. Jena: IDZ - Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online verfügbar unter [https://www.idz-jena.de/fileadmin/user\\_upload/RIAS\\_Thueringen/Antisemitische\\_Vorfaelle\\_Rias\\_Thueringen\\_2023.pdf](https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/RIAS_Thueringen/Antisemitische_Vorfaelle_Rias_Thueringen_2023.pdf).

Ziemer, Carolin-Theresa; Rothmund, Tobias (2024): Psychological Underpinnings of Misinformation Countermeasures. In: *Journal of Media Psychology*, Artikel 1864-1105/a000407. DOI: 10.1027/1864-1105/a000407.

Zimmer, Anette (2007): Vereine - Zivilgesellschaft konkret. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Grundwissen Politik, 16).



Zentrum für Rechtsextremismusforschung,  
Demokratiebildung und gesellschaftliche In-  
tegration der Friedrich-Schiller-Universität Jena

Humboldtstraße 11, 07743 Jena

[www.komrex.uni-jena.de](http://www.komrex.uni-jena.de)



Ministerium  
für Wirtschaft, Wissenschaft  
und Digitale Gesellschaft



FRIEDRICH-SCHILLER-  
UNIVERSITÄT  
JENA



Ministerium  
für Bildung,  
Jugend und Sport



Thüringer Landesprogramm  
für Demokratie,  
Toleranz und Weltoffenheit

Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des TMBJS oder TMWWDG dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.